

Wirtschaftskrieg:
1000-Mark-Sperre

Auswanderung:
Neue Welt

Antisemitismus:
Juden unerwünscht

WISO

3

OKTOBER
2021



HISTORY

Tirol in den 1930er Jahren

DER WEG IN DEN ABGRUND

Von der Republik bis zur Diktatur, vom Verbot der
Arbeiterkammer bis zum Anschluss an Hitler-Deutschland





Im Einsatz für die Gerechtigkeit



Die Leistungen der AK Tirol 2020



48.645.000

Euro für unsere Mitglieder herausgeholt

In den Bereichen: Arbeitsrecht, Konsumentenschutz, Pensionen, Steuerrecht, Insolvenzen, Sozialversicherung u.v.m.



324.040

Beratungen

Zu den Themen: Arbeitsrecht, Konsumentenschutz inkl. Wohn- und Mietrecht, Steuerrecht, Insolvenzrecht, Sozialversicherung u.v.m.



336.218

Mitglieder vertreten wir Tag für Tag in Tirol



6.546

außergerichtliche Interventionen



2.132

Rechtsschutz-Fälle



9.473.000

Euro betrogen die Vertretungserfolge allein im Arbeitsrecht





© AK Tirol/Berger

TIROL IN DEN 1930ER JAHREN: **Der Beginn der dunklen Zeiten**

Eine dunkle Zeit: Die 1930er Jahre waren eine Phase des fatalen Umbruchs in der Geschichte des 20. Jahrhunderts – so auch für Tirol. Für die Menschen war dieses Jahrzehnt extrem schwierig: eine verzweifelte wirtschaftliche Lage, Arbeitslosigkeit, Armut und eine unversöhnliche und gewaltbereite Politik. Wir, die wir fast hundert Jahre später auf diese Zeit zurückblicken können, wissen, wie die 1930er Jahre endeten: mit dem Tod der Demokratie, dem Ende Österreichs als eigenständiger Staat und schließlich im Weltkrieg.

Der Arbeiterkammer erging es wie vielen, die den Mächtigen lästig werden können: Sie wurde zunächst mit Zwangsmitteln ruhiggestellt. Da sich die Arbeiterkammer aus Sicht des österreichischen „Ständestaates“ zu kritisch äußerte, wurde sie Ende 1933 unter Staatsverwaltung gestellt. Die demokratischen Arbeiterkammerwahlen wurden abgeschafft, es kam zu Suspendierungen und Entlassungen unter den Beschäftigten und die AK Büchereien wurden von „volksverhetzender und klassenkämpferischer“ Literatur „gesäubert“. Dies alles geschah, als Österreich noch Österreich war. Nach dem Anschluss an Hitler-Deutschland kam das endgültige Aus, die Arbeiterkammer wurde abgeschafft, Funktionäre und Mitarbeiter z. T. verhaftet. NS-Gauleiter Franz Hofer nahm in der Maximilianstraße 7, dem Gebäude der Tiroler Arbeiterkammer, Quartier. Die 1930er Jahre stellten die Gesellschaft in Tirol, wie überall in Österreich und Deutschland vor eine enorme Zerreißprobe, der sie schlussendlich nicht standhielt. Soziale Spaltungen wurden vertieft, die Not trieb viele – nicht alle! – in die Arme der Nationalsozialisten, die ihnen einen scheinbaren Ausweg boten. Aber zu welchem Preis! Es ist das Privileg unserer Zeit, die Periode der 1930er Jahre als Warnung und als Verpflichtung zu haben. Als Warnung, weil sie zeigen, wie Not, Hoffnungslosigkeit, aber auch echte Begeisterungsfähigkeit von Skrupellosen ausgenutzt und instrumentalisiert werden können. Als Verpflichtung, weil es gerade in herausfordernden Zeiten darauf ankommt, zusammen zu stehen, auch wenn das schwierig und mühevoll ist. Und immer den Blick auf die Menschlichkeit zu wahren. Das Einstehen für Zusammenhalt und für Gerechtigkeit in der Gesellschaft ist heute noch der Auftrag der Arbeiterkammer, den zu erfüllen wir uns täglich bemühen.

”

Es ist das Privileg unserer Zeit, die Periode der 1930er Jahre als Warnung und als Verpflichtung zu haben. Als Warnung, weil sie zeigen, wie Not, Hoffnungslosigkeit, aber auch echte Begeisterungsfähigkeit von Skrupellosen ausgenutzt und instrumentalisiert werden können. “

Erwin Zangerl, AK Präsident

Ich wünsche Ihnen interessante Lektüre

Präsident der AK Tirol



SEITE **14**

VON DER REPUBLIK ZUM NS-STAAT

Der Umbau Österreichs in den 1930er Jahren vollzog sich rasch. Auch die Arbeiterkammern kamen unter staatliche Lenkung und wurden schließlich verboten.



SEITE **22**

WIRTSCHAFT IM UMBRUCH

Von der „Großen Depression“ bis zum Anschluss: Die 1930er Jahre waren eine Zeit der Umbrüche, auch in Tirol. Aber nur wenige rechneten mit dem Ausmaß der Umwälzungen.

SEITE **36**

ELEND IM BARACKENALLTAG

Seit Ende des Ersten Weltkrieges lebten tausende Menschen in größeren Gemeinden in Barackensiedlungen und Wohnungen, die diesen Namen gar nicht verdienten.



© Stadtarchiv Innsbruck, Ph-G 11712

SEITE **40**

AUFBRUCH IN DIE NEUE WELT

Zwischen 1919 und 1937 emigrierten mehr als 80.000 Menschen aus Österreich in Staaten außerhalb Europas. Ernst Klotz war einer jener Tiroler, die Armut zur Auswanderung trieb.



© Edition Tirol/Martin Reiter



© Stadtarchiv Innsbruck

SEITE **60**

DIE OPFER DER NAZIS

Nach der Übernahme der Macht nahmen Exekutive, SS und SA viele hunderte Menschen in Schutzhaft, in Innsbruck ebenso wie in Bezirksstädten. Das Regime signalisierte, dass Widerstand zwecklos ist.



© NZ

SEITE **62**

„KOMM HER DU SAUJUD!“

Der Judenhass beherrschte das Stadtbild. Die Überfälle und Tötungen in der Pogromnacht 1938 waren das Signal zu ihrer Vertreibung und Vorbote des Völkermordes.

Impressum

WISO. Wirtschafts- und sozialstatistische Informationen der AK Tirol.
 Herausgeber und Medieninhaber: AK Tirol, Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck
 Leitung: Mag. Armin Erger, Stabsstelle Grundlagenarbeit, armin.erger@ak-tirol.com
 Redaktionelle Leitung WISO History: Armin Muigg, armin.muigg@ak-tirol.com
 Redaktion: Dr. Andreas Exenberger, DDr. Erwin Niederwieser, Dr. Josef Nussbaumer,
 Dr. Anton Pelinka, Mag. Dr. Sabine Pitscheider, Dr. Horst Schreiber, Dr. Anton Unterkirchner
 Layout: Armin Muigg | Bildbearbeitung: Martin Reheis
 Druck: Druckerei Berger, Wienerstraße 80, 3850 Horn | ISSN: 2791-4186

2021. WISO # III
 TIROL 1930 | Der Weg in den Untergang

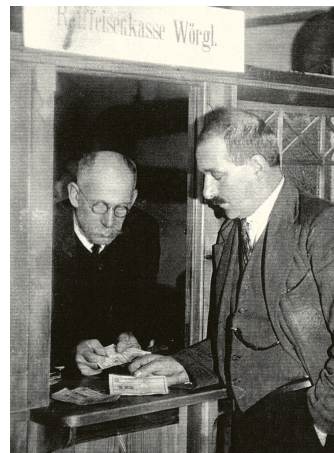


© elenabilstock.adobe.com

SEITE **28**

DIE 1000-MARK-SPERRE

„Stille Pfingsten wie noch nie“: Die vom Deutschen Reich unter Adolf Hitler verhängte 1000-Mark-Sperre traf auch den Tiroler Tourismus. Zurück blieb eine völlig marode Tourismuswirtschaft.



© Unterguggenberger Institut Archiv

SEITE **32**

DAS WUNDER VON WÖRGL

Eines der bekanntesten Ereignisse Tirols der 1930er Jahre, das auch überregional Beachtung fand und bis heute nicht vergessen wurde, ist das so genannte Wörgler Wunder.

SEITE **44**

DAS ENDE DER ARBEITERKAMMER

Nach einer rasanten Aufbauphase wurde die Tiroler Arbeiterkammer von den politischen Verhältnissen eingeholt: 1934 wurde sie entmündigt und 1938 schließlich verboten.

© Stadtarhiv Innsbruck Ph-A-15781-044

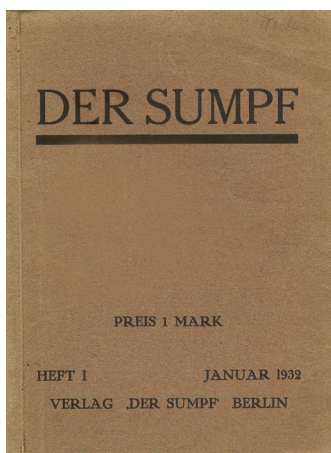


SEITE **54**

DER WEG IN DEN ABGRUND

Der Druck der Nazis auf Österreich wurde in den 1930er Jahren immer größer. Im März 1938 kam es schließlich zur Machtübernahme. Auch in Tirol hatten die Nazis für den Anschluss gekämpft.

© Stadtarhiv Innsbruck, Ph-33852



SEITE **66**

LITERARISCHER WIDERSTAND

Die Zeitschrift „Der Sumpf“ wagte 1932 den Widerstand, bis sie bereits 1933 nicht mehr erscheinen durfte. Mit Ironie und Weitsicht wurde hier nämlich Spott mit Adolf Hitler getrieben.



© Deutsches Bundesarchiv 146-1969-065-24

SEITE **70**

DER TOD DER DEMOKRATIE

Tirol war zwischen 1918 und 1933 ein demokratisches Land, bis die Diktatur kam. In dieser Entwicklung folgten Tirol und Österreich insgesamt einem generellen Trend.

6 WISOpicture
74 Tirol und der „Ewige Jude“





ne Schuschnigg

WARTEN AUF DEN ANSCHLUSS

NS-Demo in der Innsbrucker Maria-Theresien-Straße, März 1938. Kurz darauf gibt die Regierung Schuschnigg unter dem Druck Hitlers kampflos auf, die Nazis jubeln. Einen Monat später ist der Besuch Adolf Hitlers in Innsbruck ein Volksfest. (mehr dazu ab Seite 54).

© Stadtarchiv Innsbruck, Ph-21970





WOHER KOMMEN ALL DIE HITLER-FAHNEN?

Im März 1938 wehen in Innsbruck die Hakenkreuzfahnen. Abraham Gafni war Zeitzeuge: „Über Nacht hing plötzlich aus jedem Fenster eine Hakenkreuzfahne und ich denke mir oft, wie hat man das alles vorbereitet?“

(mehr dazu ab Seite 54)

© Stadtarchiv Innsbruck, 04.05.02-13

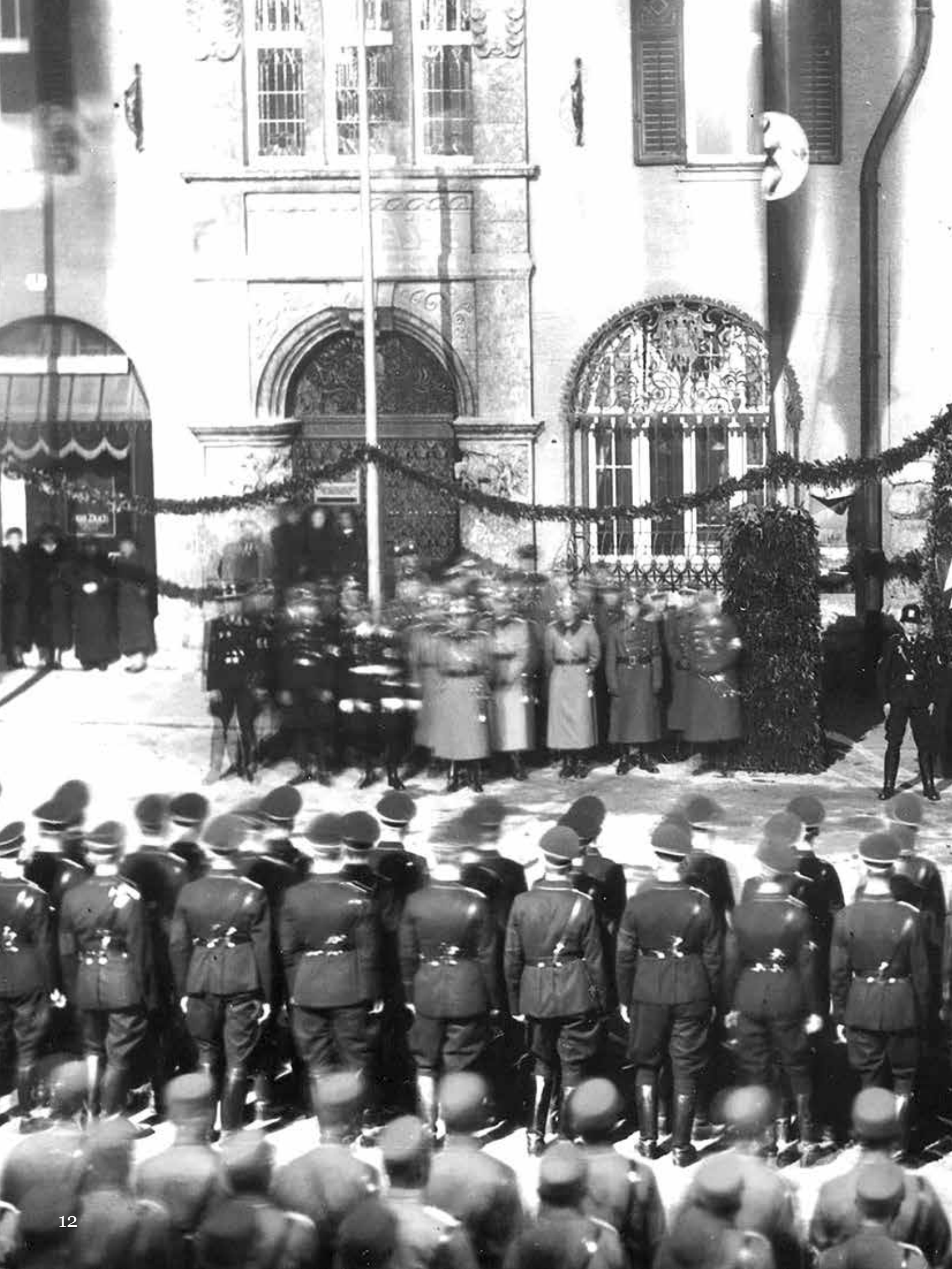


DER FÜHRER IN TIROL

Am 5. April 1938 kam es zum ersten Auftritt Adolf Hitlers in Innsbruck nach dem Anschluss. Begleitet wurde Hitler von Reichsführer SS Heinrich Himmler (li. außen) und Edmund Christoph (re. neben Himmler), Kurzeitlandeshauptmann und von 1939 bis 1945 Bürgermeister von Innsbruck. (mehr dazu ab Seite 54).

© Stadttarchiv Innsbruck, Ph-855







POST UND TELEGRAPHEN-
AMT.

**SOLDATEN FÜR
DEN FÜHRER**

Angelobung von SS-Männern in Kufstein, 1938. Die Schutzstaffel (SS) war eine nationalsozialistische Organisation, die der NSDAP und Adolf Hitler als Herrschafts- und Unterdrückungsinstrument diente und unter dem Kommando von Heinrich Himmler stand.

© Archiv Wieser, Kufstein

VON DER REPUBLIK ZUM NS-STAAT

Der Umbau Österreichs von einer demokratischen Republik in eine Diktatur vollzog sich in den 1930er Jahren rasch. Auch die Arbeiterkammern kamen unter staatliche Lenkung und wurden schließlich ganz verboten. Am Ende stand der NS-Staat.

SABINE PITSCHIEDER 



Z

u Beginn der 1930er Jahre standen sich die weltanschaulichen Lager unversöhnlich gegenüber. Die Christlich-Sozialen fremdelten mit der Demokratie, verbündeten sich mit rechten Parteien und stellten die Bundesregierungen, die Tiroler Volkspartei stellte allein die Landesregierung. Im deutsch-nationalen Parteienspektrum verloren die gemäßigt auftretenden Großdeutschen immer mehr an Boden, während am rechtsextremen Rand die Nati-

onalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) langsam an Einfluss gewann. Gemeinsam war den Mitte-rechts-Parteien der programmatisch verankerte Antisemitismus und die Ablehnung des Sozialstaates, was sie zu „natürlichen“ Gegnern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) und der Kommunistischen Partei (KP) machten.

Das wirtschaftliche Umfeld war zu der Zeit mehr als trist: Die Weltwirtschaftskrise hatte das Land in eine tiefe Krise gestürzt und die Arbeitslosigkeit in ungeahnte Höhen getrieben, die Bundesregierung rettete Großbanken und schnürte Sparpakete. Die SDAP stützte sich auf die Freien Gewerkschaften und die Arbeiterkammern. Die auf sozialdemokratischen Werten ruhenden Freien Gewerkschaften vereinigten rund zwei Drittel aller gewerkschaftlich

organisierten Arbeitnehmer:innen Österreichs, sogar im konservativen Tirol erreichten sie mehr als die Hälfte. Die christlich-sozialen und die deutsch-völkischen Gewerkschaften organisierten bundesweit ein Fünftel, in Tirol rund 46 Prozent aller Arbeitnehmer:innen.

ALLTÄGLICHE GEWALT

Schwere, mitunter tödliche Auseinandersetzungen prägten das politische Leben. So lieferten sich etwa im Vorfeld der Höttinger Gemeinderatswahlen Sozialdemokraten und Kommunisten im Gasthof Goldener Bär mit den Nazis erbitterte Kämpfe, die mit rund 30 Verletzten und einem Toten endeten. Der SA-Mann Sylvester Fink starb bei der „Höttinger Saalschlacht“ im Mai 1932 an Messerstichen und stieg zum

”

Die Attraktivität der NSDAP stieg auch in Tirol sprunghaft an, nachdem Adolf Hitler Ende Jänner 1933 zum Kanzler des Deutschen Reiches aufgestiegen war.“



*HEIMATWEHR AM 7. MAI 1933 IN INNSBRUCK
BEGLEITET VON DEN PFIFFEN DER NATIONALSOZIALISTEN.*

© Stadtarchiv Innsbruck, PH/A-15782/187 (o), Ph/A-15781/57 (re)



*MITGLIEDER DER SCHUTZKORPSKOMPANIE VOR
DER LANDESLEITUNG DER HEIMATWEHR IN DER
WILHELM-GREIL-STRASSE, 1933/34.*

„HAHNENSCHWANZLER“ GEGEN „GRÜNE FASCHISTEN“

Die Parteien griffen bei Bedarf auf Milizen zurück, wobei die Heimatwehr die größte und am schwertens bewaffnete war. Die Heimatwehr verachtete Demokratie und Parlament und wollte eine Diktatur. Eng verbunden mit der Volkspartei, diente sie der Landesregierung des Öfteren als Hilfspolizei, wenn die Exekutive sich wieder einmal als zu schwach erwies, Kundgebungen verfeindeter Parteien zu trennen oder die Nordgrenze wirksam abzuschotten. Wegen ihres Kopfputzes hießen sie landläufig „Hahnenschwanzler“, wegen der Farbe ihrer Uniform nannte die SDAP sie „grüne Faschisten“. Aufseiten der SDAP stand der Republikanische Schutzbund, der im Falle eines Angriffes von rechts Demokratie und Republik verteidigen sollte. Er war allerdings personell heillos unterlegen und verfügte nur über wenige Waffen. Die NSDAP gebot mit ihrem Aufstieg über immer mehr vor allem junge Männer, die sie in der Sturmabteilung (SA) sammelte.

ersten „Märtyrer“ der Nazis in Tirol auf. Erst der massive Einsatz von Gendarmerie und Bundesheer erstickte die in ganz Innsbruck aufflammenden Kämpfe. Die NSDAP erreichte bei den Höttinger Wahlen sieben der 28 Mandate, verbündete sich mit der Volkspartei und stellte gemeinsam mit ihr einen Bürgermeisterkandidaten auf, scheiterte aber an den Wahlvorschriften. Hötting war aber nicht die einzige Gemeinde, in der sich die Mitte-rechts-Parteien zu einem Wahlbündnis gegen die SDAP zusammenschlossen.

Die Attraktivität der NSDAP stieg sprunghaft an, nachdem Adolf Hitler Ende Jänner 1933 zum Kanzler des Deutschen Reiches aufgestiegen war. Der Zulauf zeigte sich auch in den Gemeindestuben: Im März 1933 traten sechs Imster Gemeinderatsmitglieder aus ihren

Fraktionen aus und zur NSDAP über. Imst war nach Kramsach dann die zweite österreichische Gemeinde, die Hitler zum Ehrenbürger ernannte. Vor allem Mitglieder der Großdeutschen rutschten nach rechts ab. Im Mai 1933 bekannte sich etwa der großdeutsche Kitzbüheler Bürgermeister Ernst Reisch bei einer öffentlichen Versammlung zur NSDAP. Ein erschreckender Erfolg gelang den Rechtsextremen bei den Innsbrucker Gemeinderatswahlen im April 1933.

Der Wahlkampf war äußerst gehässig, geprägt von Massenaufmärschen, NS-Fackelzügen und Höhenfeuern in Form von Hakenkreuzen auf der Nordkette. Die NSDAP gewann mit 41,2 % Prozent der abgegebenen Stimmen und neun Mandaten. Allein das Wahlrecht, wonach jedes zweite Jahr nur die Hälfte der Sitze neu zu ver-



IM POLITISCHEN MITTELPUNKT:

Der Tiroler Heimatwehrgründer Richard Steidle (1), Bischof Sigismund Waitz (2), Bundeskanzler Engelbert Dollfuß (3), Justizminister Kurt Schuschnigg (4) mit Landeshauptmann Dr. Franz Stumpf (5) bei einer Kundgebung in Innsbruck am 29.6.1933.

Kurt Schuschnigg, nach der Ermordung von Engelbert Dollfuß ab 1934 Bundeskanzler, bei seiner Ansprache auf der Innsbrucker Ferrariwiese am 2.9.1934.

Franz Hofer (kl. Bild), bereits 1932 Gauleiter von Tirol, scheiterte 1933 bei der Innsbrucker Bürgermeisterwahl und wurde im selben Jahr wegen Betätigung für die NSDAP verhaftet. Hofer floh nach Deutschland und kehrte schließlich 1938 als Gauleiter von Tirol-Vorarlberg zurück.



© Stadtarchiv Innsbruck, Ph-22506



© Stadtarchiv Ibk, Ph-22506

© Stadtarchiv Innsbruck, Ph-Dig-407

geben war, rettete Innsbruck vor der NS-Machtübernahme. Knapp einer Machtübernahme entging auch die Stadt Landeck, deren Bevölkerung bei den Gemeinderatswahlen Ende April 1933 die NSDAP mit neun von 24 Mandaten bedachte.

Zur Bürgermeisterwahl in Innsbruck stellte sich der nachmalige Gauleiter Franz Hofer, auf den aber nicht genug Stimmen entfielen, weil sich die Volkspartei nicht an die zuvor vereinbarte Abmachung hielt, einen Nazi in den Bürgermeistersessel zu hieven. Das Amt übernahm schließlich Franz Fischer von der Volkspartei, weil die SDAP, um einen NS-Bürgermeister zu verhindern, über ihren parteipolitischen Schatten gesprungen war und ihren Kandidaten zurückgezogen hatte. Die sozialdemokratischen Mandatäre zogen „das schwarze dem braunen Übel“ vor und

stimmten schweren Herzens mehrheitlich für den Mann der Volkspartei.

BRAUNER TERROR

NS-Provokationen und Unruhen beschränkten sich nicht auf die Landeshauptstadt, in allen Bezirken Tirols provozierten NS-Anhänger:innen, ignorierten Verbote und verbreiteten Hoffnung bei den einen und Schrecken bei den anderen. Als Beispiele seien hier einige Aktionen genannt: Im Vorfeld von Hitlers Geburtstag am 20. April hissten Unbekannte auf dem Turm der Katharinenkirche in Kitzbühel eine Hakenkreuzfahne; Anfang Mai marschierte ein Zug uniformierter SA-Männer durch Seefeld; einige Tage darauf hingen im Zentrum von Hopfgarten Hakenkreuzfahnen, Anhänger:innen spazierten NS-

Lieder singend durch den Ort; Ende Mai 1933 prügeln Männer der SA und der Heimatwehr in Aldrans mit Holzlaten, Gummiknüppeln und Stahlruten aufeinander ein.

Angesichts der aufgeheizten Stimmung und aus Furcht vor einem möglichen Wahlsieg der NSDAP verschob die Tiroler Landesregierung im Mai 1933 die schon ausgeschriebenen Landtagswahlen auf den Tag der nächsten Nationalratswahlen. Zu solchen kam es aber vor der NS-Zeit gar nicht mehr.

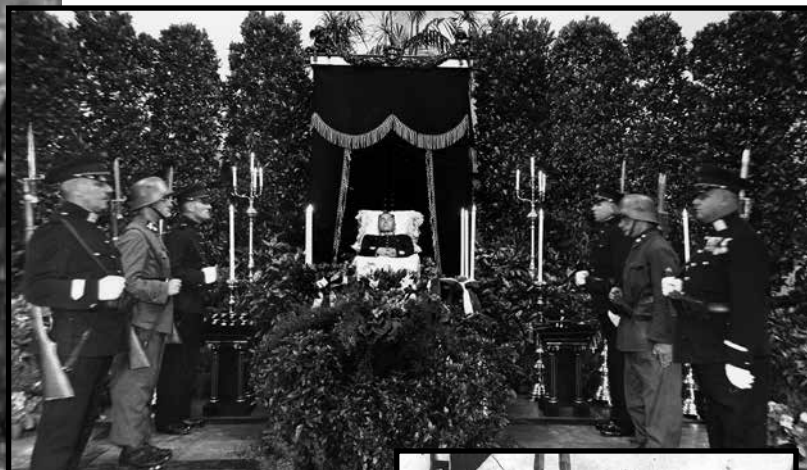
Auf Bundesebene nutzte Engelbert Dollfuß eine Geschäftskrisen des Parlaments, dessen drei Präsidenten zurückgetreten waren, und regierte ab Anfang März 1933 mit Notverordnungen. Die Notverordnungen ersetzten mehr und mehr demokratisch legitimierte Gesetze und ignorierten rechtsstaatliche Prinzipien. Nur mehr



© Stadtarchiv Innsbruck, Ph-A-15782/177



INNSBRUCK, 1933



MORD: Franz Kickl, Kommandant der Innsbrucker Polizei, wurde am 25.7. 1934 Opfer eines Attentats durch SS-Scharführer Friedrich Wurnig.

„Wahlwerbende“
NSDAP-Helfer.



© Stadtarchiv Ibk, Ph-22506

persönlich Eingeladene durften eine politische Versammlung besuchen, die aber, sollten sie sich zu einer „Massenkundgebung“ auswachsen, „im Interesse der schonungsbedürftigen Wirtschaft“ verboten war. Dem Versammlungsverbot zum Opfer fiel damit auch der traditionelle sozialdemokratische Festtag am 1. Mai. Ab April stand

die öffentliche Beleidigung der Regierung unter Strafe, Ende April folgte das Verbot, Plakate anzuschlagen oder Flugblätter zu verteilen, welche die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdeten, ab Mai war das Tragen einer Uniform, womit „eine politische Einstellung zum Ausdruck gebracht wird“, untersagt. Das traf – mit Aus-

BÜRGERMEISTERWAHL MIT SCHWEREN AUSSCHREITUNGEN

In den Tagen vor der Bürgermeisterwahl kam es in Innsbruck zu schweren Unruhen, als sich nach dem Verbot der NS-Studentenschaft zur Mittagszeit des 6. Mai 1933 NS-Anhänger:innen in der Innenstadt versammelten. Gendarmerie und Bundesheer räumten die Straßen, die sich am frühen Nachmittag wieder füllten, woraufhin die Polizei Sprengwagen der Feuerwehr als Wasserwerfer einsetzte. Abends bewegte sich ein Demonstrationszug durch die Maria-Theresien-Straße, wiederholt waren Rufe wie „Dollfuß verrecke!“, „Deutschland erwache!“ und „Heil Hitler!“ zu hören. Bis in die frühen Morgenstunden rotteten sich an mehreren Stellen der Stadt Menschen zu Demonstrationen zusammen. Am nächsten Tag marschierte die uniformierte, bewaffnete Heimatwehr durch die Stadt, schwor der Landesregierung Treue und bot ihre Hilfe bei der Niederschlagung der Unruhen an. Den Marsch begleiteten Pfui-Rufe und Pfiffe der Nationalsozialist:innen, die mit gerecktem rechten Arm die Straßen säumten.

NATIONALSOZIALISTISCHER TERROR:

Die seit Juni 1933 illegale NSDAP verlegte sich auf Terror, streute Flugzettel, klebte Hakenkreuze an Hausmauern, bemalte Straßen und nutzte die Berge (Bild u. die Sattelspitze bei Innsbruck), um Felswände mit großen, weithin sichtbaren Hakenkreuzen zu versehen oder Höhenfeuer in Form ihres Parteisymbols abzubrennen.

Ab dem Sommer/Herbst 1933 radikalisierte sich die NSDAP und verübte Bombenanschläge, verharmlosend Böllerattentate genannt. Ziele waren die kritische Infrastruktur, d. h. Bahnanlagen, Stromtrassen oder Wasserleitungen, oder das Eigentum politischer Gegner.

© Stadttarchiv Innsbruck, Ph-10032



© Stadttarchiv Innsbruck, Ph-A-15781-066



nahme der vom Verbot ausgenommenen Heimatwehr – die Milizen der anderen Parteien. Ab Mitte Mai 1933 war das Zeigen roter Fahnen verboten, was nicht nur die NSDAP, sondern auch die noch erlaubte SDAP und die bald darauf verbotene KP traf. Ende März 1933 löste die Bundesregierung den Republikanischen Schutzbund auf, Ende Mai 1933 folgte das Verbot der Kommunistischen Partei. Die Regierung nutzte die Macht ihrer Notverordnungen, um gegen alle Parteien, die nicht ihrem Spektrum angehörten, vorzugehen.

TAUSEND-MARK-SPERRE

Das Deutsche Reich reagierte auf die vielen Verbote, die es als Angriffe auf seine Anhänger:innen begriff, mit der Verhängung der Tausend-Mark-Sperre, die Österreichs ohnehin schwächelnde Wirtschaft unvorbereitet traf und die gesellschaftliche Spaltung vertiefte. Den Notverordnungen begeg-

neten NS-Anhänger:innen mit Spott und Ignoranz. SA-Männer behalfen sich, indem sie zu schwarzen Hosen weiße Hemden und schwarze Krawatten trugen, was sich als Uniform interpretieren ließ, aber nicht strafbar war. Statt Massenaufmärschen flanierten ähnlich gekleidete Männer gemeinsam und bevorzugt an Sonntagen über Hauptplätze und Hauptstraßen. Auf Waldlichtungen trafen sich frühmorgens Männer zu Exerzierübungen, Hakenkreuzfahnen hingen an Oberleitungsmasten, Kirchtürmen oder Rathäusern, mit Ölfarbe geschmierte Hakenkreuze zierte Hausmauern oder Straßen. Nicht nur in Städten, auch auf dem Land und in kleinen Gemeinden kam es immer wieder zu Tumulten, Unruhen und NS-Propaganda, wogegen die Staatsführung nicht effizient vorgehen konnte. Der Exekutive mangelte es nämlich an Personal, so dass die Landesregierung zum Grenzschutz das Schutzkorps aus zumeist arbeitslosen Männern aufstellte



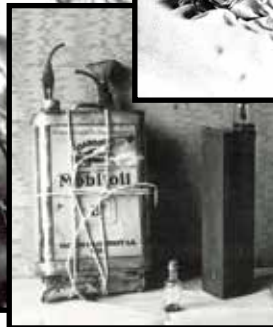
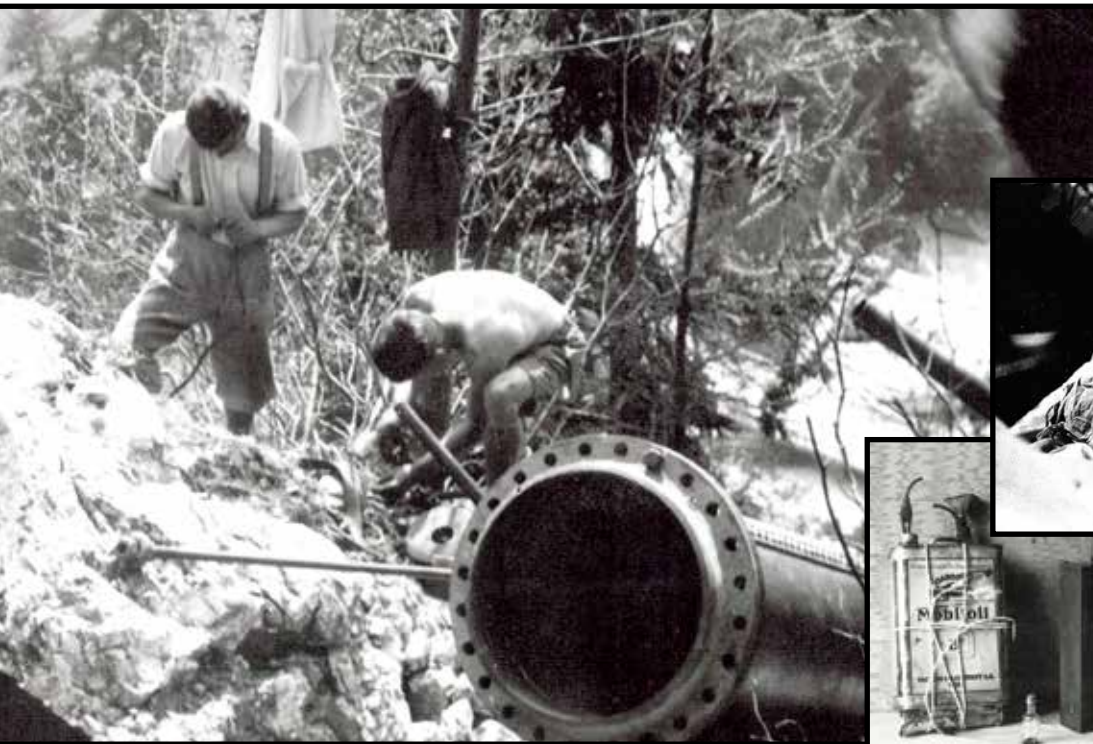
© Stadttarchiv Innsbruck, ho525

© Deutsches Bundesarchiv



© F. Knczer/TIME

DIKTATOREN HITLER (LI.), DOLLFUSS: KAMPF UM DIE MACHT.



© Stadarchiv Innsbruck, Ph-G 21958

© Stadarchiv Innsbruck, Ph-A-15781-069

BLUTZOLL:

Dem 17-jährigen Walter Lunger wurde am 24.1.1934 beim Versuch, eine NS-Sprengfalle (li.) unschädlich zu machen, die rechte Hand abgerissen.

oder ganze Heimatwehrformationen als Hilfspolizei einsetzte. Nach einem Handgranatenüberfall auf Hilfspolizei nahe Krems mit 30 Verletzten verordnete die Bundesregierung Mitte Juni 1933 das Verbot der NSDAP und ihrer Organisationen sowie des rechtsextremen Steirischen Heimatschutzes. „Liebe und Treue zum Deutschtum“ ließen sich nicht verbieten, kommentierten die großdeutschen, schon im nationalsozialistischen Fahrwasser schwimmenden Innsbrucker Nachrichten. Auf das Verbot folgten Verhaftungen prominenter NS-Anhänger, wie etwa Franz Hofer, dem im August 1933 die spektakuläre Flucht aus dem Gefängnis des Landesgerichtes gelang.

Die Bundesregierung antwortete mit weiteren Notverordnungen, wie jener, die „den Mißbrauch fremden Eigentums zu politischer Propaganda“ untersagte. Sie erlaubte es, Funktionäre der NSDAP zu bestrafen, wenn die Urheber einer konkreten Tat nicht aus-

”

Herr Hitler ist ein glänzender Redner. Seine Ausführungen fanden allgemeinen Beifall. Herr Hitler ist aber auch ein Feuerkopf, der die Kraft hat, Ansichten mit zwingender Gewalt zu verbreiten.“

INNSBRUCKER
NACHRICHTEN,
23.9.1920

gemacht werden konnten. Da dies meistens der Fall war, bezahlten bekannte Nationalsozialisten mit Geld oder Arrest die Taten anderer, was jedes rechtsstaatliche Verfahren geradezu verhöhnte. Auf Befehl der Mitte Juni 1933 in den Bundesländern eingesetzten Sicherheitsdirektoren stellten lokale Gendarmerie- oder Polizeiposten „Putzscharen“ zusammen, aus NS-Anhänger:innen bestehende Gruppen, die NS-Propaganda eigenhändig entfernen mussten. Im August 1933 verlangte der Sicherheitsdirektor etwa, die Innsbrucker Polizei müsse „rund 20 bergsteigerisch geeignete, nationalsozialistische Parteiangehörige“ festnehmen und auf die Nordkette bringen, um das an der Sattelspitze weithin sichtbare weiße Hakenkreuz zu entfernen. Eine weitere Verordnung erlaubte es, das Vermögen von Personen, die unter Verdacht standen, sich für die NSDAP zu betätigen, zu beschlagnahmen. Ab Mitte August 1933 durften Bezirkshauptmannschaften

Personen, die ins Deutsche Reich geflüchtet waren und sich dort der Österreichischen Legion angeschlossen hatten, ausbürgern. Eine Verordnung, die alle potentiellen GegnerInnen der Regierung traf, folgte Mitte September 1933. Demnach war es den Behörden im Wege des Verwaltungsstrafverfahrens möglich, Personen, die unter Verdacht standen, sich staatsfeindlich zu betätigen, in ein Anhaltelager einzuweisen. Tausende büßten in den kommenden Jahren ihre politisch abweichende Meinung mit monatelanger Internierung in einem der beiden Lager, im niederösterreichischen Wöllersdorf oder im burgenländischen Kaisersteinbruch.

DIE RUHE TRÜGT

Bis in den Februar 1934 herrschte trügerische Ruhe, nur unterbrochen von NS-Attentaten und dem nicht nachlassenden Ruf der Heimatwehr, die sozialdemokratischen Organi-



© AK Tirol/privat



© Stadtarchiv Innsbruck/Ph-26372



© AK Tirol/privat



© AK Tirol/privat



© AK Tirol/privat

ZEITBILDER

sationen zu verbieten. Bundeskanzler Dollfuß verfolgte eine schikanöse Politik, indem er in die Selbstverwaltung der Arbeiterkammern oder der Sozialversicherungen eingriff und die SDAP immer weiter in die Defensive drängte. „Aber nichts geht den Sozi mehr auf die Nerven als diese gewisse langsame Taktik. Alles auf einmal bringt die Leute zum Kampf“, erklärte er sein Vorgehen. Die SDAP zügelte immer wieder den Zorn ihrer Mitglieder und ließ die staatlichen Provokationen über sich ergehen. Als am 12. Feber 1934 die Linzer Schutzbündler zu den Waffen griffen, geschah dies ohne Wissen und Willen der Parteiführung. Die Kämpfe konzentrierten sich auf den Osten und den Süden Österreichs. Im Tiroler Unterland wehrten sich die Schutzbündler von Wörgl, Bad Häring und Kirchbichl gegen den „Staatsstreich auf Raten“, den die Christlich-Sozialen inszenierten. Nach drei Tagen mit über 10.000 Verhafteten, neun vollstreckten Todesurteilen und dem Verbot aller sozialdemo-

kratischen Organisationen und Vereinen war Dollfuß am Ziel seiner Politik. In die beiden Anhaltelager kamen ab sofort auch Sozialdemokraten, wie der Bürgermeister von Hötting Alois Kohl, oder Johann Burtcher, Abschnittskommandant des Republikanischen Schutzbundes, im zivilen Leben Angestellter der Arbeiterkammer.

Alle sozialdemokratischen politischen Mandate verfielen, ebenso alle Betriebsratsmandate der Freien Gewerkschaften. Der Sicherheitsdirektor wies die Behörden an, sozialdemokratische Objekte – Arbeiterheime, Kinderfreundeheime, Naturfreundeheuten, Gewerkschaftshäuser – „unter Vermeidung von eigenen Opfern zu besetzen, zu säubern und besetzt zu halten“. In Innsbruck traf es etwa das Hotel Sonne am Südtirolerplatz, seit 1924 Sitz der Freien Gewerkschaften und der SDAP, die Druckerei der Volkszeitung in der Mentlgasse oder die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammern standen unter staatlicher Lenkung und Zwangsverwaltung und erhiel-

1. Heimatwehr mit Maschinengewehr vor Kundler Bierhalle, 1932.

2. Wimpelweihe der Heimatwehr am Kirchweihsonntag, dem 19.4.1930 in Kufstein

3. Demonstration der Nationalsozialisten auf dem Südtiroler Platz, 4.5.1933.

4. Alarmabteilungsgruppe des Schutzbundes, Innsbruck, 1932.

5. Fake-News in den 1930er Jahren: Heimatwehr- und Schutzbundtagung werden gegenübergestellt und in der „bürgerlichen Presse“ genannten offiziellen Besucherzahlen gegenübergestellt (Bruck a. d. Mur, 1930).

6. Trauerzug der Ostmärkischen Sturmchargen für den ermordeten Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, Innsbruck, 28.7.1934.

7. Heimatwehrkundgebung, Innsbruck, 5.5.1935.

ten eine neue, regierungstreue, aus christlichen Gewerkschaftern bestehende Führung. Im März 1934 verordnete die Regierung die Errichtung einer Einheitsgewerkschaft, die ihre „Aufgabe im christlichen, vaterländischen und sozialen Geist unter Ausschluss jeder parteipolitischen Tätigkeit zu erfüllen“ hatte.

Auf betrieblicher Ebene ersetztten Werkgemeinschaften, bestehend aus Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen, die Betriebsräte. Klassenkampf existierte nicht in den Augen der Christlich-Sozialen, die Klassenharmonie predigten und eine friedliche Koexistenz der beruflichen Stände, in denen jede Person einen bestimmten Platz einnahm und nicht infrage stellen durfte. Als Klassenkämpferisch galt schon die Klage eines Gewerkschaftssekretärs, die Unternehmen hielten sich nicht an die Kollektivverträge. Eine wirksame Interessenvertretung war mit den zu Marionetten herabgewürdigten Organisationen nicht mehr möglich.



© Stadtarchiv Innsbruck/Ph-21946



© Stadtarchiv Innsbruck/Ph-15060-4

DER UMBAU ÖSTERREICHS

Der Umbau Österreichs von einer demokratischen Republik in eine Diktatur vollzog sich dann schließlich rasch. Am 30. April 1934 trat das nur mehr mit konservativen Mandataren besetzte Schrumpfparlament in Wien zusammen, genehmigte nachträglich die seit dem März 1933 erlassenen 471 Notverordnungen und die neue, am nächsten Tag in Kraft tretende Verfassung. Ein christlich-sozialer Redner freute sich darauf, dass die „entartete, mißbrauchte Formaldemokratie“ sterben und „eine wahrhaft christliche Demokratie“ entstehen werde. Bis zum „Anschluss“ im März 1938 galt künftig der 1. Mai nicht mehr als Feiertag der Arbeiterbewegung, sondern als Tag der neuen Verfassung, als „Tag des neuen Österreich“. Einzig zugelassene Partei war die Vaterländische Front, die für diesen Tag zu Großkundgebungen rief. Der Landesführer der Staatspartei und der Tiroler Landeshauptmann definierten

in einem Aufruf, wie sich die Christlich-Sozialen das neue Österreich vorstellten: „Parteienstaat ist überwunden! Der Weg ist frei! Österreich erstet neu als ein christlich-deutscher Ständestaat auf autoritärer Grundlage. Ruhe, Ordnung und Frieden werden sich wieder durchsetzen, die verständnisvolle Zusammenarbeit der Berufsstände wird an die Stelle des Parteien- und Klassenkampfes treten!“ Die Feiern waren begleitet von NS-Störversuchen, Hakenkreuzfahnen an Zäunen oder Hausfenstern, Explosionen von Böllern und Verhaftungen im ganzen Land. Die illegale NSDAP streute Flugzettel mit der Parole: „Dollfuß bringt Knechtschaft und Not! Hitler bringt Freiheit und Brot!“

Nur wenige Wochen später, am 25. Juli 1934, putschte die NSDAP und erschoss Bundeskanzler Dollfuß, der den österreichischen Konservativen noch jahrzehntelang als „Märtyrer“ galt. Bis zum März 1938 galt die Parole „Ein Toter führt uns an“, die österreichische Regierung unter seinem Nach-

“

„Parteienstaat ist überwunden! Der Weg ist frei! Österreich erstet neu als ein christlich-deutscher Ständestaat auf autoritärer Grundlage. Die verständnisvolle Zusammenarbeit der Berufsstände wird an die Stelle des Parteien- und Klassenkampfes treten!“

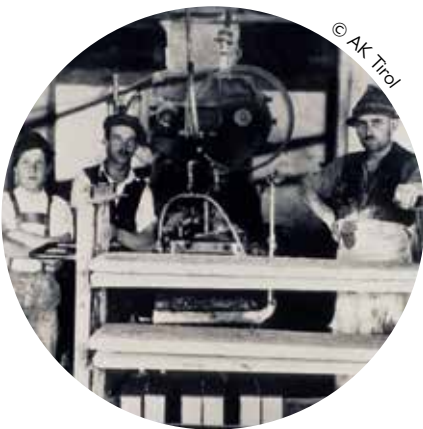
AUS EINEM AUFRUF
DES TIROLER LANDESHAUPTMANNS, 1934

folger Kurt Schuschnigg zelebrierte jährlich seinen Todestag als „Volkstrauertag“. Tote gab es an diesem 25. Juli auch in Innsbruck: Der Nationalsozialist Friedrich Wurnig erschoss den Polizeikommissar Franz Hickl und starb nach dem Todesurteil am Strick; ein Mann der Heimatwehr erschoss den als Geisel festgehaltenen Nationalsozialisten Josef Honomichl, aus Sicht der Nazis zwei weitere „Märtyrer“ aus ihren Reihen.

Bis in den März 1938 herrschte eine bleierne, nur durch Gewalt und massive Repression gesicherte Ruhe, während sich das offizielle Österreich in „vaterländischen“ Kundgebungen erging und sich im Untergrund die Nazis auf die Machtübernahme vorbereiteten. Am 11. März 1938 gab Schuschnigg unter dem Druck Hitlers das Land kampflos preis und die österreichische Diktatur brach zusammen. FIN

Über den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 lesen Sie ab Seite 54.


EINE GANZ ANDERE WIRTSCHAFT



In Tirol lebten in den 1930er-Jahren im Durchschnitt rund 350.000 Menschen, weniger als die Hälfte von heute. Entsprechend „leerer“ wirkte das Land, auf alten Fotos dominieren fast überall noch Wiesen das Bild. Nur acht Orte beherbergten mehr als 5.000 Menschen: neben Innsbruck, Hall und Hötting (bis 1938 eine eigene Gemeinde) waren das die Bezirkshauptstädte Lienz, Kufstein, Schwaz, Landeck und Kitzbühel. Aber auch dieses „städtische“ Leben war noch völlig anders als heute. Es war geprägt von vielen kleinen Geschäften und Nahversorgern, kleinen Gewerbebetrieben und Bauernhöfen auch mitten in den Siedlungen.

Bild oben: Maschinenraum der Ziegelei Klotz: Arbeiter an der Schneidmaschine, Inzing, 1935.

Die 1930er-Jahre waren eine Zeit der großen Umbrüche, auch in Tirol. Anfang 1930 war schon von wirtschaftlicher Krise die Rede, man hatte aber noch keine Ahnung, dass man sich mitten in einer weltwirtschaftlichen Verwerfung befand, die später als „Große Depression“ bekannt werden sollte. Und man ahnte vielleicht die politischen Veränderungen, die über die Welt hereinbrechen sollten, aber nur wenige rechneten wirklich mit dem Ausmaß der Umwälzungen, die 1938 zum sogenannten „Anschluss“ und dann zum Zweiten Weltkrieg führen sollten.

JOSEF NUSSBAUMER |
ANDREAS EXENBERGER 

Die insgesamt schwierige Wirtschaftslage bedeutete außerdem, dass Tirol noch lange nicht das Einwanderungsland war, das es mittlerweile geworden ist. Vielmehr war es, was es jahrhundertlang war: ein vergleichsweise armes Auswanderungsland, das von vielen auf der Suche nach einem besseren Leben verlassen wurde, auch in Richtung Übersee. Die Lebenserwartung lag noch deutlich niedriger als heute, nämlich bei knapp 55 Jahren für Männer und 59 Jahren für Frauen (in Österreich).

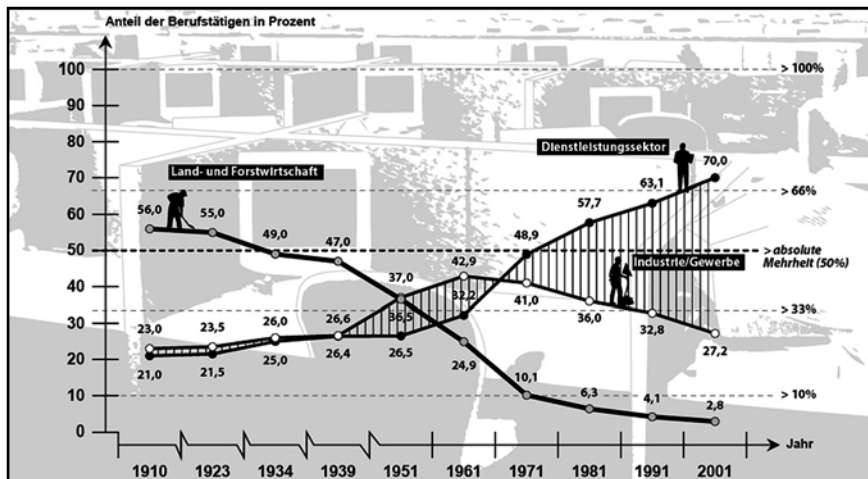
Trotzdem wuchs die Bevölkerung in Tirol auch während der 1930er-Jahre. So lag zwar der Kinderdurchschnitt 1934 bei 2,4 pro Familie, doch gab es in Tirol auch noch mehr als 3.000 Familien mit sieben (!) Kindern oder mehr. Die allgemeine Lage wirkte sich aber trotzdem aus. In Innsbruck etwa sank die Geburtenzahl während der Wirtschaftskrise um etwa ein Viertel auf weniger als 1.000 pro Jahr und wuchs danach nur leicht an, ehe sie nach der NS-Machtergreifung auf den fast unglaublichen Höchststand von 2.517 im Jahr 1940 anstieg. Zum Vergleich: 2020 wurden in Innsbruck 1.208 Kinder geboren, das ist fast exakt der Durchschnitt für die Jahre 1930 bis 1939 – bei allerdings inzwischen doppelter Bevölkerung.

Auch in anderer Hinsicht hat sich Tirol sehr verändert. Während heute knapp 3 Prozent der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft (primärer Sektor) tätig sind, arbeiteten in den 1930er-Jahren noch rund



**MENSCHENMENGE IN DER
NEW YORKER WALL STREET NACH
DEM BÖRSENCRASH VON 1929.**

**BESCHÄFTIGTE
IN TIROL NACH
WIRTSCHAFTSSEKTOREN
IM 20. JAHRHUNDERT.**



Quelle: Nussbaumer/Neuner, Die Graphen von Tirol 2012, Graph 23.

die Hälfte der Menschen dort. In den meisten Landgemeinden war dieser Anteil zudem noch weit größer. Im sekundären Sektor (Industrie und Gewerbe) und im tertiären Sektor (Dienstleistungen) waren hingegen nur jeweils knapp ein Viertel der Menschen beschäftigt, was sich meist in den wenigen größeren Gemeinden und einigen Industriorten konzentrierte. Der radikale gesellschaftliche Strukturwandel, der noch folgen sollte, war in den 1930er-Jahren daher noch nicht einmal absehbar.

In den 1930er-Jahren gab es auch noch relativ wenige Angestellte (wenn, dann vor allem bei öffentlichen Dienstleistungen), hingegen relativ viele „mithelfende Familienangehörige“ (vor allem in der Landwirtschaft) und auch gar nicht so wenige Selbständige (Bauern und kleine Gewerbetreibende). Den größten Teil der Beschäftigten machten Arbeiter und Arbeiterinnen aus, vor allem in der Industrie, aber auch noch in der Landwirtschaft. Dabei war zwar die Industrie schon einigermaßen „maschiniert“, Beschäftigung in der Landwirtschaft hieß aber noch allgegenwärtige Handarbeit und Traktoren waren skurrile Einzelfälle. Das Leben war daher für die meisten von harter Arbeit geprägt und entsprechend entbehrungsreich und oft auch ärmlich.

Die Volkszählung von 1934 enthält eine Menge Detaildaten zu Tirol, die vielleicht ein Gefühl für die historischen Unterschiede geben. Bei Banken etwa arbeiteten in ganz Tirol nur knapp 400 Menschen, für Eisenbahnen hingegen noch mehr als 4.500. Noch waren fast 500 Menschen in der Tabakerzeugung (vor allem Frauen) tätig. Es gab mehr als 1.000 Schmiede, mehr als 1.300 Schlos-

ser und mehr als 2.300 Tischler (darunter zusammen aber nur acht (!) Frauen). Außerdem werden z. B. 98 „Hausierer“, 49 Ziegelarbeiter (davon 33 arbeitslos), 93 Korbflechter, 45 Seiler, 10 Vergolder, 17 Handschuhmacher, 8 Kunststopfer, 3 hauptberufliche Instrumentenstimmer und auch noch 98 „Dienstmänner“ gezählt.

DAS PROBLEM DER ARBEITSLOSIGKEIT

All diese Berufe sahen sich vor große Probleme gestellt, als die Weltwirtschaftskrise ab 1930 auch Tirol mit voller Härte traf. Damit wurde die weit verbreitete Arbeitslosigkeit zum prägendsten ökonomischen und gesellschaftlichen Phänomen. Keine Arbeit zu haben, hieß damals nur eine relativ kurze Zeit – wenn überhaupt – eine geringe finanzielle Unterstützung zu erhalten. Entsprechend ist die offizielle Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen sicher eine Unterschätzung des tatsächlichen Problems. Das sieht man auch daran, dass zwischen Juli 1930 und Juli 1933 die Zahl der krankenversicherten Beschäftigten zwar um 24.000 zurückging, die Zahl der Arbeitslosen aber nur um 11.000 anstieg. Zudem war überhaupt nur etwa die Hälfte der Beschäftigten versichert. Prekäre Arbeitsverhältnisse waren daher sehr verbreitet, insbesondere in der Landwirtschaft, und eine aussagekräftige „Arbeitslosenquote“ ist für diese Zeit eigentlich nicht berechenbar.

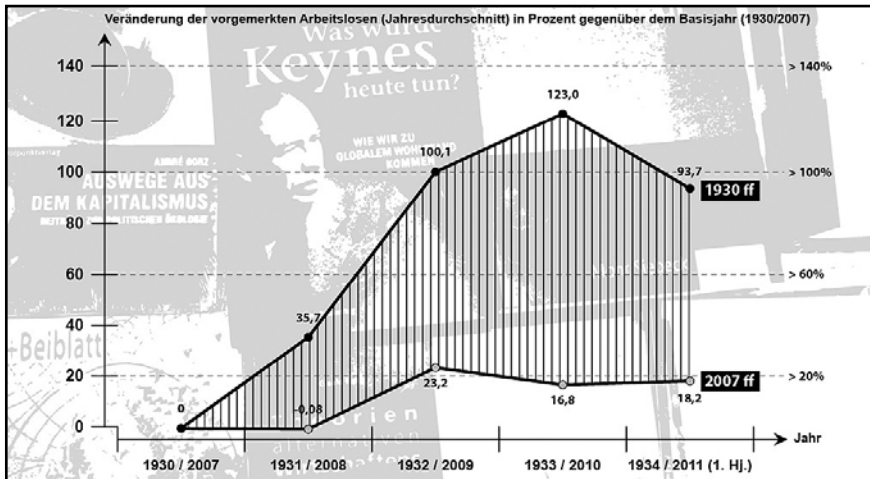
Mindestens ein Viertel der Arbeitskräfte dürfte aber von Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ausprägungen betroffen gewesen sein. Sie kamen damit wohl eher schlecht als recht zurecht.

ARBEITSLOSIGKEIT

REGIONAL OFT GRAVIEREND

Die Auswirkungen waren regional oft gravierend, wenn etwa in Kirchbichl kaum ein Haus oder eine Familie ohne Arbeitslose war, ja in vielen Familien sogar sämtliche arbeitsfähigen Familienmitglieder arbeitslos waren. Dabei traf dieses Schicksal Menschen, die keine Chance hatten, diesem Übel zu entkommen. Es war kein individuelles Phänomen, sondern ein strukturelles, dem man ausgeliefert war.

Was dies für die Psyche bedeutete, auch auf gesellschaftlicher Ebene, kann heute kaum mehr erahnt werden. Weite Teile der Gesellschaft erlebten jedenfalls einen massiven Verlust von Lebensqualität und das auf ohnehin bescheidenem Niveau. 1932 gaben etwa 42 Prozent der Beschäftigten in der Textilindustrie an, sich Fleischgerichte bestenfalls an wenigen Festtagen leisten zu können – und das gilt wohl gemerkt für die, die Arbeit hatten. So sank in den Krisen Jahren schließlich sogar die Biererzeugung um fast die Hälfte.



Quelle: Nussbaumer/Neuner, Die Graphen von Tirol 2012, Graph 33.

ARBEITSLOSIGKEIT IN TIROL IM VERGLEICH WÄHREND ZWEIER WELTWIRTSCHAFTSKRISEN.

”

Während heute knapp 3 Prozent der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft tätig sind, arbeitete in den 1930er-Jahren noch rund die Hälfte der Menschen dort. In den meisten Landgemeinden war dieser Anteil zudem noch weit größer. In Industrie, Gewerbe und im Dienstleistungsreich waren hingegen nur jeweils knapp ein Viertel der Menschen beschäftigt, was sich meist in den wenigen größeren Gemeinden und einigen Industrieorten konzentrierte.“

Arbeitslosigkeit war außerdem überall im Land zu finden. In Landeck hatte die Continentale beinahe die gesamte Belegschaft gekündigt, ebenso das Zementwerk in Kirchbichl. In Matrie am Brenner wurde das Karbidwerk stillgelegt und auch die Zellulosefabrik in Wörgl war schwer betroffen. Bei den Industriebetrieben in Reutte und Jenbach (damals noch ein Sensenwerk) sank der Beschäftigtenstand auf einen Bruchteil. Auch die Tiroler Sägeindustrie durchlebte eine schwere Krise und die Beschäftigung in der Bauwirtschaft sank allein von 1931 bis 1932 um fast die Hälfte. „Kurzarbeit“ hieß damals einerseits, „nur“ 40 Wochenstunden zu arbeiten (bei einer regulären 48-Stunden-Woche), andererseits aber auch monatelange ganz stillstehende Betriebe – beides natürlich ohne Lohnausgleich. Doch auch für die, die weiter Arbeit hatten, sanken im Durchschnitt die Löhne und auch deren Kaufkraft.

Und die Arbeitslosigkeit blieb hoch. Erst die NS-Herrschaft heftete sich auf die Fahnen, das Problem erfolgreich bekämpft, ja sogar beseitigt zu haben. Bereits im Juli 1938 gab es kaum noch offizielle Arbeitslose und mit dem Kriegsbeginn im September 1939 war es ganz erledigt. Gelungen ist das freilich nur durch „Arbeitsplatzbeschaffung“, was nicht nur öffentliche Vorhaben, sondern auch massive Zwangsmaßnahmen beinhaltete.

EINE ANDERE WIRTSCHAFT

Kommen wir nun noch zu einigen Einblicken in verschiedene Bereiche der Wirtschaft in den 1930er-Jahren. Bei der Ener-

gieversorgung war Tirol etwa noch ganz und gar von der Verbrennung von Holz und Kohle geprägt. Von Öl oder Gas war noch kaum die Rede, ja sogar auch die Versorgung mit Strom befand sich in den sprichwörtlichen Kinderschuhen. Dort, wo es Strom gab, wurde er zudem kaum für Kühlschränke oder Waschmaschinen verwendet (gar nicht zu reden von Fernsehgeräten oder gar Computern), denn all das hielt erst (teils lange) nach dem Zweiten Weltkrieg Einzug. Gerade einmal 17.000 Haushalte hatten 1934 einen Radioempfang und auch elektrisches Licht war alles andere als selbstverständlich, schon gar nicht am Land, wenn nicht gerade irgendwo ein Kleinwasserkraftwerk zu finden war. Denn die TIWAG gab es zwar schon, das landesweite Leitungsnetz war aber erst im Entstehen und der öffentliche Versorgungsauftrag eine Aufgabe für die Nachkriegszeit. Nicht zu vergessen ist dabei, dass auch Kohle und Holz sich nicht von selbst schlepten. Wer also warme Mahlzeiten kochen oder den Ofen anwerfen wollte, musste zuerst einmal Hand anlegen, was meist die Frauen taten, wie auch beim Wäschewaschen.

Eine Folge davon war natürlich der Rauch, der in Tirol in den 1930er-Jahren vor allem im Winter stark zu beobachten war. Er kam aber noch kaum aus den Auspuffen von Fahrzeugen, denn es gab damals nur rund 2.000 Motorräder und insgesamt ebenso nur etwa 2.000 Automobile (Pkw, Lkw und Busse) in ganz Tirol, ein überschaubarer Verkehr. Überhaupt waren auch selbst in den Städten nur einige Straßen gepflastert und die Verbindungen zwischen den Orten würde man heute wohl eher für Feldwege halten. Eine Autobahn durch Tirol plante



© AK Tirol

LANDWIRTSCHAFT:

IN DEN 1930ER-JAHREN ARBEITETE DIE HÄLFTE DER MENSCHEN IN TIROL IN LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT. IM BILD DIE FAMILIE DES „HANSERL-BAUERN“, BAD HÄRING, UM 1935.

erst das NS-Regime (als Transitroute entlang der Mittelgebirge) und gebaut wurde sie erst ab den 1960er-Jahren (dann durchs Tal), als auch die Zahl der Autos in Tirol immerhin bereits in die Zehntausende ging. Zu den dominanten Fortbewegungsarten, dem Zulußgehen und dem Fahrradfahren, kam daher in den 1930er-Jahren vor allem die bereits gut etablierte Eisenbahn, ergänzt mit einigen Autobus-Linien. Aber auch die Bahn war noch eine andere Welt: So dauerte die Fahrt von Kufstein nach Innsbruck normalerweise rund zwei Stunden, im D-Zug 80 Minuten; nach Bozen brauchte man drei Stunden, nach München an die vier und nach Wien geschlagene zehn (!) – alles natürlich mit Umsteigen. Ein anderes heute selbstverständliches Verkehrsmittel war hingegen noch wirklich exotisch, denn nur sehr wenige konnten sich die Linienflüge nach Wien, München und Zürich leisten, die vom 1925 eröffneten Innsbrucker Flugplatz abhoben – einem Grasfeld in der Reichenau.

Autos bekam man in Tirol daher nicht zuletzt durch den „Fremdenverkehr“ zu sehen, auch wenn dessen Niveau mit allem, was ab den 1950er-Jahren einsetzen sollte, nicht einmal im Ansatz vergleichbar war. Dabei war der Spitzenwert in der Ersten Republik bereits in der Saison 1928/29 erreicht, als

in Tirol rund 3 Millionen Übernachtungen zu verzeichnen waren (zum Vergleich: in der Wintersaison 2019 waren es 27,5 Millionen Übernachtungen in Tirol). Diese Zahl sank bis 1933/34 auf nur noch 1,3 Millionen und erholte sich danach kaum wieder. Das lag einerseits an der Weltwirtschaftskrise, die vielen das Geld zum Verreisen nahm, andererseits aber auch an der sogenannten „1.000-Mark-Sperre“, die Einreisen aus Deutschland (auch damals schon das wichtigste Herkunftsland der Gäste) auf eine kleine, zahlungskräftige Schicht reduzierte. Wer kam, konnte im Winter aber immerhin schon Skifahren, wenn auch meist in Form einer Skitour auf „Holzbrettln“. Denn an Bergbahnen gab es 1930 in ganz Tirol nur die Zugspeitzbahn in Ehrwald, die Patscherkofelbahn und die Nordkettenbahn in Innsbruck sowie die Hahnenkammbahn in Kitzbühel, ehe 1937 mit der Galzigbahn in St. Anton am Arlberg noch eine fünfte „Aufstiegshilfe“ hinzukam.

Es waren aber auch die allgemeinen Möglichkeiten noch ganz andere, wie etwa ein abschließender Blick auf das Bildungs- und Gesundheitswesen zeigt. Niemand von uns würde wohl gerne in ein Krankenhaus aus den 1930er-Jahren gehen, auch sonst war die Versorgung durch insgesamt 397 Ärzte (und

© AK Tirol



FORSTWIRTSCHAFT:

WICHTIGER ERWERBSZWEIG IN DEN 1930ERN. DAS BILD ZEIGT HOLZKNECHTE VOR DER UNTERKUNFT, BRANDENBERG, 1937.



© AK Tirol

erst 27 Ärztinnen) bestenfalls lückenhaft. Die Schulbildung ging wiederum nur im Ausnahmefall über die Volksschule hinaus, höheren Unterricht gab es nur an wenigen, oft weit entfernten Standorten. Speziell am Land war das Schuljahr vielmehr den Erfordernissen der Landwirtschaft angepasst, in der Kinder selbstverständlich mitarbeiten mussten. Zugleich waren 1934 an der Universität Innsbruck, der noch lange einzigen Hochschule des Landes, insgesamt nur rund 1.700 Personen eingeschrieben. Bildung musste man sich leisten können.

EIN NOCH ANDERES LEBEN

Der Vergleich zwischen den 1930er-Jahren und heute offenbart vor allem Verbesserungen. Es war damals vielleicht noch mehr Platz und weniger Hektik, aber Tirol war auch eine ungemein arme Gesellschaft. In der Landwirtschaft zu arbeiten, hieß in der Regel kaum mehr als das zum Leben Nötige erwirtschaften zu können, und das nach einem Arbeitstag von früh bis spät. Aber auch sonst dominierten in den 1930er-Jahren Arbeitslosigkeit (oder die Angst davor) und damit einhergehende Perspektivenlosigkeit. Vielen Menschen fehlte es am Nötigsten

und kaum jemand konnte auf Unterstützung durch Sozialleistungen zählen, wie unzureichend sie auch sein mochte.

Wie unterschiedlich zu heute die Welt damals war, kann man auch daraus ersehen, dass es in den Haushalten kaum Haushaltsgeräte gab, ja auch Bad oder Dusche in der eigenen Wohnung war noch eher eine Seltenheit. Gekocht und geheizt wurde mit Kohle oder Holz und der Energieverbrauch betrug bei größerer Luftverschmutzung nur einen Bruchteil von heute – und das, obwohl Tirol noch weitgehend eine autolose Gesellschaft war.

Nimmt man all das zusammen, ist kaum mehr vorstellbar, dass die heutige Tiroler Bevölkerung noch auf dem Niveau der 1930er-Jahre leben könnte, so anders waren die sozialen, gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen damals. Schon die Ernährungslage wäre sehr prekär, während es viele der Erleichterungen, die unser Leben inzwischen prägen, noch nicht einmal als Ideen gab. Vielleicht sollte uns das etwas Demut abverlangen, wie gut eigentlich die Bedingungen sind, unter denen wir heute leben dürfen, und etwas Respekt vor den Leistungen unserer damaligen Landsleute, die auch unter schwersten Bedingungen das Beste aus ihrem Leben zu machen versuchten. FIN

TRISTE WIRTSCHAFTSLAGE:
DIE WIRTSCHAFTSKRISE FÜHRTE
AUCH ZU HUNGER UND NOT.
DIE TIROLER ARBEITERKAMMER
HALF BEDÜRFTIGEN.
BILD: BROTVERTEILUNG IN
VOLDERS, WINTER 1931/32.



© AK Tirol

GEFÄHRLICHE ARBEIT:
HOLZTRIFT IN DER KAISER-
KLAMM; HOLZARBEITER BEIM
LÖSEN VERKEILTER STÄMME,
BRANDENBERG, 1933.

1000-MARK-SPERRE: KRIEG GEGEN ÖSTERREICH

„Stille Pfingsten wie noch nie“: Die vom Deutschen Reich unter Adolf Hitler verhängte 1000-Mark-Sperre traf auch den Tiroler Tourismus bis ins Mark. Zurück blieben hohe Schulden und eine völlig marode Tourismuswirtschaft.

SABINE PITSCHIEDER ✍️



Am 29. Mai 1933 verhängte das Deutsche Reich unter Adolf Hitler die Tausend-Mark-Sperre, eine Gebühr, die ab Anfang Juni deutsche Reisende an die Reichskasse abführen mussten, wollten sie nach Österreich fahren. Die österreichische NSDAP erklärte in einem Flugblatt, was der Gesetzestext nicht preisgab, nämlich den politischen Hintergrund. Schuld an der Maßnahme trüge allein die österreichische Regierung, die vielen Verbote – Uniformen, Fahnen, Abzeichen – bedeuteten für deutsche Reisende in Öster-

o.: Zeitgenössische Darstellung der 1000-Mark-Sperre.

reich, dass sie „wegen ihrer nationalsozialistischen Gesinnung und deren Bekundung – die ihnen in der ganzen übrigen Welt unbehindert freisteht! – behördlicherseits verfolgt, mißhandelt und eingesperrt werden könnten“. Die sozialdemokratische Volkszeitung spottete, das Flugblatt präsentiere „die österreichischen Nazi als die verfolgte Unschuld“: „In Österreich beweinen sie sich als Märtyrer – um gleichzeitig Hitler zu preisen, der in Deutschland alles in Grund und Boden trampeln läßt, was nicht auf das Hakenkreuz schwört.“ Der Landeshauptmannstellvertreter sprach von Terror und „einer Art Hungerblockade Deutschlands mitten im Frieden“. Es waren zwar nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Gründe, weil das Deutsche Reich den Devisenabfluss bremsen wollte, aber in der Öffentlichkeit und geschockten Wirtschaft stand das politische Motiv im Vordergrund. In diesen letzten Maitagen lieferten sich gerade Männer der Heimatwehr und der SA Straßenschlachten in Innsbruck, im ganzen Land flammten Unruhen auf. Die Exekutive reagierte mit Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Im „Braunen Haus“ in der Innsbrucker Müllerstraße suchte sie nach Korrespondenz, die bewies, dass die Gauleitung selbst die Tausend-Mark-Sperre gewünscht hatte. →

”

In Österreich beweinen sie sich als Märtyrer – um gleichzeitig Hitler zu preisen, der in Deutschland alles in Grund und Boden trampeln läßt, was nicht auf das Hakenkreuz schwört.“

VOLKSZEITUNG ÜBER DIE VORWÜRFE DER NSDAP

Tiroler Anzeiger

Mit der Abendausgabe: „TZ-Innsbrucker Zeitung“ und der illustrierten Wochen-Beilage: „Weltgut“

Bezugspreise: Jahresdruck monatlich abgeholt 5.550, zugestellt 5.620. / Für Oesterreich durch die Post 5.620. / Für Deutschland RM 4.50. / Für das übrige Ausland 5.850. / Einzelnummer 30 g. / Samstag-Sonntagsnummer 40 g. / Postsparkassenkonto Nummer 94.096.

Ercheint jeden Werktag

Schriftleitung: Innsbruck, Andreas-Doser-Straße 4
Verwaltung: Maximilianstr. 9, Telefon 741 u. 742.

Anzeigen werden von der Verwaltung des Blattes sowie von allen Anzeigenbüros des In- und Auslandes entgegengenommen. Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. / Zeitliche Aufänderungen im redaktionellen Teile sind mit einem Stern und einer Nummer versehen.

Nummer 123

Innsbruck, Montag, 29. Mai 1933

26. Jahrgang

Die 1000-Mark-Sperre gegen Oesterreich

Eine unerhörte Einmischung in die österreichische Innenpolitik

Berlin, 28. Mai.

Das offiziöse Wolffbüro verlautbart: Die gegen die nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich auf dem Hooverordnungswege erlassenen Maßnahmen der österreichischen Regierung, die in dem absoluten Verbot aller Uniformen, Fahnen, Abzeichen und sonstigen Embleme der nationalsozialistischen Bewegung gipfeln, haben die Gefahr heraufbeschworen, daß die als Gäste in Oesterreich weilenden reichsdeutschen Nationalsozialisten in Unkenntnis über Bestimmungen in Konflikt mit den österreichischen Behörden geraten, was zwangsläufig zu einer Störung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und dem Reich führen müßte.

In dem Bestreben, solche Reisende vor unliebsamen Zwischenfällen zu bewahren und alles zu vermeiden, was zu einer Störung des Verhältnisses der Reichsregierung zur österreichischen Bundesregierung führen könnte, wird der Reichsinnenminister eine den Reiseverkehr nach Oesterreich betreffende Verordnung erlassen, wonach ab 1. Juni 1933 die Ausreise von Reichsdeutschen nach Oesterreich von der Erteilung eines Ausreisegeldvermerkes abhängig gemacht wird, der gegen Zahlung einer Gebühr von 1000 Mark erteilt wird.

Ausnahmen hiervon werden nur gewährt für den ordnungsmäßigen Geschäftsverkehr zwischen beiden Ländern und für den sogenannten kleinen Grenzverkehr im Sinne der Zollgesetzgebung, nicht dagegen für den Ausflugsverkehr.

Die Verordnung wird am Montag, den 29. Mai, erlassen werden.

Zu dieser Verordnung wird von zuständiger Stelle betont, daß es angesichts der gegen den Nationalsozialismus in Oesterreich ergriffenen Maßnahmen für die deutsche Regierung unmöglich geworden ist, den Grenzverkehr nach Oesterreich so zu übermoßen, daß in Oesterreich keine Zusammenstöße zwischen deutschen Nationalsozialisten und österreichischen Regierungs- und Polizeibehörden erfolgen. Die deutsche Regierung ist nicht in der Lage, die Reisenden an der Grenze nach Nationalsozialisten und Nichtnationalsozialisten zu sortieren, so daß die deutschen Reisenden in Oesterreich der peinlichsten Situation ausgesetzt werden, als lästige Ausländer zu gelten und als solche eventuell ausgewiesen zu werden. Da zwischen Oesterreich und Deutschland bisher ein besonders enges freundschaftliches Verhältnis besteht, ist die Reichsregierung bemüht, dieses nicht zu stören, und sie wird daher auch alles unterlassen, was den Anschein erwecken würde, als ob Deutschland eine Weltanschauung die längst die Staatsauffassung geworden, Oesterreich aufzuklonieren wolle.

Die Hintergründe

Wien, 28. Mai.

Der „Politischen Korrespondenz“ geht folgende Mitteilung zu: Die amtlich bekannt gegebene Absicht der deutschen Reichsregierung, Montag, den 29. Mai, eine Verordnung zu erlassen, nach der ab 1. Juni die Ausreise von Reichsdeutschen nach Oesterreich von der Erteilung eines Ausreisegeldvermerkes abhängig gemacht wird, der gegen Zahlung einer Gebühr von 1000 Mark erteilt wird, steht naturhistorisch noch wie vor im Mittelpunkt der Erörterungen. Man muß diese kommende Verordnung beinahe als generell bezeichnet, da

nach der amtlichen Mitteilung Ausnahmen nur für den ordnungsgemäßen Geschäftsverkehr zwischen beiden Ländern und für den sogenannten kleinen Grenzverkehr im Sinne der Zollgesetzgebung gemacht werden. Dagegen fällt sogar der Ausflugsverkehr unter die Bestimmungen der angekündigten Verordnung.

Festgestellt muß aber heute bereits eine Tatsache werden: Die durch das „Wolffbüro“ ausgegebene Begründung dieser Maßnahme spricht davon, daß diese Verordnung aus dem Grunde erlassen werde, um nicht die Gefahr heraufbeschworen, daß in Oesterreich Reichsdeutsche in Unkenntnis über Bestimmungen über das absolute Verbot aller Uniformen, Fahnen, Abzeichen und sonstigen Embleme der nationalsozialistischen Bewegung in Konflikt mit österreichischen Behörden geraten, was eine Störung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich herbeiführen könnte.

Diese Begründung der kommenden Verordnung entspricht nicht den Tatsachen. Ob die deutsche amtliche Darstellung nur auf mangelhafte Informationen zurückzuführen ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Tatsache ist es aber, daß in Oesterreich kein absolutes Verbot aller nationalsozialistischen Embleme besteht, da das österreichische Verbotssystem wesentlich milder ist als beispielsweise in der Schweiz, Tschechoslowakei, Polen, Frankreich oder in anderen Ländern. Es muß auch festgestellt werden, daß die österreichische Bevölkerung und die österreichischen Behörden sich nie um die politische Bestimmung von ausländischen Gästen Oesterreichs gekümmert haben, daß im Gegenteil jeder Gast in freundschaftlicher Weise aufgenommen und beglückt wurde.

Aber selbst, wenn die österreichische Öffentlichkeit die hier widergebene Begründung ernst nimmt, so müßte dieser gute Glaube sofort durch eine andere Tatsache zerstückt werden, durch die Tatsache nämlich, daß das offiziöse „Conti-Büro“ in Berlin, das von den Redakteuren des amtlichen „Wolffbüros“ redigiert wird und logischerweise nur eine Unterabteilung des „Wolffbüros“ darstellt, zu gleicher Zeit mit der amtlichen Mitteilung und Begründung der Verordnung eine

Rundmachung der österreichischen Nationalsozialisten herausgibt, in der ganz offen erklärt wird, daß die Verordnung der deutschen Reichsregierung lediglich infolge der Haltung der österreichischen Bundesregierung gegen den österreichischen Nationalsozialismus erlassen sei, und daß, um eine Wendung zu erzielen, ein Austritt der Regierung Dollfuß notwendig sei. Dasselbe Büro gibt also zur selben Minute zwei Meldungen über die gleiche Angelegenheit heraus und es ist anzunehmen, daß die Mitteilungen der österreichischen Nationalsozialisten der Wahrheit entsprechen.

Diese Annahme erhält eine weitere Bestätigung durch die Kommentare gewisser Berliner Blätter, in denen ebenfalls offen gesagt wird, daß die Entschleierung der deutschen Reichsregierung sich ausdrücklich gegen die österreichische Regierung richtet. Bei den Publikationsverhältnissen im Deutschen Reich ist jede Möglichkeit ausgeschlossen, daß es sich hier um redaktionelle Entgleisungen handeln könnte, sondern man hat in der amtlichen Mitteilung irgend eine Begründung herangezogen, die den offenkundigen Versuch einer Einmischung in die österreichischen Verhältnisse nicht zugeben will, zu gleicher Zeit aber der deutschen Presse

und den österreichischen Nationalsozialisten das Wort in dem Sinn erteilt, daß tatsächlich die Verordnung nur aus der Gegnerschaft gegen die Regierung Dollfuß hervorgegangen sei. Diese Tatsache muß festgehalten werden, da durch sie auch die ganze Angelegenheit eindeutig geklärt wird.

Wenn auf der einen Seite der Reiseverkehr in alle die Länder, die mit weitaus stärkeren Verbotsmaßnahmen gegen den Nationalsozialismus vorgegangen sind, freigegeben bleibt und nur die Einreise nach Oesterreich an die Auflage von 1000 Mark geknüpft wird, so ergibt sich die Schlussfolgerung von selbst.

Gegenüber diesen Feststellungen, die auch durch ziemlich weit zurückliegende, aber bis in die jüngste Zeit immer wiederholte Äußerungen von nationalsozialistischer Seite erhärtet werden, daß der Sturz der österreichischen Regierung mit allen Mitteln vorbereitet werden muß, gibt es keinen beachtenswerten Kommentar. Man hat es hier mit einem Versuch zu tun, im Wege einer drückenden wirtschaftlichen Maßnahme eine innenpolitische Entwicklung in Oesterreich zu fördern, die an der Ablehnung durch die überwiegende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung scheitern muß.

Reise des Gesandten Tauschitz nach Wien

Berlin, 28. Mai. Die Nachricht von der Einführung einer Stahnergebühren von 1000 Mark im Reiseverkehr mit Oesterreich hat in der Berliner österreichischen Kolonie große Bestürzung hervorgerufen. Die österreichische Gesandtschaft wurde gestern nachmittag mit telephonischen Anfragen des Gesandten Jng. Stephan Tauschitz reist heute nach Wien zur Verdichterstellung.

Nicht minder nachhallig war der Eindruck der Nachricht in den Kreisen der internationalen Diplomatie. In den Kreisen wurde unter anderem die Frage aufgeworfen, wie denn die Einführung einer das Reisen von Deutschland nach Oesterreich erschwerenden Gebühr mit dem Handelsvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich, der Oesterreich weitestgehende Zugeständnisse zu verewahren hat.

Ferner wird in diplomatischen Kreisen hervorgehoben, daß das Verbot des Tragens nationalsozialistischer Uniformen und Abzeichen, auf das zur Begründung der Einführung der 1000-Mark-Gebühr gegen Oesterreich verwiesen wird, nicht nur in Oesterreich, sondern auch in der Tschechoslowakei, in Polen, Frankreich, Belgien und in der Schweiz besteht, ohne daß deshalb im Verkehr zwischen Deutschland und diesen Staaten eine besondere Gebühr eingeführt wird.

Wie weitgehend die Erregung ist, ist aus dem Umstand ersichtlich, daß sogar die Möglichkeit eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen besprochen wurde.

Die Frage von Gegenmaßnahmen

Wie wir erfahren, soll bereits am Dienstag ein Ministerialrat stattfinden, welcher sich mit den durch die neue Sachlage gebotenen Schritten zu befassen haben wird. Es verläutet, daß zunächst bei Ausreisen von Oesterreichern nach Deutschland reziprok vorgegangen werden soll, was allerdings nicht wesentlich ins Gewicht fallen würde.

Noch am selben Tag konferierten die Landeshauptmänner von Vorarlberg, Tirol und Salzburg mit dem zuständigen Ministerium, um Sofortmaßnahmen zu besprechen. Am nächsten Tag verabschiedete die Regierung eine millionenschwere Hilfe für die Gastwirtschaft.

Die betroffenen Gemeinden sahen sich nun nicht mehr nur mit steigenden Arbeitslosenzahlen und ebensolchen Ausgaben für die Armenversorgung konfrontiert, sondern auch mit radikal gesunkenen Einnahmen. Von der Landesregierung forderten sie daher, sie zu unterstützen, ihnen Schulden nachzulassen, Preise und Steuern zu senken. Zwei Tage vor Beginn der Grenzsperrung empfing der Landeshauptmann schon Bürgermeister aus dem Außerfern, aus dem Oberland und vom Seefeld Plateau. In Innsbruck trat der Gemeinderat auf Verlangen der NSDAP und der Großdeutschen zu einer Sondersitzung zusammen und beschloss einen umfangreichen Forderungskatalog. Eingangs forderte er die sofortige Aufnahme diplomatischer Verhandlungen mit dem Reich, seien doch beide Staaten durch „die Tatsache gleichen Volkstums“ miteinander verbunden. Dann folgten finanzielle Wünsche, wie die nach Herabsetzung der Fahrpreise für den öffentlichen Verkehr, Vorteile bei längerem Aufenthalt, Vergünstigungen für Reisegesellschaften, Preissenkungen in der Hotellerie oder Geld für Veranstaltungen. Egon Denz, in der NS-Zeit Innsbrucker Oberbürgermeister, bezeichnete den Beschluss zwar als „schlappschwänzig“ und als „eine schwache Missgeburt“, vermisste er doch eine pro-nationalsozialistische Ausrichtung, stimmte aber namens seiner Fraktion doch zu.

Andere Gemeinden gingen weiter, so forderte etwa Ehrwald, das fast vollständig von deutschen Gästen abhängig war, unverblümt die Zurücknahme der gegen den Nationalsozialismus gerichteten Notverordnungen. Die Ortsgruppe der NSDAP in Kirchbichl verlangte vom Gemeinderat, „gegen eine Behinderung der politischen Betätigung von Nationalsozialisten durch Verbote irgendwelcher Art Einspruch“ zu erheben. Vom Landesgendarmeriekommando nach Kiefersfelden geschickte verdeckte Ermittler berichteten, Kufsteiner Nazi hätten den Ruf, „dass sie die Hand nur deswegen hochheben, damit recht viel Fremde zu ihnen kämen und sie dann beide Hände vorhalten können“.



BUNDESKANZLER SCHUSCHNIGG:

ERST ALS ER 1936 UNTER DRUCK WEITGEHENDE ZUGESTÄNDNISSE AN DAS DEUTSCHE REICH MACHTE, WURDE DIE 1000-MARK-SPERRE SCHRITTWEISE AUFGEHOBEN.

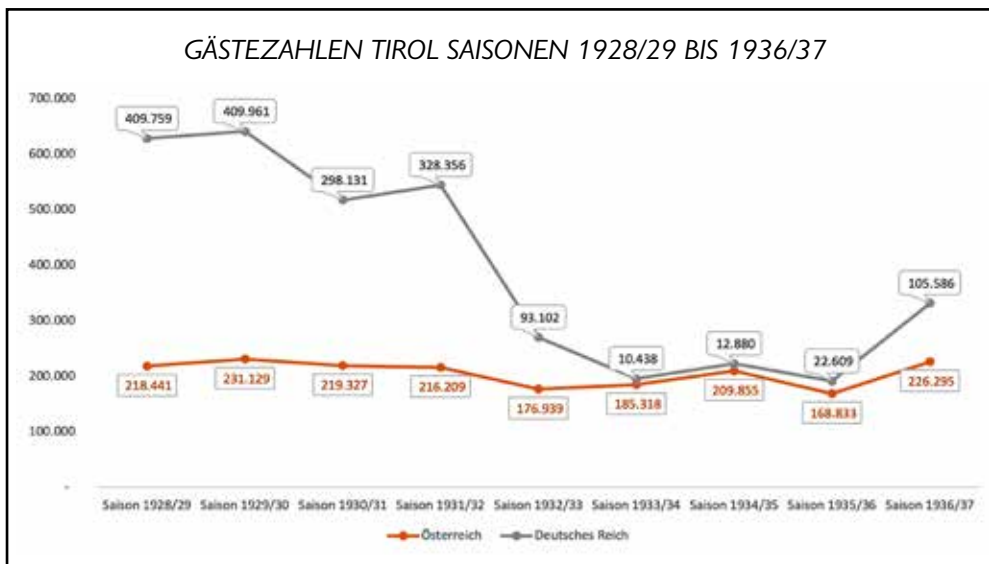
Begleitet war die erste Aufregung um die Tausend-Mark-Sperre von NS-Propaganda, die sich trotz Verbot ihrer Organisationen massiv fortsetzte. Im Juli 1933 überflog ein Flugzeug ohne Hoheitsabzeichen die Grenze bei Kiefersfelden, zwei weitere die bei Reutte. Sie warfen Flugblätter ab, welche die Bevölkerung zum Widerstand aufriefen: „Tiroler! Es geht ums Ganze! Der ungeheure Terror der Dollfußler und ihre freche Lügenpropaganda gegen das Reich und seinen Führer haben die Grenzsperrung hervorgerufen. Ihre Auswirkung ist vernichtend.“ Dann warnte es: „Die Regierung und das übrige Bonzenpack zittert vor der kommenden Abrechnung.“ Schließlich erinnerte es an das Jahr 1809: „Wieder wie einst soll von Tirol die Freiheitserhebung ausgehen. Weg mit allen Feinden des Deutschtums in Österreich.“

KRISE BIS ZUM KLEINSTEN MANN

Vom Tourismus profitierten nicht nur Hotellerie und Gaststätten, sondern Zuliefer-, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe, sodass die Krise bis zum sprichwörtlichen „kleinen Mann“ in allen Branchen und auf die öffentlichen Haushalte durchschlug. Seit November 1932 verharrte die Arbeitslosigkeit in Tirol auf hohem Niveau, sie sank in keinem Monat unter 10.000 Stellensuchende. Am meisten Menschen waren im Jänner 1933, also noch vor der Grenzsperrung, arbeitslos, und zwar 18.822. Nicht nur Arbeitslose selbst litten, sondern auch ihre Familien, sodass die Be-

”

Gäste stiegen zudem eher in Häusern ab, die selbst Deutschen oder österreichischen NS-Anhängern gehörten. Die Krise hinterließ hohe Schulden, enorme Zinszahlungen bei den Banken und eine völlig marode Tourismuswirtschaft.“



© Stadearchiv Innsbruck, FW-G-39-1

GÄSTEZAHLEN

troffenheit weit höher ausfiel. In Zeiten ohne stabiles Sozialversicherungssystem verhiess dies unmittelbar und sofort Elend, auch weil die Bundesregierung bei den sozialen Ausgaben einsparte und den Zugang zum Arbeitslosengeld einschränkte. Nur zwischen 80 bis 90 Prozent der gemeldeten Arbeitslosen erhielten auch Arbeitslosengeld. Die anderen und ihre Familien waren auf öffentliche Wohltätigkeit angewiesen. Die noch vor der Grenzsperr übliche Tendenz, dass die Arbeitslosigkeit im Frühjahr/Sommer deutlich sank und erst im Oktober/November anstieg, fiel nun weg. Es waren im Sommer zwar weniger Menschen arbeitslos, aber es waren immer noch erschreckend viele. So waren im August 1933 13.959 Menschen arbeitslos gemeldet, um 8.000 mehr als im August 1931.

Die österreichische Regierung erhöhte die Ausgaben für die Tourismuswerbung in Ländern, die dem Deutschen Reich nicht wohlgesinnt waren, beispielsweise in Frankreich, Großbritannien oder den Niederlanden. Gäste aus diesen Ländern sollten die aus dem Deutschen Reich ersetzen. Die Taktik war durchaus erfolgreich, zumindest für einige Gemeinden. In dem auf eher nobles Publikum setzenden Kitzbühel hielten sich in der Saison 1933/34 16.427 Gäste in Kitzbühel auf, in der darauf schon 20.927, mehr als je zuvor. Allerdings war die Stadt nicht dermaßen von deutschen Gästen abhängig wie etwa Seefeld, das zwar auch mehr Gäste aus anderen Ländern beherbergte, den Verlust durch den Wegfall Deutscher aber nicht auszugleichen vermochte. Der Optimismus des christ-

lichen Tiroler Anzeigers im August 1933, die Sperre habe Österreich „Weltsympathien“ eingebracht, galt also nicht für alle.

Weitere Maßnahmen flankierten die österreichische Wirtschaftspolitik. Die Bundesbahn bot etwa an einigen Wochenenden Aktionspreise in besonders von der Sperre betroffenen Gemeinden, das Gastgewerbe musste auf Befehl der Regierung die Preise senken. Im Juni 1934 verordnete die Bundesregierung, dass öffentlich Bedienstete, verbrachten sie ihren Urlaub in einem Notstandsgebiet, Urlaubstage geschenkt erhielten. Wer etwa mindestens 14 Tage in einer Notstandsgemeinde blieb, erhielt vier Urlaubstage zusätzlich. In Tirol galten als Notstandsgemeinden etwa Waidring, Erpfendorf oder Kössen im Unterland, die Ortschaften im Ziller- und Pitztal, die entlang des Achensees, alle im Bezirk Reutte oder die am Seefeldler Plateau.

Erst im Juli 1936, als Kanzler Kurt Schuschnigg dem Deutschen Reich weitreichende Zugeständnisse machen musste, Nationalsozialist:innen amnestierte und ihre Einbindung in die Regierungsgeschäfte versprach, hob das Nachbarland die Tausend-Mark-Sperre schrittweise auf. Da es aber an seiner strengen Devisenbewirtschaftung festhielt, blieben Reichsdeutsche nicht so lange und gaben weniger Geld aus. Die Gäste stiegen zudem eher in Häusern ab, die selbst Deutschen oder österreichischen NS-Anhänger:innen gehörten. Die Krise hinterließ hohe Schulden, enorme Zinszahlungen bei den Banken und eine marode Tourismuswirtschaft. FIN

Die faktische Grenzsperr traf den anlaufenden Sommertourismus, der gerade in Tirol auf Gäste aus dem Reich angewiesen war, unvorbereitet und verheerend. Schon Anfang Juni 1933 zeigte sie erste praktische Auswirkungen: Kufstein wirkte wie ausgestorben, Reutte war vollständig leer, in Seefeld herrschten „stille Pfingsten wie noch nie“. Besuchten in der Saison 1931/32 noch rund 328.000 Deutsche Tirol, waren es in der folgenden nur mehr knapp 93.000, und im Jahr darauf, als die Sperre auch den Wintertourismus voll traf, gar nur mehr rund 10.500. Einige Gemeinden, die mehr als andere auf den Tourismus als Einnahmequelle setzten, traf es noch härter: Seefeld, das zu 80 Prozent von deutschen Gästen abhängig war, begrüßte in der Saison 1931/32 noch rund 20.000 Deutsche, im Jahr darauf 12.400 und 1933/34 nur mehr 71. Ähnlich katastrophal traf es St. Anton a. A., Kitzbühel oder Innsbruck.



© Unterguggenberger Institut Archiv

**ZAHLTAG – DIE ARBEITER DES
WÖGLER NOTHILFEPROGRAMMES
WURDEN MIT FREIGELD ENTLONNT.**

DAS WUNDER VON WÖRGL

Eines der bekanntesten Ereignisse Tirols der 1930er Jahre, das auch überregional Beachtung fand und bis zum heutigen Tag zu Recht nicht vergessen wurde, ist das so genannte Wörgler Wunder.¹

JOSEF NUSSBAUMER 

Die damalige Markt-
gemeinde Wörgl (und
ihre Umgebung) wur-
de Anfang der 1930er
Jahre – wie ganz Öster-
reich – von den Wirren
der Weltwirtschaftskrise schwer getroffen.
Eine Fabrik nach der anderen sperrte zu, wie
etwa 1931 das Zementwerk im benachbar-
ten Kirchbichl mit über 350 Beschäftigten.
Eine Zellulosefabrik kündigte von seinen

410 Beschäftigten rund 400. Die Bahn, die
ab 1927 auf elektrischen Betrieb umstellte,
schloss 1931 das Wörgler Heizhaus, wo-
mit weitere 300 Personen arbeitslos waren.
Die Liste wäre noch verlängerbar. Auch der
Fremdenverkehr brach in dieser Zeit durch
die 1000-Mark-Sperre völlig ein. Die Aus-
wirkungen waren grausam. Die Arbeitslo-
sigkeit stieg ständig. In Wörgl waren 1932
von 4.200 Einwohnern 400 Familienerhal-
ter arbeitslos, in der Region verloren 1.500

**„Wörgl – das
schlimmste deiner
Laster, ist dein
Straßenpflaster.“**

SPRUCH AN EINER
GEBÄUDEWAND IN
DER BAHNHOFSTRASSE,
1930ER JAHRE

HINTERGRUND

AUSGEGLICHENES BUDGET MITTEN IN DER DEPRESSION

Ein besonderes Drama war, dass die Österreichische Regierung³ eine Budgetpolitik betrieb, welche die Folgen der Krise verstärkte. Damals dominierte nämlich (nicht nur in Österreich) noch die „KLASSISCHE“ Nationalökonomie. Es war ein wirtschaftspolitisches Dogma dieser Lehre, dass ein „ausgeglichenes Budget“ das beste Heilmittel gegen eine Krise sei.

1929 hatte Österreich noch einen kleinen Budgetüberschuss, 1931 und 1932 dagegen ein negatives Budgetsaldo. Aber in einem der schlimmsten Krisenjahre, 1932, hatte Österreich ein fast ausgeglichenes Budget. In Summe tätigte die Österreichische Bundesregierung in diesem Jahr 1932 die niedrigsten Ausgaben der Jahre 1929-1934. Die Folge war Deflation und eine weitere Lähmung der Wirtschaft. Kein Wunder, dass gerade 1932 und 1933 die Arbeitslosenzahlen überall in die Höhe schnellten und es ist wohl auch kein Zufall, dass Unterguggenberger gerade 1932 mit seinem Experiment (siehe dazu unten) startete.

Nur ein kleiner Exkurs sei hier erlaubt: man stelle sich vor, die heutige Österreichische Bundesregierung wäre bei der Bekämpfung der Coronakrise ähnlich vorgegangen und hätte auf ein ausgeglichenes Budget gepocht! Diesmal wurde genau das Gegenteil der 1930er Jahre praktiziert, man bekämpfte die Krise mit Unterstützungen, „koste es was es wolle“.⁴



© Unterguggenberger Institut Archiv

WÖRGLER FREIGELD: ARBEITSWERTSCHEINE IM WERT VON 1, 5 UND 10 SCHILLING.

Menschen ihre Jobs. Staatliche Unterstützung wurde nur kurz gewährt, danach waren die Gemeinden dafür zuständig. 200 „ausgesteuerte“ Arbeitslose und ihre Familien waren auf die Armenfürsorge in Wörgl angewiesen, obwohl die Gemeindekasse bereits 1931 leer war. Schulden für einen Schulbau konnten nicht mehr getilgt werden, die Steuerrückstände der Wirtschaftstreibenden wurden aufgrund der Krise uneinbringlich. Gleichzeitig blieben viele Arbeiten in der Gemeinde unerledigt. Ausdruck dafür war ein Spruch, der in der Bahnhofstraße auf eine Gebäudewand gepinselt war: „Wörgl – das schlimmste deiner Laster ist dein Straßenpflaster“.²

Die Gründe für die große Weltwirtschaftskrise waren sicher sehr vielfältig, besonders schlimm war aber, dass damals ein Großteil der Ökonomen und Politiker völlig versagte.

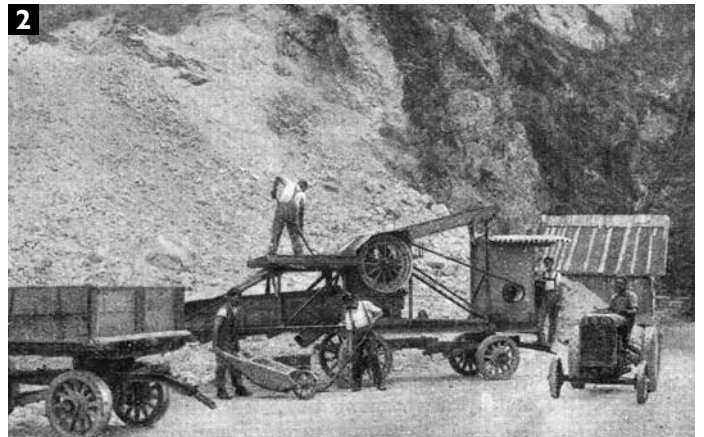
GENIALE IDEE ZUR BEKÄMPFUNG DER KRISE

Michael Unterguggenberger war klar, wo das Grundübel lag. Auf den vom ihm ins Leben gerufenen „Arbeitswertscheinen“ steht sein Programm. Darin heißt es unter anderem: „Die Menschen leben vom Aus-

tausch der LEISTUNGEN. Der Geldumlauf hat den Leistungsaustausch zum großen Teil unterbunden und Millionen arbeitsbereiter Menschen haben dadurch bereits ihren Lebensraum im Wirtschaftsgetriebe verloren.“ Genau dagegen wollte sein Sozialexperiment ankämpfen. Es ging darum, den Geldumlauf wieder zu beschleunigen, um der Deflationsschere zu entkommen.

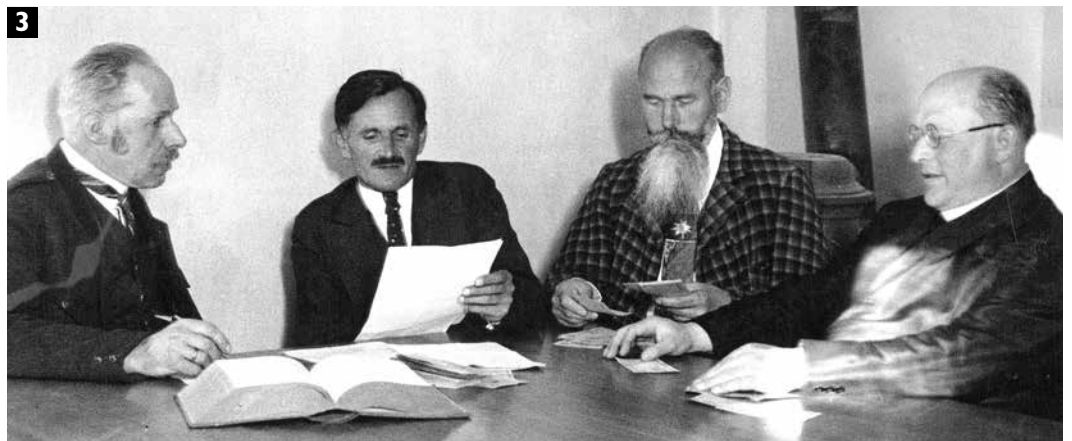
Unterguggenberger selbst war kein Ökonom. Er wurde 1884 in Hopfgarten als Kind einer Arbeiterfamilie geboren. Als 12-Jähriger musste er die Volksschule verlassen, um für den Familienunterhalt durch Arbeit in einem Sägewerk mitzuverdienen. Danach trat er in Imst eine Schlosser- und Mechanikerlehre an. 1905 wurde er in Wörgl Lokführer und begann sich politisch zu engagieren. 1919 wurde er Vizebürgermeister. Als bei der Wahl 1928 das bürgerliche und sozialdemokratische Lager gleich stark war, stieg er zum Bürgermeister durch Losentscheid auf. Er blieb dies bis zum Verbot der Partei 1934 und war gesellschaftlich äußerst aktiv, v. a. auch als Musiker, etc. Er starb 1936.

Erste Anregungen für sein Sozialexperiment erwarb er sich bereits in der Gefangenschaft im Ersten Weltkrieg, wo er sich mit den Schriften des deutsch-argentinischen



1. Bezahlung der Arbeiter mit Wörgler Freigeld beim Strandbadbau in Kirchbichl.

2. Mit Straßenbauprojekten wurden die Arbeiter der Nothilfe-Aktion beschäftigt und mit Arbeitswertscheinen in Form von Freigeld entlohnt.



Alle Bilder © Unterguggenberger Institut Archiv



3. Bürgermeister Michael Unterguggenberger (2. v. l.) mit den Treuhändern der Nothilfe-Aktion Dr. Georg Stawa (li.) und Pfarrer Matthias Riedelsperger (re.) sowie dem Gemeindesekretär Rudolf Winkler.

Der Bau der Müllnertalbrücke 1933 (Bilder 4 und 5) wurde ebenso finanziert wie der Straßenbau in der Wildschönauer Straße (6).





© Unterguggenberger-Institut-Archiv

DIE RAIFFEISENKASSE WÖRGL WAR ALS WECHSELSTELLE ENG IN DIE AKTION EINGEBUNDEN. KASSENLEITER GEORG STEINBACHER (LI.) MIT WÖRGLER GESCHÄFTSLEUTEN.

Kaufmanns Johann Silvio Gesell (1862-1930) beschäftigte.⁵ Zudem hatte er sich später auch über Schwundgeldversuche in Bayern informiert. Im Herbst 1931 gründete er in Wörgl mit Geschäftsleuten eine Freiwirtschaftsgruppe. In der Folge konnte er 1932 im Gemeinderat (einstimmig) durchsetzen, dass in Wörgl eine Art Nebenwährung herausgegeben wurde, die eine entscheidende Eigenschaft hatte: Sie wurde pro Monat um ein Prozent entwertet. Auch der Pfarrer⁶ konnte dafür gewonnen werden und betrieb Werbung dafür. Ein Pfarrer soll ja bekanntlich für Glauben bürgen und was gibt es Wichtigeres im Wirtschaftsleben als Kredite („credo“ – ich glaube – hat dieselbe Wortwurzel wie der „Kredit“). Dass Unterguggenbergers zweite Frau (die erste war 1917 gestorben) aus einer Unternehmerfamilie stammte und selbst ein eigenes Konfektionswarengeschäft betrieb, war sicher auch kein Nachteil.

DAS VERBOTENE EXPERIMENT

Das Sozialexperiment – die Ausgabe von Arbeitswertscheinen⁷ – startete im Juli 1932. Die monatliche einprozentige Entwertung hatte zur Folge, dass die Scheine meist sofort wieder ausgegeben wurden. Es gab 1-, 5- und 10-Schilling-Scheine. Zur Sicherheit wurden die Scheine auch noch mit echten Schillingen durch die örtliche Raiffeisenkasse gedeckt. Das Programm

wirkte in vollem Umfang. Zunächst wurden Straßen repariert, Abwasserkanäle und Straßenbeleuchtungen errichtet, dann folgten Einrichtungen für den Tourismus wie Wanderwege, ein Schluchten-Erlebnissteig und eine Sprungschanze sowie im Frühjahr 1933 ein Gebäude sowie eine Stahlbetonbrücke. Gemeindebedienstete und Arbeiter der Bauprogramme erhielten ihren Lohn in Form dieser Scheine. Sie konnten damit in den Geschäften einkaufen. Diese konnten damit ihre Gemeinde-Steuerschulden begleichen und die Abgaben für Wasser und Elektrizität bezahlen.

In Summe konnten durchschnittlich 100 Menschen in Nothilfe-Aktionen beschäftigt werden. Die Arbeitslosigkeit im Ort ging während der Zeit des Experiments um 16 % zurück, in Österreich stieg sie um 19 %.⁸

Das Experiment fand weit über Tirol hinaus Beachtung. Doch dem großen Erfolg folgte 14 Monate nach Beginn ein jähes Ende. Das Wunder von Wörgl wurde erstickt, ehe es sich richtig entfalten konnte. Die Nationalbank hatte beim Verwaltungsgerichtshof geklagt und Recht bekommen. Die Wörgler verstießen demnach gegen das Geldmonopol der Nationalbank. Alle Versuche aus Tirol, in Wien dagegen anzukämpfen – auch der Versuch, beim Völkerbund zu intervenieren – halfen nichts.⁹ Das Experiment musste im September 1933 eingestellt werden. Eine Chance wurde vertan. FIN
Weitere Informationen finden Sie unter www.unterguggenberger.org

VERWEISE

¹ Zum Wörgler Wunder ist viel publiziert worden, hier sei nur ein jüngeres Buch genannt. Wolfgang Broer: Schwundgeld. Bürgermeister Michael Unterguggenberger und das Wörgler Währungsexperiment 1932/33, Innsbruck/Wien/Bozen 2007. Besonders hervorzuheben sei auch die Webseite des Unterguggenberger Instituts unterguggenberger.org, eines Vereins, der das Erbe des Wörgler Geld-Experimentes pflegt und die auch für die Erstellung dieses Beitrages verwendet wurde. Vgl. dazu auch den sehr lesenswerten Beitrag v. Veronika Spielbichler; <http://heimat.woergl.at/verschiedenes/freigeld-woergl>

² Vgl. dazu: Veronika Spielbichler; <http://heimat.woergl.at/verschiedenes/freigeld-woergl> und Kleon-Praxmarer 1990, S. 16.

³ Dr. Engelbert Dollfuß war seit Mai 1932 im Amt

⁴ Dass dies heute anders ist, verdanken wir dem berühmten englischen Ökonomen Johnard M. Keynes, der in seinem 1936 erschienen Buch „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ dafür plädierte, in Krisenzeiten das Dogma vom ausgeglichenen Budget aufzugeben und mit „Deficit Spending“ dagegen anzukämpfen.

⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Silvio_Gesell; Gesell war zudem Sozialreformer, Finanztheoretiker und Begründer der Freiwirtschaftslehre. Während der Münchner Räterepublik 1919 war er als Finanzminister tätig.

⁶ Man bedenke: Unterguggenberger war Sozialdemokrat und wir befinden uns im Jahr 1932 kurz vor dem Bürgerkrieg in Österreich.

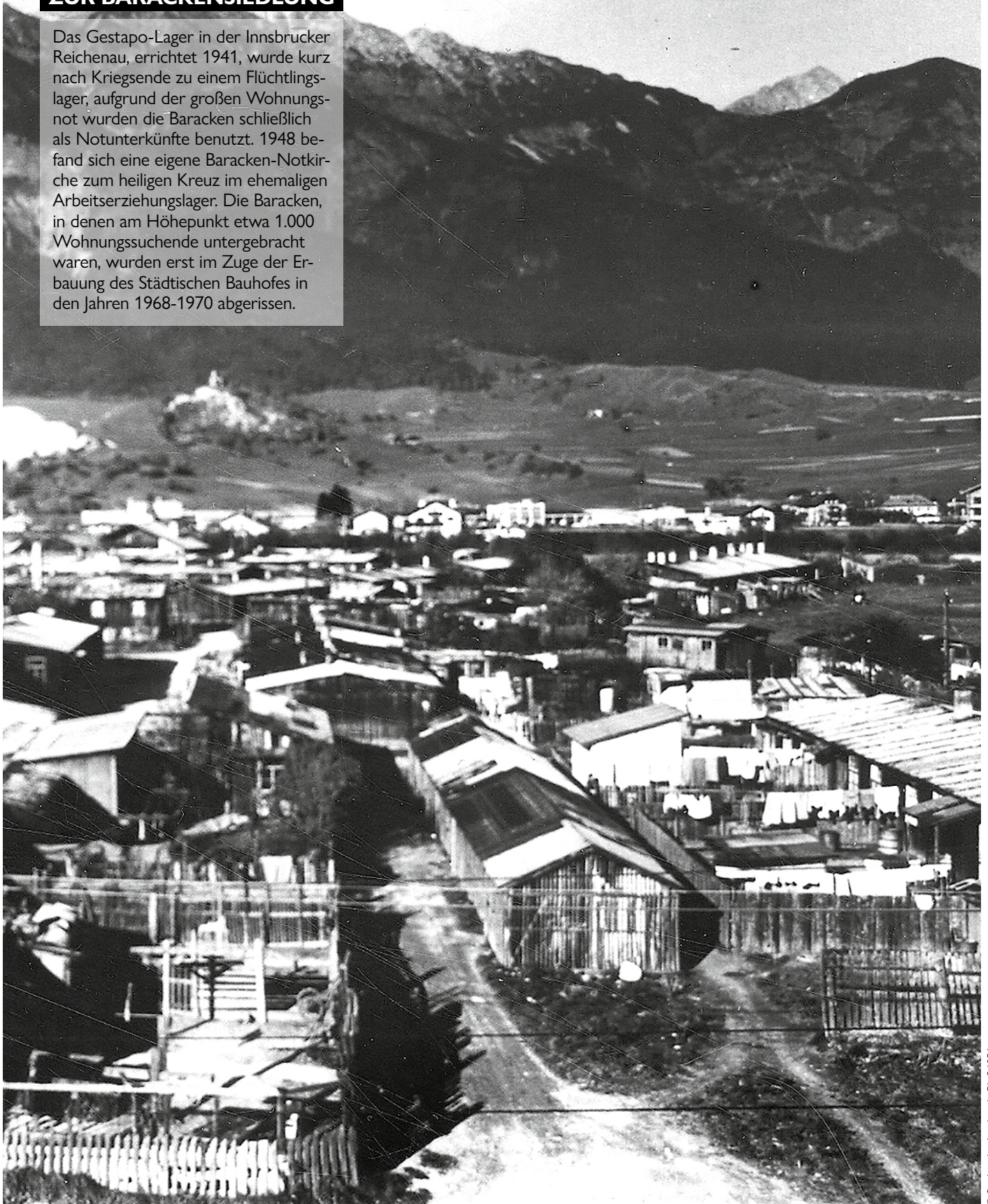
⁷ Unterguggenberger vermied vermutlich bewusst den Begriff Geld, da er einen Konflikt mit der Nationalbank vermeiden wollte.

⁸ Vgl. dazu: Veronika Spielbichler; <http://heimat.woergl.at/verschiedenes/freigeld-woergl>

⁹ Von Martin Dunst OÖN v. 11. Februar 2012 00:04 Uhr; <https://www.nachrichten.at/panorama/chronik/Die-Weltstaunte-ueber-Wunder-von-Woergl;art58,815968>

VOM GESTAPO-LAGER ZUR BARACKENSIEDLUNG

Das Gestapo-Lager in der Innsbrucker Reichenau, errichtet 1941, wurde kurz nach Kriegsende zu einem Flüchtlingslager, aufgrund der großen Wohnungsnot wurden die Baracken schließlich als Notunterkünfte benutzt. 1948 befand sich eine eigene Baracken-Notkirche zum heiligen Kreuz im ehemaligen Arbeitserziehungslager. Die Baracken, in denen am Höhepunkt etwa 1.000 Wohnungssuchende untergebracht waren, wurden erst im Zuge der Erbauung des Städtischen Bauhofes in den Jahren 1968-1970 abgerissen.



ELEND IM BARACKEN- ALLTAG

W

ährend das „Rote Wien“ die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ins Zentrum seiner Sozialpolitik stellte, begriffen weder die Tiroler Landesregierung noch die einzelnen Gemeindeverwaltungen dies als ihre Aufgabe. Es herrschte noch vielfach die Meinung, die Menschen selbst seien dafür zuständig, sich auf dem „freien Wohnungsmarkt“, der weder „frei“ noch ein „Markt“ war, um eine bezahlbare Unterkunft zu kümmern. Erste zögerliche Ansätze, Wohnraum als soziale Aufgabe zu sehen, zeigten sich zu Ende

Seit Ende des Ersten Weltkrieges lebten tausende Menschen in größeren Gemeinden Tirols in Barackensiedlungen und Wohnungen, die den Namen gar nicht verdienten. Weniger Begüterte, Arbeitslose, Kranke und Arme wohnten nicht, sie hausten unter unvorstellbaren hygienischen Bedingungen in Brettverschlägen, Eisenbahnwaggons oder in feuchten Zimmerchen.

SABINE
PITSCHIEDER 

des Ersten Weltkrieges, als die Stadt Innsbruck ein Wohnungsamt einrichtete und es die gesetzliche Lage erlaubte, Wohnraum zu beschlagnahmen. Proteste von Hausbesitzer:innen, die ihr Eigentumsrecht verletzt sahen und sich enteignet glaubten, folgten prompt. Nachdem 1925 das Wohnungsanforderungsgesetz ausgelaufen war, erlahmten jedoch die Bemühungen der Behörden. Wohnungssuchende waren auf den sozialen Wohnbau angewiesen, der aber die Nachfrage nicht zu bedienen vermochte. Zu viele suchten günstigen Wohnraum, zu wenig bauten die Wohnbaugenossenschaften und Gemeinden. Die Gemeinden zögerten auch deshalb, weil sie gar nicht wollten, dass Geringverdienende zuzogen und womöglich die Haushalte belasteten, war es doch in Zeiten ohne sozialstaatliche Absicherung ihre

Aufgabe, Verarmte zu versorgen.

1919 kaufte die Stadt Innsbruck am Innrain acht Baracken, adaptierte vier nicht so baufällige und baute 24 Wohnungen. Am Westbahnhof kaufte die Stadt ein ehemaliges Militärdepot und richtete 47 Wohnungen ein, 132 Wohnparteien brachte sie in den Baracken des Militär-Seuchenspitals südlich der Conradkaserne unter, im Turnusvereinshaus in St. Nikolaus entstanden Notwohnungen. Was nur als vorübergehende Notmaßnahme und Provisorium gedacht war, hielt sich jahrzehntelang. Auf eine leichte Erholung der wirtschaftlichen Lage folgten Weltwirtschaftskrise und die Sparprogramme der österreichischen Regierungen, die den Bau von Wohnungen behinderten. In den Barackensiedlungen, sei es die Pradler, sei es die am Innrain,

verfestigte sich die Armut. Die Stadt Innsbruck förderte zwar den Wohnbau, aber mehr für Menschen, die über Eigenmittel verfügten. Die Mitte der 1930er Jahre am Stadtrand entstehenden Kleinsiedlungen waren bestimmten sozialen Gruppen zugewiesen, womit die Stadt die soziale Segregation vorantrieb: So war die Siedlung am Sieglanger als „Arbeitslosenwohnanlage“ geplant, die am Lohbach, damals nach dem Sozialminister der Dollfuß-Regierung Neustädter-Stürmer benannt, stand Handwerkerfamilien offen, die am Hörtnaglgrund war mittelständischen vorbehalten. Die sichtbaren Zeichen des Wohnungselends zeigten sich noch in den 1930er Jahren in den Barackensiedlungen entlang der heutigen Premstraße und am Prügelbaugelände am Innrain.

Besonders die Volkspartei und die Großdeutschen agitierten zusammen mit dem Hausbesitzerverein gegen das Wohnungs- und das Mietamt, die sich um die Nöte Wohnungsloser oder Mieter:innen kümmerten. Nachdem die Christlich-Sozialen die Demokratie zerschlagen und eine Diktatur errichtet hatten, beantragte die Gemeindevertretung die Auflösung des Wohnungsfürsorge- und des Mietamtes. Das Verhältnis zwischen Vermietern und Mietpartei werde sich bessern, wenn *„die Mieter nicht mehr die Möglichkeit haben, zum Mietamt zu laufen“*, lautete eines der zynischen Argumente im Juni 1934. Im August 1936 erlaubten die zuständigen Ministerien die Auflösung der beiden Ämter. Zugleich plädierte die Gemeindevertretung für eine Erhöhung der Mieten in den städtischen Häusern, um Geld für das Budget herein-

zubringen, was, da die Sozialdemokratische Partei verboten war, nun durchging.

Im Juli 1936 lebten rund 250 Wohnparteien in Innsbrucker Elendsquartieren, weitere 300 lebten notdürftig zur Untermiete, während ihre Möbel in städtischen Depots verwahrt waren. Erst 1937 ging die Stadt daran, die Innsbrucker Barackenlager nach und nach durch Häuser zu ersetzen und in einem ersten Bauabschnitt vier Häuser für 84 Wohnparteien in der Burgenlandstraße und heutigen Premstraße zu bauen. Allerdings nicht für alle, weil sich einige den Mietzins in den neuen Häusern nicht leisten konnten. Um sich die Mietzinsbeihilfen zu sparen, ließ die Stadt aus den Resten der alten Baracken vier neue errichten.

HARTES LEBEN

Die „Barackeler“ lebten nicht nur in äußerst prekären Wohnverhältnissen, sie waren wie viele andere auch auf Hilfe angewiesen, weil entweder ihr Lohn oder ihre Rente zu gering waren, sie keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld mehr hatten und sich keine ärztliche Versorgung leisten konnten. Schon seit Jahrzehnten war es üblich, dass im Winter Wärmestuben die Ärmsten vor dem Erfrieren bewahrten und Kinder armer Familien bei der Schulkinderausspeisung wenigstens einmal am Tag etwas Warmes essen konnten. Als die Weltwirtschaftskrise Europa und Österreich erreichte und die Arbeitslosigkeit existenzbedrohende Höhen erreichte, genügte dies nicht mehr. Denn die Bundesregierung kürzte Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung so massiv, dass sie damit die Sorge für die Masse der Ver-



© Stadtarchiv Innsbruck, Ph-G-11713

”

Die „Barackeler“ lebten nicht nur in äußerst prekären Wohnverhältnissen, sie waren wie viele andere auch auf Hilfe angewiesen, weil entweder ihr Lohn oder ihre Rente zu gering waren, sie keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld mehr hatten.“

armten der untersten Stufe der öffentlichen Verwaltung, den Gemeinden, aufbürdete. Die „sozialen Lasten“ rissen immer größere Löcher in die ohnehin geschmälernten Gemeindebudgets, so dass die öffentliche Hand dazu überging, bei Privaten, Firmen und Institutionen Geld zu sammeln, um die ärgste Not zu lindern. Verwaltet und organisiert von den Gemeinden, finanziert vor allem aus privaten Spenden, entstand die „Winterhilfe“. Spenden für die „Winterhilfe“ galten als „Werke der Nächstenliebe und Heimat-treue“ sowie „staatsbürgerliche Pflicht“.

Bis zum „Anschluss“ im März 1938 trug dieses Mischsystem aus privat und öffentlich die Hauptlast der sozialen Grundversorgung der Bevölkerung. In fast allen Orten des Landes entstanden Winterhilfekomitees, die das gespendete Geld in Naturalien umsetzten und verteilten. Genau ausgesuchte Bedürftige mit geringem oder gar keinem Einkommen



© Stadtarchiv Innsbruck, Ph-11712

BOCK-SIEDLUNG: Die Siedlung am östlichen Stadtrand von Innsbruck entstand Anfang der 1930er Jahre, als die Wohnungsnot am größten war. Benannt war die Siedlung nach Johann Bock, „Clan“-Oberhaupt und Frächter von Beruf, der nach Aussagen von Zeitzeugen als „ungekrönter König der Siedlung“ oder auch „Lokalbürgermeister“ bezeichnet wurde. Weitere Barackensiedlungen in dieser Zeit waren das Prügelbaulager oder das Pradlerlager. Die Geschichte der Bocksiedlung endet 1970, als die letzten Häuser abgerissen wurden.

erhielten Lebensmittelpakete, Heizmaterial, Milch für Schulkinder oder Suppen. Die Not konzentrierte sich nicht auf die Städte, sondern zeigte sich in allen Gemeinden Tirols. Im November 1935 waren etwa fast 60 Prozent in der bäuerlichen Gemeinde Gschnitz auf Hilfe angewiesen, in Oberberg waren es 90 Prozent.

Von Mitte Dezember 1931 bis Mitte März 1932 erhielt beispielsweise eine Familie in Innsbruck, die weder Arbeitslosen- noch Notstandsunterstützung bezog und ein monatliches Gesamteinkommen von maximal 35 Schilling hatte, ein Lebensmittelpaket im Wert von 10 Schilling pro Monat. Im Winter darauf betrug der Wert des Lebensmittelpakets nur mehr 5,80 Schilling und sank auf 4,55 Schilling, weil noch mehr Arme versorgt werden mussten. Menschen ohne eigenen Haushalt und damit Küche bekamen Marken für die Volksküche, in der sie sechs Mal wöchentlich eine Mahlzeit erhielten. Auf

HINTERGRUND

Wohnen in der Baracke

In den Baracken sollten Wohnungen mit ein oder zwei Zimmern entstehen sowie Ein-Raum-Wohnungen für kinderlose Ehepaare. Diese Wohnungen sollten klein sein, um die Nutzung „als Absteigequartier allmöglichen Gesindels“ zu verhindern. Die städtische Gebäudeverwaltung erstellte eine Liste künftiger Bewohner:innen der neuen Baracken, 24 Familien stufte sie als „asozial“ ein und 16 als zu arm. Erstere hatten zusammen 65 Kinder, die armen 37. Die hohe Kinderzahl zu einer Zeit, als es keine staatlichen Transferleistungen gab, war wesentlich verantwortlich dafür, dass es den Betroffenen nicht gelang, sich aus der Armut herauszuarbeiten.

Menschen, die in den 1930er Jahren noch in den Notwohnungen der Nachkriegszeit lebten, waren großteils manifest arm und sozial ausgegrenzt. Da halfen auch mahnende, rührselige Artikel in der christlichen Parteipresse nichts. Es sei ein Fehler, „auf die Barackenbewohner verächtlich herabzusehen und sie als ‚Barackeler‘ abzutun!“, rügte der Tiroler Anzeiger im April 1937. „Das armselige Leben in Baracken und all die Not und Sorgen der ‚Barackeler‘ macht die Menschen nicht minder, nicht schlechter. Es ist unmenschlich, es ist unchristlich, geringschätzig von ‚Barackelern‘ zu sprechen.“

öffentlichen Druck spendeten Innsbrucker Gasthäuser täglich einige Essensrationen zur Selbstabholung, bürgerliche Familien nahmen arme Kinder zum Mittagessen auf. Die Armut stieg weiter an, sodass mehr und mehr Menschen auf die Winterhilfe angewiesen waren. Zugleich kürzten die Komitees die Zuwendungen und erschwerten den Zugang, immer mehr Menschen erhielten gar keine Unterstützung mehr. Trotz aller Zugangshürden waren bis in den März 1938 rund 13 bis 16 Prozent der Innsbrucker Bevölkerung auf Spenden angewiesen. Bei vielen Menschen kam die offizielle Hilfe gar nicht an, sie mussten betteln, um überleben zu können. Die „Bettlerplage“ nahm so überhand, dass viele Bürgermeister die Errichtung von Bettler- und Arbeitslagern forderten.

Für Geringverdienende, Arbeitslose, Kranke oder kinderreiche Familien war es ein elendes, von Demütigungen geprägtes Leben. FIN



HOCHZEITSFEIER IN DREIZEHNLINDEN.

© Edition Tirol/Martin Reiter

AUFBRUCH IN DIE NEUE WELT

Zwischen 1919 und 1937 emigrierten mehr als 80.000 Menschen aus Österreich in außereuropäische Staaten. Ernst Klotz war einer jener Tiroler, die Armut und Arbeitslosigkeit zur Auswanderung trieben: nach Dreizehnlinden in Brasilien, einem Siedlungsunternehmen von Andreas Thaler, das Hoffnung auf eine bessere Zukunft gab.

HORST SCHREIBER 





© Stadtarchiv Innsbruck, Ph-30721

V

erschuldet: Das war eine ganze Reihe von Höfen in Tirol. Viele junge Bauern hatten keine Perspektiven, ihr Hof war zu klein, die Größe des Landes zu bescheiden, um davon leben zu können. Oder sie hatten keinen Grundbesitz und mussten fortziehen, weil der Erstgeborene den Hof geerbt hatte. Die Lage am Arbeitsmarkt war katastrophal, überall in Österreich, auch in den Städten. Die Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien sah, wie die Regierung, in der Auswanderung einen Weg, die Arbeitslosenzahlen zu senken. Sie schlug eine Auswanderung von 50.000 Menschen nach Übersee vor. Allein nach Brasilien traten bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 15.400 Personen die Überfahrt an.

KOLONIE IN DER FREMDE

Die größte österreichische „Kolonie“ der Zwischenkriegszeit gründete Andreas Thaler in Brasilien. Drei-

NEUE HOFFNUNG:
EINWANDERER-DENKMAL
IN DREIZEHNLINDEN.

zehlinden in Santa Catarina, einem Bundesstaat im Süden des Landes, wurde nach einem fiktiven Kloster in einem deutschen Epos benannt, dessen Mönche Pioniere der Christianisierung im Kampf gegen die „Heiden“ waren. Thaler stammte aus einer Bergbauernfamilie in der Wildschönau, war zeitweise dort Bürgermeister, einige Jahre christlichsozialer Landwirtschaftsminister und Obmann des Tiroler Bauernbundes. Aber auch Obmann des Tiroler Antisemitenbundes, der unter der Losung „Tirol den Tirolern“ die Forderungen der Nürnberger Rassengesetze vorwegnahm. Thalers Ziel war es, im fernen Ausland eine genossenschaftlich organisierte, geschlossene Siedlung katholischer Bauern- und Handwerkerfamilien zu gründen, die ihre mitgebrachte Kultur pflegten. Der Politiker der Tiroler Volkspartei stellte seine Siedlungsbewegung erfolgreich als Entlastung des Arbeitsmarktes und Möglichkeit der Erschließung neuer Absatzmärkte für Österreich dar. Sein Freund Bundeskanzler Engelbert Dollfuß förderte das Auswanderungsprojekt mit beträchtlichen finanziellen Mitteln. Zwar bot die brasilianische Regierung Thaler bestens erschlossenes Land in einer wirtschaftlich günstigen Lage kostenlos an. Er lehnte jedoch ab, die Nähe von Großstädten gefährdete seiner Meinung nach das Vorhaben, nach den Traditionen der alten Heimat zu leben. Thalers Ansichten deckten sich mit jenen von Konsul Walther von Schuschnigg, dem Vertreter der österreichischen Behörden in Brasilien. Er nahm dessen



HAUSBAU IN DER NEUEN KOLONIE.



ARBEITSALLTAG MIT PFERDEN UND MAULTIEREN.



BRANDRODUNG ZUR

Angebot an und entschied sich für das Gebiet Barra de São Bento, eine hügelige Fläche auf 700 bis 1.300 Metern Höhe. Die österreichische Ansiedlung sollte bereits vorhandene deutsche Siedlungen verbinden und italienische Einwanderung in dieses Gebiet verhindern. Ziel war eine deutsch-katholische Siedlung, in der, abgeschieden von der brasilianischen Bevölkerung, die Tradition der Heimat gelebt werden sollte.

Thaler wählte die Auswanderungswilligen nicht nur nach ihrer beruflichen Qualifikation aus. Seine Zielgruppe waren „Österreicher deutscher Nationalität und römisch-katholischer Religion“. Während viele Junggesellen migrierten, sollten Frauen verheiratet oder verlobt sein, geschiedene Frauen wies er ab. Schließlich aber konnten doch einige Unverheiratete mitfahren, wenn sie jung, kräftig, gehorsam und arbeitstüchtig waren, zu drückend war der Mangel an katholischen „heiratsfähigen“ Frauen. Thaler ging es um „Bauernburschen und Bauernmädeln, die arbeiten und folgen können und wollen“, um landwirtschaftliche

Arbeiter und Handwerker, um Bauern mit vielen Kindern, deren Höfe nicht mehr zu halten waren: generell um Menschen ohne Zukunft in Tirol und anderen Bundesländern. Auch eine Salzburger Abordnung Barmherziger Schwestern fuhr mit, sie errichteten ihren Orden in Dreizehnlinden.

Einer der Auswanderer war Ernst Klotz, kein Bauernbursche zwar, sondern Arbeiter, allerdings mit bäuerlichen Wurzeln. Er kam in Innsbruck unehelich zur Welt. Die Mutter, die bei seiner Geburt erst 16 Jahre alt war, musste arbeiten gehen, so wuchs er zunächst am Bauernhof der Großeltern bei Meran auf. Eine glückliche Zeit – bis der Großvater den Hof verkaufen musste und Ernst wieder nach Innsbruck kam, ins Sieber'sche Waisenhaus. Zu essen gab es wenig, dafür „mit der Rute eins auf den Arsch“. Die Großeltern fanden schließlich eine kleine Unterkunft in Hötting für sich, ihre zahlreichen Kinder und auch für Ernst. Doch der Hunger blieb groß. Eine seiner Tanten litt an Asthma. Als ein Wecken Brot in ihren Schleimkübel fiel, zögerte Ernst keinen Augenblick:

“

**Ich bin
Brasilianer
aus Tirol,
dieses Land
hat uns
menschlich
aufgenommen,
deshalb bin
ich sehr
dankbar.“**

**ERNST KLOTZ,
AUSWANDERER**



© Willi Pechtl

„Ich nahm es heraus, wusch es fein säuberlich, trocknete es im Backrohr des Herdes und aß das ganze Brot, wohl mit einem eigentümlichen Gefühl.“

SCHIFF NACH BRASILILIEN

Er beendete eine Malerlehre, stellte sich aber vergeblich bei dutzenden Malermeistern vor. So verrichtete er Gelegenheitsarbeiten auf Bauernhöfen, malochte am Bau im zeitlich begrenzten „Freiwilligen Arbeitsdienst“, einem Beschäftigungsprogramm der Regierung, für Verpflegung und ein Taschengeld. Sein Fazit war ernüchternd: „Ich war nun fast zwanzig Jahre, ging in die Stadt, um die Zeit totzuschlagen, schaute mit Sehnsucht in die Auslagen und hätte zu gerne so manches gekauft. Aber ich fand keine Arbeit, und das war sehr sehr bitter.“

Dann hörte Ernst Klotz einen Vortrag von Andreas Thaler im Innsbrucker Stadtsaal. Doch um den Platz auf einem Schiff nach Brasilien zu ergattern, mussten an Auswanderung Interessierte eine Mindestsumme aufbringen.



LANDEGEWINNUNG.



BEIM KIRCHGANG IN DREIZEHNLINDEN.

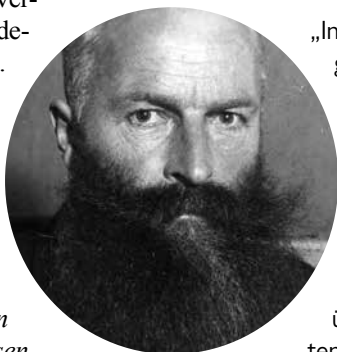
© Fotos: Edition Tirol/Martin Reiter

Ernst Klotz veräußerte seine wenigen Habseligkeiten, sparte jeden Groschen als Hilfsarbeiter, der Bürgermeister seiner zuständigen Heimatgemeinde Sölden leistete eine Spende. Den Rest des fehlenden Geldes verpflichtete sich der Auswanderer, in Brasilien abzarbeiten. Am 28. Juli 1934 machte er sich mit 260 Gleichgesinnten von Innsbruck auf nach Übersee: „Jetzt hatte ich eine Zukunft vor mir und brauchte nicht mehr dem Herrgott die Zeit zu stehlen. Ich hatte schon mein Köfferchen gepackt, Hosen, Hemden, einige Paar Socken, Taschentücher und außerdem noch ein Paar Ledergamaschen wegen der Schlangen, das war auch schon alles. Nun hieß es einsteigen, ich hielt meine Tränen zurück, so gut ich konnte, der schlimmste Abschied war für mich der von meiner Großmutter. Aber endlich fuhr der Zug an, und die geliebten und bekannten Gesichter entschwand.“

In 14 Transporten fuhren von den Häfen Genua oder Hamburg zwischen 1933 und 1938 789 Personen gruppenweise nach

DREIZEHNLINDEN

Ein Herrgottswinkel in jedem Haus...



„In jedem Haus fand ich Herrgottswinkel und Eckbank: Weihnachten wird mit Krippe und Christbaum gefeiert. Es gibt Ostereier und Palmsonntag, Herz-Jesu-Feuer, Anklöpfellieder“, wusste der Volkskundler Karl Ilg von der Universität Innsbruck 1972 über Dreizehnlinden zu berichten. Initiator des Auswanderungsprojektes nach Brasilien war Andreas Thaler, ein radikal antisemitischer Politiker. Sein Projekt war, in Dreizehnlinden eine bäuerliche Kultur nach dem Modell seiner alten Heimat zu konstruieren. Die meisten Häuser dort ließ er im Tiroler Stil errichten. Heirat und Familiengründungen mit Einheimischen waren geächtet. In ihrer Selbstsicht waren die Neankömmlinge fleißig und lebten in „Schmuckkästchen eigener Art“. Die Einheimischen hingegen pflegten Müßiggang und hausten in „schmutzigen Baracken oder Lehmhütten“. Sie mussten weg. Jahrzehnte später schloss Karl Ilg, Erforscher und Förderer des Deutschtums in Südamerika, an diese Idee der kulturellen Überlegenheit der österreichischen Zuwanderer an. Eine seiner ersten Hilfsaktionen war es, die Musikkapelle und die Volkstanzgruppe in Dreizehnlinden tirolerisch neu einzukleiden.

Brasilien, unter ihnen 560 aus Tirol, vor allem aus Wörgl, der Wildschönau, dem Zillertal und der Umgebung von Innsbruck. Das Gebiet, das Ernst Klotz und die anderen besiedelten, war nicht menschenleer. In den Wäldern von Dreizehnlinden, dem früheren Papuan, lebten vereinzelt um die 50 Einheimische. Einer der Siedler bezeichnete sie als „Schwarze und auch Andersfarbige, meist Halbwilde“, die „jetzt, weil sie auf unserem Boden sind, weichen müssen“. Ein anderer Kolonist schrieb nach Tirol: „Die Neger werden verdrängt. Für den von ihnen ‚beschlagmachten‘ Boden hatten sie nämlich nichts bezahlt und besaßen kein Recht, ihn zu bebauen und zu besiedeln“. Aurch Ernst Klotz begegnete ihnen: „Diese Waldmensen sind wie große Kinder; sie sind keine schlechten Menschen, der Großteil hat aber keinerlei Schulbildung. Heute ist für dieses Volk die beste Zeit vorbei. Der Wald ist hier fast verschwunden, und jetzt arbeiten sie in einem Sägewerk oder in der Industrie, um überleben zu können.“

Ernst Klotz trotzte dem ungewohnten Klima und zahlreichen Rückschlägen, den lästigen Sandflöhen ebenso wie riesigen Heuschreckenschwärmen. Letzten Endes setzte er sich als Vieh- und Schweinezüchter durch, dann auch als Direktor einer Soja- und Konservenfabrik. Seine Goldene Hochzeit feierte er 1992 inmitten von 20 Enkelkindern und zwei Urenkeln. Verwundert stellte Ernst Klotz fest: „Mitunter machen wir Familienphotos, und wenn ich da so schaue, denke ich mir, wo kommen bloß die vielen Menschen her? Ich bin doch ganz allein nach Brasilien gekommen!“

FIN



JUBEL FÜR DEN FÜHRER

„Das Horst-Wessel-Lied erklingt in Tirol“: Bildunterschrift zu einem Zeitungsbericht über den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich. Das Bild zeigt die jubelnde Menge in der Innsbrucker Maria-Theresien-Strasse, 1938. Der Anschluss brachte auch das Ende der Arbeiterkammern.

DAS ENDE DER ARBEITERKAMMER

Nach einer rasanten Aufbauphase, in der die Tiroler Arbeiterkammer innerhalb kürzester Zeit den Schutz und die Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorangetrieben hatte, wurde auch sie von den politischen Verhältnissen in Österreich und dem Deutschen Reich eingeholt: 1934 wurde sie entmündigt und 1938 schließlich verboten.

ERWIN NIEDERWIESER 

D

ie Tiroler Arbeiterkammer hat in den ersten 10 Jahren seit ihrer Gründung 1920 eine bemerkenswerte Aufbauphase vorzuweisen. Die AK Wahlen 1921 und 1926 hatten Gründungspräsident Wilhelm Scheibein und seinen „Freien Gewerkschaftern“ jeweils eine Mehrheit von 66 bzw. 72 % gebracht, zweitstärkste Fraktion waren die Christlichen Gewerkschafter, drittstärkste die Deutschnationalen Gewerkschafter.

Die Beratungen in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen wurden inzwischen in allen Tiroler Bezirken angeboten, die Arbeiterkammer Tirol unterhielt Bibliotheken in 39 Orten und der Ankauf des „eigenen Hauses“ in der Maximilianstraße war unter Dach und Fach. Größte Herausforderung waren die Umsetzung von Maßnahmen gegen die steigende Arbeitslosigkeit, die Bekämpfung der Wohnungsnot und die Abwehr der ständigen Angriffe der Unternehmenseite gegen die neuen Sozialgesetze, von der Krankenversicherung über den Lehrlingsschutz bis hin zum 8-Stunden-Tag.

Die direkten Unterstützungen für tausende arbeitslose AK Mitglieder mit Lebensmitteln und Kohle betrug 1930 25.000 Schilling und damit rund 8 Prozent der Ausgaben.

”

Wer es mit der Vertretung der Arbeiterschaft ernst meint, kann nicht Mitglied der Heimatwehr sein.“

ERNST MÜLLER,
ERSTER SEKRETÄR DER
AK TIROL, IN DER
TIROLER VOLKSZEITUNG

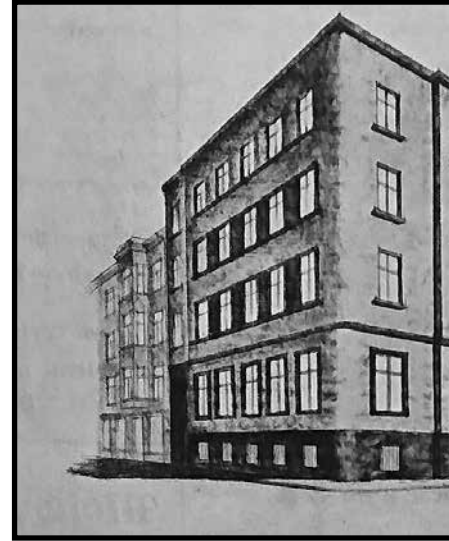
„Die Menschen über die Krisenzeit hinwegbringen“

In der 31. Vollversammlung am 12. Mai 1930 ging es anhand der Diskussion zum Entwurf eines „Antiterrorgesetzes“ um Grundsätzliches. Die Arbeitslosigkeit stieg von Monat zu Monat und die Bundesregierung plante harte Einschnitte bei der Arbeitslosenversicherung. Der „Erste Sekretär“ (heute Direktor) der Tiroler AK Ernst Müller wies darauf hin, dass einige der Einschnitte genau den Forderungen des neuen Sozialprogramms der Heimwehren und des Heimatbundes entsprächen. Wenn diese „die Kardinalpunkte der sozialpolitischen Gesetzgebung angreifen“, müsse man hier Stellung beziehen. „Wer es mit der

**INNSBRUCK,
MAXIMILIANSTRASSE:
ERSTE AK VOLLVERSAMMLUNG
IM UMGEBAUTEN UND
MODERNISIERTEN
GEBÄUDE (BILD MITTE), 1932.**



© AK Tirol



© AK Tirol

Vertretung der Arbeiterschaft ernst meint, kann nicht Mitglied der Heimatwehr sein.“

Die nächste AK Wahl sollte 1931 stattfinden, doch wegen der hohen Zahl an Arbeitslosen wäre rund ein Drittel der AK Mitglieder nicht wahlberechtigt gewesen. Außerdem gab es schon seit Jahren ergebnislose Verhandlungen über eine Reform des Arbeiterkammergesetzes und der Wahlordnung. So beschloss die Regierung, die Funktionsperiode bis Ende 1933 zu verlängern.

Die 37. Vollversammlung am Samstag, dem 18. Juni 1932, war eine Festsitzung. Sie fand im neuen Kammersaal in der Innsbrucker Maximilianstraße 7 statt. Landeshauptmann Dr. Franz Stumpf und Innsbrucks Bürgermeister Franz Fischer standen an der Spitze einer großen Zahl von Ehrengästen. Präsident Scheibein: *„Wir wollen hier anlässlich der Eröffnung unseres neuen Heimes das Versprechen ablegen, dass alles, was in unserer Kraft steht, getan werden wird, um beizutragen, die arbeitenden Menschen unse-*

res Landes über die Krisenzeit hinweg und dann wieder aufwärts zu besseren Wirtschaftsverhältnissen, zu größeren Rechtsgütern und höheren Kultur zu bringen“.

Der Bau wurde in den Medien als „zweckmäßig, schlicht, bescheiden und würdig“ bezeichnet.

Arbeitslosigkeit bleibt weiter Hauptproblem

Das größte Problem blieb die hohe Arbeitslosigkeit, die auch im Sommer anhielt. Dazu schreibt der AK Bericht vom 3.10.1932: *„Angesichts dieser in den Sommermonaten fast unerträglichen Höhe der Arbeitslosenzahlen (zwischen 4- und 5000) in unserem industriearmen Lande erwächst allen verantwortungsbewussten Personen, Behörden und Organisationen gebieterisch die Pflicht, alles zur Linderung der Not der Arbeitslosen zu veranlassen, einer Not, die deshalb besonders gross und drückend ist, weil viele Arbeitslose schon*

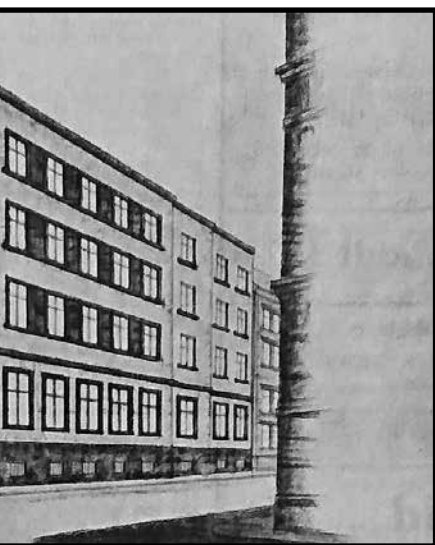
“

Wir wollen hier anlässlich der Eröffnung unseres neuen Heimes das Versprechen ablegen, dass alles, was in unserer Kraft steht, getan werden wird, um beizutragen, die arbeitenden Menschen unseres Landes über die Krisenzeit hinweg zu bringen.“

WILHELM SCHEIBEIN,
AK PRÄSIDENT, 1932

durch mehr als Jahresfrist ohne jede Beschäftigung sind, keine Arbeitslosenunterstützung und Notstandshilfe erhalten und voller Verzweiflung dem kommenden Winter entgegensehen. (...) Es mangelt in diesen Familien an allem Notwendigen. An Schuhen, Kleidern und Wäsche. Besonders aber macht sich die dauernde Unterernährung bei den Kindern der Arbeitslosen und bei den Jugendlichen bemerkbar!“

Bei der 39. Vollversammlung am 19.12.1932 findet sich unter „Anträge und Anfragen“ ein interessanter Hinweis auf das „Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz“, das im März 1933 nach der Ausschaltung des Parlaments durch die Regierung eine zentrale Rolle spielen sollte. Auf Antrag von Kammerrat Max Klappholz wurde einstimmig Protest gegen den „Verfassungsbruchplan“ erhoben, mittels dieses Gesetzes zentrale Sozialgesetze außer Kraft zu setzen. Der Chefideologe des Heimatbundes Neustädter-Stürmer hatte zuvor diesen Vorschlag gemacht, um in der „Zeit



© AK Tirol

WEGBAUARBEITEN, 1934.

der schweren Krise“ auch ohne Beschlüsse des Parlaments Gesetze zu ändern. Daraufhin hatten sich weitere Anhänger der Idee des Ständestaates mit konkreten Forderungen gemeldet, z. B. im Angestelltengesetz die Bestimmungen über Urlaub und Abfertigung oder alle Kollektivverträge außer Kraft zu setzen. Es scheint, dass die Regierung Dollfuß nur auf eine passende Gelegenheit gewartet hat. Und diese kam mit der Abstimmung über die Strafen für die streikenden Eisenbahner.

Diese hatten am 1. März 1933 einen zweistündigen Proteststreik durchgeführt. Er war Anlass für eine Debatte im Nationalrat am 4. März 1933, bei der es um die Frage ging, ob die Eisenbahner, die an dem Streik teilgenommen haben, mit Disziplinarstrafen (von 4 % Lohnkürzung bis zu Entlassungen) belegt werden können, wie von der Regierung vorgesehen. Mit 81 zu 80 Stimmen wurde ein von Großdeutschen und Sozialdemokraten unterstützter Antrag angenommen, keine Sanktionen gegen die Streikenden zu set-

zen. Ein heftiger Streit über die Gültigkeit von Stimmzetteln bei dieser Abstimmung führte zum Rücktritt aller drei Präsidenten des Nationalrates. Die Wiederberufung wurde von der Regierung mit Polizeigewalt verhindert und bereits ab dem 12. März 1933 wurden Gesetze nur mehr auf Basis des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahr 1917 von der Regierung erlassen, die parlamentarische Demokratie war beendet. Die Lektüre der Zeitungen dieser Tage vermitteln ein düsteres Bild der tiefen Risse, von denen die österreichische Gesellschaft durchzogen war. →



© AK Tirol

ARBEITER, INZING, 1935.

ARBEITSLOSIGKEIT

KAMPF GEGEN DIE ARBEITSLOSIGKEIT

Drei Instrumente wurden von den Arbeiterkammern in den 1930er Jahren zur Senkung der hohen Arbeitslosenzahlen propagiert: Beschäftigungsprojekte vor allem im Hoch-, Tief- und Kraftwerksbau (z. B. Felbertauernstraße mit Tunnel, Reschenbahn, die Innsbrucker Dogana oder die Ötztaler Kraftwerke), das „Inländerarbeitsschutzgesetz“ und die Beseitigung des „Doppelverdienstertums“. Die „Industrielle Bezirkskommission“, eine Art frühes Sozialpartnergremium, musste jeder Beschäftigung eines Ausländers zustimmen und vor dieser Zustimmung durfte niemand angestellt werden. Das wurde oft missachtet, weil die Behörden bei der Kontrolle lax und bei den Strafen milde

waren. Außerdem verhandelte Präsident Scheibein mit verschiedenen Stellen, um für die Produkte von Tiroler Firmen Absatzmöglichkeiten zu schaffen (Tuch für Uniformen der Stadt Wien oder des Bundesheeres, Tiroler Zement für Wohnungsbauten, Kohlenbezug durch die Bundesbahn usw.).



© Stadtarhiv Innsbruck, Ph.-A-15781-044

ENDE: Im Februar 1934 wird auch die Arbeiterkammer besetzt.

Arbeiterkammer kommt unter Staatsverwaltung

In einer außerordentlichen Vollversammlung am 4. April 1933 wurde über die „beabsichtigten Verschlechterungen der Sozialgesetzgebung durch Notverordnungen“ beraten. Ernst Müller zählte in einem ausführlichen Referat alle Forderungen der Unternehmerseite auf und legte eine EntschlieÙung vor, in der die Regierung aufgefordert wurde, diesen radikalen Abbau der sozialstaatlichen Einrichtungen zu unterlassen. Diese EntschlieÙung wurde einstimmig angenommen und außerdem beschlossen, dieses Referat als Flugschrift herauszugeben und unter der Arbeiter- und Angestelltenschaft Tirols zu verteilen.

Die Mitglieder der Verwaltungskommissionen wurden vom Sozialminister ernannt und der Christgewerkschafter Hans

Kostenzer zum Vorsitzenden und Ernst Klee zu dessen Stellvertreter bestimmt. Auf Kosten der Arbeiterkammer wurde der Leiter des Sozialreferates in der Landesregierung, Hofrat Dr. Ludwig Fabritius vom Minister als „Aufsichtskommissär“ eingesetzt. Er hatte unmittelbare Entscheidungsbefugnis in allen wichtigen Angelegenheiten, Personalentscheidungen bedurften ausdrücklich seiner Zustimmung und er hatte das Recht, die Auflösung der Dienstverhältnisse „bestimmter Angestellter“ zu verlangen. Die Verwaltungskommission war außerdem gleichzeitig Vorstand des neuen Gewerkschaftsbundes, die Arbeiterkammer dessen Geschäftsstelle.

Von der Mitgliedschaft in der Arbeiterkammer ausgeschlossen wurden künftig alle Bediensteten der Österreichischen Bundesbahnen und sämtlicher Haupt- und Lokalbahnen sowie alle Bediensteten der Post-,



Das Kruckenkreuz als Symbol der austrofaschistischen Vaterländischen Front und des von ihr regierten Ständestaates.

© National Archives

HINTERGRUND

Austrofaschismus, Ständestaat und Nationalsozialismus

Faschismus bedeutet Diktatur nach dem Muster Italiens unter dem Duce Benito Mussolini: Ein Führer, eine Regierungspartei, eine geltende und zugelassene Meinung, Haft oder Ermordung all jener, die davon abweichen. Beim Nationalsozialismus kommt noch die Verfolgung und Ermordung aus rassistischen Gründen hinzu. Zwischen den großen gesellschaftlichen Gruppen wie Arbeitnehmern und Arbeitgebern gibt es keine Konflikte oder gar „Klassenkampf“, sondern staatlich gelenkte Harmonie bis hinunter in die Werks- oder Betriebsgemeinschaft. Dieses idyllische Wunschbild war in erster Linie Propaganda und Werkzeug zur Entfernung politischer Gegner.



Hitler verabschiedet sich von Jugendlichen, Innsbruck, 1938.

© Stadtarhiv Innsbruck, Ph-1188

**AK: KEINE
ZUKUNFT IM
STÄNDESTAAT**

Unmittelbar nach Erscheinen eines von der AK Tirol 1933 herausgegebenen Flugblattes machte das Amt der Tiroler Landesregierung Meldung an das Sozialministerium, weil die AK „ihre Befugnisse überschreitet“. Sie dürfe zwar zu Fragen des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung Stellung beziehen, nicht aber zu politischen

Fragen. Es folgte eine Rüge aus Wien: Die AK sei nicht berechtigt, zu Fragen des Arbeitsrechtes und des Arbeiterschutzes „in polemischen Flugblättern“ Stellung zu nehmen, ebensowenig zu Fragen allgemeiner politischer Natur (die Ausschaltung des Parlaments und die Einschränkungen des Versammlungsrechtes).

Eine Vorsprache der AK Präsidenten und AK Direktoren aller Bundesländer bei Sozialminister Schmitz am 19. Dezember 1933 brachte Klarheit, wie sich die Regierung Dollfuß die Zukunft der Arbeiterkammer im Ständestaat vorstellte: Keine Wahlen, sondern eine vom Sozialminister bestimmte Führung und strenge Kontrolle durch Landes- und Bundesregierung. Am 21. Dezember 1933 wurde die entsprechende Verordnung erlassen.

Naturg. Kammer für Arbeiter und Angestellte in Innsbruck; Flugblatt.

An das
Bundesministerium für soziale Verwaltung
in

WIEN.

Das Amt der Landesregierung beehrt sich, ein von der Arbeiterkammer herausgegebenes und in den Häusern verteiltes Flugblatt zur Kenntnis und allfälligen Verfügung vorzulegen, da sich dieses Flugblatt nicht nur mit Fragen des Arbeitsrechtes und der Sozialversicherung befasst, sondern auch gegen Schluss unter dem Schlagwort „Ungleiches Recht“ die politische Frage des Republikanischen Schutzbundes und der Heimatwehr erörtert, was nach h.a. Ansicht ihre Befugnisse überschreitet (Nr. 22 des Gesetzes vom 26. II. 1920 St.G.B. Nr. 100).

Telegraphen- und Fernsprechanstalten.

Ihre erste Sitzung fand bereits am 3. Jänner 1934 statt. „Sekretär Müller“ musste jetzt tun, was von ihm verlangt wurde. Er war wegen seiner profunden Kenntnisse der Organisation unverzichtbar, vorläufig wenigstens.

Wie in ganz Österreich, so hagelte es auch in Tirol Protestbriefe aus den vielen Betrieben, in denen es sozialdemokratische Betriebsräte gab. Wenige Wochen später wurden auch diese ihres Amtes enthoben und stattdessen wurden von der Verwaltungskommission regierungstreue Personen zu Betriebsräten bestimmt. In den unvollständigen Akten des Sozialministeriums finden sich Belegschaftsproteste u. a. der Montanwerke Brixlegg und Häring, der Sensenunion in Jenbach, der Zillertalbahn, der Textilfirma Herrburger und Rhomberg, Erste Tiroler Arbeiterbäckerei, von Bergbau Groß-

kogl, Papierfabrik Wattens, Saline Hall, Metallwerk Plansee, des Innsbrucker Elektro- und Gaswerks, der Tiroler Lokal- und Seilbahnen, der Chemischen Betriebe Kirchbichl, der Perlmooser Zementwerke und des Innsbrucker Stadttheaters.

Bewaffnete Kämpfe in Teilen Österreichs

Zwischen 12. und 15. Februar 1934 kam es in Teilen Österreichs zu bewaffneten Kämpfen zwischen der Arbeiterschaft und dem Bundesheer und der Gendarmerie. Es war ein zweifelhafter Versuch, den Weg Österreichs in eine Diktatur zu verhindern. Auch im Tiroler Unterland (Wörgl, Häring, Kirchbichl, Jenbach) setzten sich Arbeiter gegen die Besetzung sozialdemokratischer Arbeiterheime und die Verhaftung ihrer führenden Funktionäre durch die Heimatwehren

LITERATUR

Anzenberger Werner, Grabuschnig Anja, Halbrainer Heimo (Hg.); Festschrift Arbeiterkammer Steiermark – 100 Jahre Gerechtigkeit; Graz 2020

Göhring Walter, Pellar Brigitte: Anpassung und Widerstand – Arbeiterkammern und Gewerkschaften im österreichischen Ständestaat; Wien 2001

Niederwieser, Erwin; 100 Jahre Kampf um Gerechtigkeit; Innsbruck 2021

Oberkofler Gerhard: Die Tiroler Arbeiterbewegung – Von den Anfängen bis zum 2. Weltkrieg; Wien 1979

Rohringer, Josef: Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol 1921-1971, Sonderbeilage im Jahrbuch 1971 der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol, Innsbruck 1971

Schreiber Horst, Hofmann Rainer (Hg.): 60 Jahre ÖGB Tirol, Geschichte – Biografien – Perspektiven; Wien 2004

**GESCHICHTE
LITERATUR
QUELLEN**

1933

Verwaltungs- kommissionen werden eingesetzt

1933/34 bringt das Ende für die von den Arbeitnehmern frei gewählten Organe der Kammer. An ihre Stelle treten durch Verordnung der Bundesregierung Verwaltungskommissionen. Im autoritären Ständestaat werden die Kammern ausgeschaltet.



1938

AK wird aufgelöst

Nach der Besetzung Österreichs werden die Arbeiterkammern und der Gewerkschaftsbund auf Anordnung des „Stillhaltekommissars für Vereine, Organisationen und Verbände“ am 10. Juni 1938 aufgelöst, ihr Besitz wird konfisziert und der „Deutschen Arbeitsfront“ übertragen. Die Mitarbeiter werden ohne Anspruch auf Pension entlassen. Das Kammergebäude in Innsbruck wird von der Kreisleitung der NSDAP besetzt. Nach dem Ende des 2. Weltkriegs wird das Gebäude unter der Führung von Ernst Müller und Franz Hüttenberger sichergestellt. Der Wiederaufbau beginnt im Juli 1945, bereits im Oktober 1945 nimmt die AK Tirol die Arbeit wieder auf.



© Stadtbuch Innsbruck, Ph-26372

GRIF NACH DER MACHT: Demonstration von Nationalsozialisten am Südtiroler Platz, 1933.

zur Wehr. Als am 13. Februar um 17 Uhr über den Sender Innsbruck für ganz Tirol das Standrecht ausgerufen wurde, war der Kampf schon zu Ende, die Arbeiter verhaftet. Alle Sozialdemokraten in leitender Position oder Mandaten in Bund, Ländern und Gemeinden wurden ihrer Posten enthoben, die parteipolitisch gebundenen Gewerkschaften aufgelöst und durch die Einheitsgewerkschaft mit ernannten Funktionären ersetzt.

Ab 14. Februar 1934 erfolgten die Suspendierungen, Kündigungen und Entlassungen in der Tiroler AK, großteils auf Anordnung des Aufsichtskommissärs Fabritius. Als nächstes wurden die Vertreter der Arbeiterkammer in den verschiedenen Gremien ausgetauscht.

Eine besondere Aufgabe war auch die Säuberung der 40 Arbeiterkammer-Büchereien von „volksverhetzender und klassenkämpferischer“ Literatur. Über die erfolgreiche „Bestandsbereinigung“ musste an die Landesregierung berichtet werden, die Direktiven, was gelesen werden durfte und was nicht, kamen aus dem Unterrichtsministerium. Nachdem Personal und Bücher

der Ideologie des Austrofaschismus angepasst waren, wurden die Büchereien wieder eröffnet.

Arbeiterkammern verschwinden

Mit Juli 1935 wechselte Ernst Müller auf eigenen Wunsch in den Ruhestand, sein Nachfolger als Direktor wurde Dr. Engelbert Kiechl.

In diese Zeit fällt mit der Gründung der Arbeitslosenschule 1935 auch eine echte Neuerung. Sie dauerte von Oktober bis März und wurde Montag bis Samstag von 8 bis 12 abgehalten. Zielgruppe waren arbeitslose Jugendliche, denen es an Grundbildung fehlte. Die Fächer waren daher Deutsch, Rechnen, Geschichte, Geografie, Naturkunde, Lebenskunde, Naturgeschichte, Elektrizitätslehre, Hygiene und Sozialpolitik, zehn Minuten wurde täglich auch gesungen. Der Unterricht war möglichst praxisbezogen und auf die Bedürfnisse der einzelnen Teilnehmer abgestellt und wurde von Studenten gehalten. Man kann das durchaus als Vorläufer der heutigen Basisbildungs- und Pflichtschulabschlusskurse sehen. →

“

Ab 14. Februar 1934 erfolgten die Suspendierungen, Kündigungen und Entlassungen in der Tiroler AK, großteils auf Anordnung des Aufsichtskommissärs Fabritius. Als nächstes wurden die Vertreter der Arbeiterkammer in den verschiedenen Gremien ausgetauscht.“

100 Jahre AK Tirol

1921 – 2021: Zum Jubiläum der Arbeiterkammer Tirol erscheint eine neue Ausgabe der wirtschafts- und sozialstatistischen Informationen – jetzt als Magazin in neuem Gewand! Das Heft behandelt die Geschichte Tirols von 1918 bis 1930 und beleuchtet auch die wichtige Rolle der AK. Holen Sie sich Ihr Magazin kostenlos unter presse@ak-tirol.at oder **0800/22 55 22-1281!**

100

**JAHRE
GERECHTIGKEIT**

Jetzt
kostenlos
per Mail
bestellen!



Mit
zahlreichen
unveröffentlichten
historischen
Aufnahmen!

 [facebook.com/aktirol](https://www.facebook.com/aktirol)
 [instagram.com/aktirol](https://www.instagram.com/aktirol)



Am 18. April 1936 verstarb der erste Präsident Wilhelm Scheibin nach längerer Krankheit, die Beerdigung fand auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille statt.

Am 21. September 1937 titelte der Tiroler Anzeiger mit „Der Kanzler bei der Tiroler Arbeiterschaft“. Der Frontführer und Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg besuchte die Landeskonferenz der SAG (Soziale Arbeitsgemeinschaft – eine Untergliederung der Vaterländischen Front) und wurde von „Arbeiterkammerpräsident“ und Bundeswirtschaftsrat Kostenzer begrüßt und von den Teilnehmern mit stürmischem Applaus empfangen. Unter „brausendem Beifall“ begann der „Frontführer“ und Bundeskanzler seine Rede an seine Mitstreiter. Die Christlich-Sozialen standen im Krieg – einerseits gegen Bolschewismus und Sozialdemokratie, und andererseits gegen die Nationalsozialisten, die ihnen von innen und außen (Deutschland) das Leben schwer machten.

Diesem Druck musste die Regierung schließlich nachgeben und am 12. März marschierten die deutschen Truppen in Österreich ein.

Schon drei Tage nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich wurde eine neue Verwaltungskommission eingesetzt, deren Aufgabe darin bestand, Arbeiterkammer und Gewerkschaft in die „Deutsche Arbeitsfront“ einzugliedern.

Die „Deutsche Arbeitsfront“ der Nazis war die gemeinsame



MACHTÜBERNAHME: NS-Aufmarsch am Rennweg in Innsbruck, vermutlich 1938.



GESCHMÜCKT FÜR DEN FÜHRER: Innsbrucker Seilergasse mit Hakenkreuzfahnen, 5. April 1938.

Dachorganisation der Unternehmer und der Arbeitnehmer. Eine Arbeitnehmervertretung brauchte es nicht mehr, der Unternehmer war der Betriebsführer und die Arbeitnehmer:innen die „Gefolgschaft“, der Führer befahl und die Gefolgschaft führte aus.

Das erste, was die neue Führung entdeckte, waren „umfangreiche Unterschlagungen“, die zu sofortigen Verhaftungen der vormals christlich-sozialen Funktionäre und leitender Mitarbeiter der AK führten. Wenige Wochen später folgte die Entlassung, weil die Vorwürfe nur dazu gedient hatten, diese Menschen für die Zeit der Machtübernahme aus dem Verkehr zu ziehen.

Eine Zeitlang scheint die Arbeiterkammer noch als Treffpunkt für verschiedene NS Versammlungen auf, um dann Ende Juli 1938 für sieben Jahre völlig von der Bildfläche zu verschwinden. NS-Gauleiter Franz Hofer nahm in der Maximilianstraße 7 Quartier. Alle Akten und alles Wertvolle wurde unter den Nazibonzen verteilt, nach Berlin verschleppt oder vernichtet. Funktionäre und Mitarbeiter:innen wurden verhaftet oder gingen in den Untergrund. Wer wirklich genau welche Rolle eingenommen hat, ließ sich auch nach 1945 nicht mit Sicherheit feststellen, und das Interesse daran war gering. Wiederaufbau und Wirtschaftswunder waren wichtiger. Und hier sollte die Arbeiterkammer wieder einen entscheidenden Beitrag leisten. FIN

NEU!

100 Jahre Arbeiterkammer Tirol

Vor 100 Jahren wurde die Tiroler Arbeiterkammer gegründet. Heute ist sie ob ihrer zahlreichen Aktivitäten und ihres Einsatzes für Arbeitnehmer*innen aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben Österreichs nicht mehr wegzudenken. Zum Zeitpunkt ihrer Gründung 1921 sah das jedoch ganz anders aus: Die noch sehr junge Republik war vom Ersten Weltkrieg schwer mitgenommen und sah einer ungewissen Zukunft entgegen. Entsprechend wechselvoll war die Geschichte der österreichischen Arbeiterkammern bis 1945, von ihrer Ausschaltung im Dollfuß-Regime ab 1934 bis zur Zwangseingliederung in die Deutsche Arbeitsfront während des Nationalsozialismus.

Die Wiederherstellung der Arbeiterkammern nach dem Zweiten Weltkrieg wurde zur Erfolgsgeschichte: Im Rahmen der Sozialpartnerschaft hatten sie entscheidenden Anteil am wirtschaftlichen Aufstieg Österreichs, von dem auch die Arbeitnehmer*innen profitieren sollten.

Erwin Niederwieser blickt mit uns zurück auf ein Jahrhundert Arbeiterkammer Tirol: 100 Jahre mit Höhen und Tiefen, Erfolgen und Rückschlägen, aber stets geprägt vom Kampf um eine gerechtere Arbeitswelt. Abgerundet wird der Band durch zahlreiche Abbildungen, darunter auch viele bisher unveröffentlichte Fotos aus dem Oral-History-Projekt „Erlebte Geschichte“.

Im Buchhandel erhältlich!

Michael Wagner Verlag

Erwin Niederwieser

100 JAHRE KAMPF UM GERECHTIGKEIT DIE GESCHICHTE DER ARBEITERKAMMER TIROL

24⁹⁰ €



DER WEG IN DEN ABGRUND

Der Druck des nationalsozialistischen Regimes auf Österreich wurde in den 1930er Jahren immer größer. Im März 1938 kam es schließlich zur Machtübernahme. Auch in Tirol hatten die Nationalsozialisten für den Anschluss an das Deutsche Reich gekämpft.

HORST SCHREIBER 

Im September 1920 hielt Adolf Hitler vor 50 Menschen seine erste Rede in Innsbruck. Die Deutschnationalen lobten sein politisches Programm als „national, sozial und antisemitisch“, die sozialdemokratische Volkszeitung verspottete Hitlers Ansprache: „Aber das eine muß ihm auch der Neid lassen: Lungenkrank und asthmaleidend ist der gute Mann nicht. Der Überfluß an Lungenkraft kann aber trotzdem das Minus an geistiger Kraft nicht ersetzen.“

Sieben Monate später, am 24. April 1921, sprachen sich in einer Volksbefragung bei einer Wahlbeteiligung von 87 % fast alle Stimmberechtigten für einen Anschluss Tirols an Deutschland aus. Hitler und die kleine Schar Nationalsozialisten hatten aber keinen Einfluss

auf dieses niederschmetternde Ergebnis für die gerade erst gegründete Republik Österreich. Warum waren die Bevölkerung und die politischen Parteien im Landtag so beseelt davon, dass Tirol ein Teil Deutschlands werden sollte? So wie auch Salzburg – und Vorarlberg, das sich der Schweiz anschließen wollte.

Die Sozialdemokratie begrüßte den Anschluss des kleinen Österreich an Deutschland als Ausweg, um einem Leben in Knechtschaft, Not und Elend zu entgehen. Und in der Hoffnung auf eine Vereinigung mit einem roten Deutschland, auf eine Vereinigung mit dem Sozialismus. Christlichsoziale und Katholisch-Konservative verabscheuten das rote Wien und den Einfluss der Sozialdemokratie im Bund. Die Bürgerlichen wollten weg vom Zentralismus Wiens. Richard

Steidle, Heimatwehrführer und Sicherheitsdirektor von Tirol, brachte diese Haltung auf den Punkt. Er wünschte sich nichts sehnlicher, „als daß endlich dieser unmögliche Staat sich mit Gestank auflöst und Tirol von Wien frei wird.“

Für die Deutschnationalen war der Anschluss an Deutschland Leitprinzip. Mitglieder des völkischen Corps Gothia fuhren einen Tag, nachdem 145.302 Tirolerinnen und Tiroler für Deutschland und nur 1.805 für Österreich abgestimmt hatten, nach Scharnitz und Mittenwald. Dort demontierten sie die Grenzpfähle und schleppten diese Trophäen, nationale Lieder grölend, im Triumphzug durch Innsbrucks Straßen. Was

**SA-MÄNNER IM
MÄRZ 1938 VOR DER
TRIUMPHFORTE**





alle drei Parteien in ihrem Bekenntnis zu Deutschland 1921 einigte, war Südtirol: die Hoffnung auf die Wiederherstellung der Landeseinheit, seine Rückgewinnung von Italien als Teil eines starken Staates Deutschland.

TIROL WILL DEN ANSCHLUSS

12 Jahre später war es dann soweit. Hitler und seine Nazi-Partei holten Tirol „heim ins Reich“. Doch nun unter völlig anderen Umständen – und Südtirol blieb bei Italien.

Wie war es dazu gekommen? Kanzler Kurt Schuschnigg hatte auf Druck Hitlers am 12. Februar 1938 im Abkommen in Berchtesgaden in allen Punkten nachgegeben. Von nun an war Österreich ein Staat, dessen Politik maßgeblich Berlin bestimmte. Mit Arthur Seyß-Inquart wurde ein Nationalsozialist Innenminister. Die Anhänger der Regierung waren demoralisiert, die Nationalsozialisten im Begeisterungstaumel. Drei Tage später marschierten tausende Menschen in einem großen Fackelzug durch Innsbruck oder standen am Straßenrand, um das Treiben aus nächster Nähe verfolgen zu können, zunehmend bereit, sich in das Lager einzureihen, das erfolgreich sein würde. *„Alles war ein Sieg-Heil oder Heil-Hitler-Ruf. Die Polizei, die sonst immer gleich dreinschlägt, hat zugeschaut und gelacht“*, schrieb die 17-jährige Lore an ihre Cousine. In den nächsten drei Wochen demonstrierten die Nationalsozialisten ihre Siegeszuversicht in allen Städten und zahlreichen Landgemeinden.

Kanzler Schuschnigg versuchte jedoch noch einmal das Ruder herumzureißen. Im historischen Reichsratssitzungssaal des Parlaments pries er am 24. Februar das Abkommen mit Hitler als Beispiel „deutscher Treue“

© ÖNB



© Stadttarchiv Innsbruck



© Stadttarchiv Innsbruck, Pt-2/1970



DER WEG IN DEN UNTERGANG:

AM 11. MÄRZ 1938 DROHT DIE WEHRMACHT MIT DEM EINMARSCH, DIE NATIONALSOZIALISTEN STÜRMEN DIE STRASSEN, DIE REGIERUNG SCHUSCHNIGG GIBT KAMPFLOS AUF. DIE NAZIS JUBELN, EINEN MONAT SPÄTER IST DER BESUCH HITLERS IN INNSBRUCK EIN VOLKSFEST.

und warnte die Nationalsozialisten vor jeder gesetzwidrigen Betätigung. Schuschnigg beschwor die Unabhängigkeit des österreichischen Vaterlandes und brachte die Versammelten zum Toben, als er die siegesichere Entschlossenheit der Regierung in seiner im Radio übertragenen Rede hinaus schrie: „Bis in den Tod! Rot-Weiß-Rot! Österreich!“ Doch die Nationalsozialisten gaben nicht nach. So kündigte Schuschnigg am 9. März im Innsbrucker Stadtsaal eine Volksbefragung für ein „deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich“ an. Sie sollte bereits vier Tage später stattfinden und so den Nazis die Gelegenheit nehmen, eine wirksame Gegenpropaganda zu starten. Unter tosenden Heil-Schuschnigg-Rufen und dem Abspielen des Andreas-Hofer-Liedes forderte der Kanzler ein

”

**Bis in den Tod!
Rot-Weiß-Rot!
Österreich!“**

BUNDESKANZLER
SCHUSCHNIGG
IN SEINER
PARLAMENTSREDE
AM 24.2.1938

Bekennnis zu Österreich mit der Parole: „Mander – es isch Zeit!“

Wenig erstaunlich verstärkten die Nationalsozialisten in den folgenden Tagen ihre Aktivitäten, am 11. März strömten sie in ganz Österreich auf die Straßen und rissen das Gesetz des Handelns an sich. „Die Durchsetzung des Autoritätsgedankens zeigt in der gegenwärtigen Situation ein wahrhaft jämmerliches Bild“, beklagte der Bezirkshauptmann von Innsbruck. Unverständlicherweise war die Regierung in Wien auf diese Situation nicht vorbereitet, sie ließ jeden Plan und jede Führungsstärke vermissen. Auch in Tirol versagten die Entscheidungsträger und wer, wie der Sicherheitsdirektor oder die Bezirkshauptleute von Reutte und Schwaz, Widerstand leisten wollte, war auf sich alleine gestellt. Das politi-

sche System war wie gelähmt, es ähnelte einem Schiff ohne Kapitän.

HERRSCHAFT DER NAZIS

In dieses Machtvakuum stießen die lautstark auftretenden Nationalsozialisten, schon am Vormittag des 11. März 1938 machte sich zwischen Wien und Bregenz eine Art Doppelherrschaft breit. In Innsbruck sperrte die Exekutive die Maria-Theresien-Straße, vor der Annasäule und der Herzog-Friedrich-Straße baute sie je ein Maschinengewehr auf. Kurz vor Mittag durchbrachen zwei Stürme der SA und der SS-Studentensturm die Straßensperren. Es gab Verletzte, ein Polizist verwundete einen SS-Mann mit einem Säbelhieb. Doch bald zog sich die Exekutive zurück und die National-



© Stadarchiv Innsbruck



© ÖEGZ-H4821



TITELSEITE DER DEUTSCHEN VOLKSZEITUNG, 5.4.1938



© Stadarchiv Innsbruck, Pt-33852



© Stadarchiv Innsbruck

TIROL GRÜSST HITLER:

Am 11. März 1938 weht schon gegen 21 Uhr die Nazi-fahne vom Landhaus (li.). Der Führer schafft Arbeit, ist das Versprechen der NS-Propaganda. Bezahlt wird mit den Mitteln, die die österreichische Regierung jahrelang gespart statt investiert hatte.

WOHER KOMMEN NUR ALL DIE HITLER-FAHNEN?

sozialisten beherrschten die Straßen. Was mit inszenierten Demonstrationen begonnen hatte, entwickelte nun eine Eigendynamik. Nicht nur, dass immer mehr Verbände der Nationalsozialisten die Reihen der Protestierenden verstärkten. Da sie die Oberhand zu bekommen schienen, ging ein Ruck durch die Bevölkerung. Stündlich wechselten die Abwartenden und Unentschlossenen in großer Zahl auf die Seite der Nazis. Gemeinsam forderten sie die Absetzung der Volksbefragung und des „Volksverrätters“ Schuschnigg. Die Menge brüllte Phrasen wie „Diese Wahl – ein Skandal“, die Nationalsozialistinnen gaben sich emanzipiert: „Wir kämpfen für Freiheit und wirkliche Gleichberechtigung“.

Die Leitung der NSDAP saß im ersten Stock des Gasthofs Alt-Innsprugg, der Bude

der völkischen Burschenschaft Suevia. Über einen Lautsprecher informierten Funktionäre wie der Gauleiter-Stellvertreter Egon Denz über die neuesten Entwicklungen in Wien. Er rief die NS-Formationen zu Propaganda-Märschen in der ganzen Stadt auf, nirgends stießen sie mehr auf Widerstand. Männer der SA und der SS traten in der Innenstadt als Hilfspolizisten mit weißen Binden auf, ihnen oblag es ironischer Weise, für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen. Die Maria-Theresien-Straße erbebt von Heil-Hitler-Rufen, das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied peitschten die Menschenmenge auf. Schon gegen 16 Uhr erweckte es den Anschein, als ob sich Innsbruck in der Hand der Nationalsozialisten befände. Am Abend war vom Innrain ausgehend unter der Führung von Gauleiter Edmund Christoph ein Fackel-

Es ist der **11. März 1938, 11.20 Uhr**. Der Verkehr in der Maria-Theresien-Straße in Innsbruck ist lahmgelegt, Menschenmassen wälzen sich an den Häusern vorbei. Organisiert und in Zivil besetzen die Nazis den öffentlichen Raum, tragen Rucksäcke mit Proviant für einen langen Tag. Sie schreien Parolen: „Alles für Österreich – Ohne Schuschnigg“, aber auch schon: „Ein Volk – Ein Reich – Ein Führer“. Entlang der Prachtstraße stehen Frauen und Männer, die rechte Hand zum Hitler-Gruß erhoben, Schaulustige genießen den historischen Moment. Auf der Seite, kaum wahrnehmbar, stehen verloren zwei Polizisten, der eine leger mit der Faust in der Hosentasche, beide in der Rolle passiver Zuschauer. Man würde nicht meinen, dass die Existenz der Regierung und des Staates Österreich auf dem Spiel steht. Die Demonstrierenden wollen die Volksbefragung verhindern. Sie wissen nicht, dass sie gerade dabei sind, die Machtergreifung des Nationalsozialismus in Gang zu setzen. In neun Stunden wird es soweit sein, doch jetzt schon weht von allen Häusern die Hakenkreuzflagge, außer von den jüdischen wie dem Kaufhaus Bauer – Schwarz. Die betuchten Bürger und Gewerbetreibenden sind der Zeit voraus. Dazu der Zeitzeuge Abraham Gafni: „Über Nacht hing plötzlich aus jedem Fenster eine Hakenkreuz-Fahne und ich denke mir oft, wie hat man das alles vorbereitet?“



© Stadttarchiv Innsbruck, Pt-31202



© Stadttarchiv Innsbruck, 04.05.02-15



© Stadttarchiv Innsbruck, 04.05.02-16



© Stadttarchiv Innsbruck, Pt-21967

HINTERGRUND

DIE MACHTÜBERNAHME IN DEN BEZIRKEN

Am **11. März 1938** demonstrierten die Nationalsozialisten in den Bezirksstädten und in vielen Gemeinden gegen die Volksbefragung. 120 Nazis zogen aus dem Ötztal, aus Haiming, Silz, Stams und Rietz mit einer Hakenkreuzfahne gegen Telfs. Dort plärrten 170 Gesinnungsgenossen das Lied „Es zittern die morschen Knochen“. In Kramsach versammelten sich 800 Nationalsozialisten, 600 brachen von Mayrhofen „Sieg Heil“ brüllend auf. Die Exekutive griff selten ein, in Seefeld hisste der Posten bereits am Morgen die Hakenkreuzflagge. In Reutte war der Bezirkshauptmann bereit, auch mit Waffengewalt vorzugehen. Der Gendarmeriekommandant hielt aber ein Eingreifen für nutzlos, die Massen beeindruckten ihn. Als sich am Abend die Kapitulation der Regierung abzeichnete, übernahmen die örtlichen Nationalsozialisten auf Anordnung von oben die Kontrolle über die Gendarmerie. Innerhalb kurzer Zeit taten die Posten gemeinsam mit SA und SS Dienst.

Auch am Land war die Begeisterung groß, doch nicht wenige warteten ab und in manchen Ortschaften wie in Neustift blieb es völlig ruhig. Die Einschätzung des Postens von Kaltenbach ist für Tirol durchaus repräsentativ: „Die bisher staats-treue Bevölkerung hat in der kritischen Zeit der Machtübernahme bewiesen, daß sie die jeweilige Obrigkeit anerkennt.“

zug der NS-Formationen geplant. Er sollte die Absage der Volksbefragung erzwingen. Als das Radio um 19 Uhr 47 den Rückzug des Bundeskanzlers meldete, verließ der Landeshauptmann das Alte Landhaus. Der Jubel kannte kein Ende und die eigentliche Machtübernahme begann. Gauleiter Christoph schlug sich zum Landhaus durch, doch als er dort gegen 21 Uhr ankam, war es bereits besetzt. Der Führer der 8. SS-Standarte Erwin Fleiss hatte die Machtübernahme auf eigene Faust durchgeführt und eine Hakenkreuzfahne von einer Dachlücke aus entrollt. Zwei Stunden später schloss Christoph seine Antrittsrede als neuer Landeshauptmann mit den Worten: „Wir sind stolz und glücklich darüber, unserem geliebten Führer unser Heimatland Tirol als die schönste Perle, den Garten Deutschlands, zu Füßen legen zu können.“ Schon am nächsten Tag trat das „Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ in Kraft. Dies war das Ende Österreichs als eigenständiger Staat.

KAMPFLOSE ÜBERGABE

Am 12. März 1938 um 5 Uhr besetzten deutsche Truppen die Grenzübergänge bei Scharnitz und Kufstein, wo sie um 9 Uhr einrückten. Eine Vorhut erreichte Innsbruck um 11 Uhr. Überall zog sich das Bundesheer kampflos zurück. So wie in Seefeld war es vielerorts, als die deutschen Soldaten auftauchten. „Die Leute liefen ihnen mit Hakenkreuzfähnchen entgegen und gebärdeten sich wie verrückt“, erinnert sich eine Zeitzeugin.

Die Jubelstürme waren keineswegs nur Propaganda, wie ein vier Minuten langer Film vom Einmarsch in Seefeld beweist. Der Schulleiter von Kematen war begeistert von den Marschkolonnen, Fahrzeugen und Flugzeugen. Ihm bot sich ein „Bild der Kraft u. Ordnung! Mehrere Tage wurde im Ort fast nichts gearbeitet, zu gewaltig waren die Eindrücke, zu rasch ging alles vor sich.“ Der Pfarrer hingegen sah im Nationalsozialismus einen „Wildstrom“ mit „schmutzigbraunen Flu-



© Stadtarhiv Innsbruck, Pt-1178

ten“, ihn stießen die Nazis im Ort, die „außer Rand u. Band“ waren, übel auf.

Der Eintrag in die Schulchronik von Telfs offenbart die Stimmung des Triumphes: „In der heiligen Nacht der Deutschen v. 11. auf 12. März hat Adolf Hitler vielhundertjähriges Sehnen der Deutschen erfüllt. Das Großdeutsche Reich ist Wirklichkeit geworden.“ Menschen wie der Mineur Wilhelm Zauner aus Pians bildeten die Ausnahme. Er zeigte offen seine Ablehnung und beschimpfte die deutschen „Befreier“. Die SS verhaftete ihn auf der Stelle.

Überall herrschte Begeisterung. Anlässlich der Anschluss-Feiern in der Michael-Gaismair-Hauptschule in Innsbruck fragte die Turnlehrerin: „Kinder, soll ich euch was von unserem Führer erzählen?“ Alle haben „Ja“ gerufen. Ich weiß noch, ich bin in der letzten Reihe gestanden und hab‘ dann bitterlich geweint.“ So erinnerte sich Inge Brüll, deren Vater Jude war, an den Tag, der ihr Leben dramatisch veränderte.

FIN

“

„In der heiligen Nacht der Deutschen v. 11. auf 12. März hat Adolf Hitler vielhundertjähriges Sehnen der Deutschen erfüllt. Das Großdeutsche Reich ist Wirklichkeit geworden.“

EINTRAG IN DER
SCHULCHRONIK
VON TELFS

DIE MACHTÜBERNAHME

„Es war ein Herzenserlebnis“, so eine Zeitzeugin, noch im hohen Alter tief ergriffen, Hitler in Innsbruck nahegekommen zu sein. Er erschien ihr als Lichtgestalt und Heilsbringer.

ZEITBILDER

1. Mai-Feier 1938 vor dem Innsbrucker Landestheater mit Hakenkreuz-Maibaum
2. Innsbrucker Hauptbahnhof, mit Hakenkreuzfahnen, April 1938
3. SA-Abteilung am Innufer in Innsbruck, 5.4.1938
4. Demonstration von Nationalsozialisten in der Innsbrucker Maria-Theresien-Straße am 11. März 1938
5. Adolf Hitler am Balkon des Hotel Tirol in Innsbruck am 10. April 1938

HINTERGRUND

ÖSTERREICHS LETZTE STUNDEN

Am **11. März 1938 um 10 Uhr** erreichte Kanzler Schuschnigg die Forderung Hitlers, die Volksbefragung abzusagen. An einigen Grenzen standen seit den frühen Morgenstunden deutsche Truppen. Schon am Nachmittag zeichnete sich die Auflösung der Bundesregierung ab. Um **14.30 Uhr** informierte Kanzler Schuschnigg den Bundespräsidenten über die Absage der Volksbefragung. Der deutsche Reichspräsident Hermann Göring verlangte telefonisch die Ernennung von Seyß-Inquart zum Bundeskanzler. Um **15.30 Uhr** war Schuschnigg bereit zurückzutreten, doch der österreichische Bundespräsident Wilhelm Miklas lehnte ab. Berlin stellte daraufhin ein Ultimatum und drohte mit dem Einmarsch der Wehrmacht. Um **18 Uhr** meldete das Radio die Absage der Volksbefragung. Ein letzter Versuch von Präsident Miklas, ein „Widerstandskabinett“ zu bilden, scheiterte. Um **19.47 Uhr** verkündete Kurt Schuschnigg seinen Rücktritt: Die Regierung weiche der Gewalt und verzichte auf jeglichen Widerstand, um „kein deutsches Blut zu vergießen“. Schuschnigg verabschiedete sich „mit einem deutschen Wort und einem Herzenswunsch: Gott schütze Österreich!“ Gegen **20.45 Uhr** befahl Hitler den Einmarsch der Wehrmacht bei Tagesanbruch. Um **23.14 Uhr** verlautbarte das Radio die Ernennung des Nationalsozialisten Seyß-Inquart zum neuen Kanzler.

DIE OPFER



Innsbruck, 1938.

© Stadtarhiv Innsbruck, Ph-31.204



Jüdische Geschäfte, Innsbruck, 1938.

© Stadtarhiv Innsbruck, 22-II-082a-II1901



Aufmarsch zum Besuch

HARTES VORGEHEN GEGEN ABWEICHLER

Siegestrunken wälzten sich die Massen durch die Maria-Theresien-Straße, kaum dass gegen 21 Uhr die Hakenkreuzfahne am Landhaus wehte. Doch während sich die Nationalsozialisten die Lungen aus dem Leib schrien, saßen ihre Gegner und die Anhänger des gestürzten Regimes deprimiert und angsterfüllt in ihren Wohnungen. Schlimmer noch. Die meisten Exekutivbeamten waren auf die Seite ihrer ehemaligen Feinde gewechselt und nahmen gemeinsam mit der SS und SA viele hunderte Menschen in Schutzhaft, in Innsbruck ebenso wie in Bezirksstädten, Dörfern und Weilern. Die neuen Herren im Land demonstrierten ihre Macht, sie gingen gegen all jene vor, die sie eines Widerstandsgeistes verdächtigten.

Wer waren die willkürlich Festgenommenen? In erster Linie die konservative Führungsschicht des ohne Gegenwehr untergegangenen „Ständestaates“, Funktionäre der Heimwehr, der Frontmiliz und der Einheitspartei Vaterländische Front, die bekannt antinationalsozialistisch Gesinnten, Parteiverräter und Spitzel. Mit ihrem harten Vorgehen signalisierte das neue Regime: Jegliches Aufbegehren ist zwecklos, seht her, was

”

Mit ihrem harten Vorgehen signalisierte das neue Regime: Jegliches Aufbegehren ist zwecklos, seht her, was geschieht, wenn ihr euch nicht anpasst. Wer sich vor 1938 gegen die NSDAP engagiert hatte, bekam nun ihre Rachsucht zu spüren.“

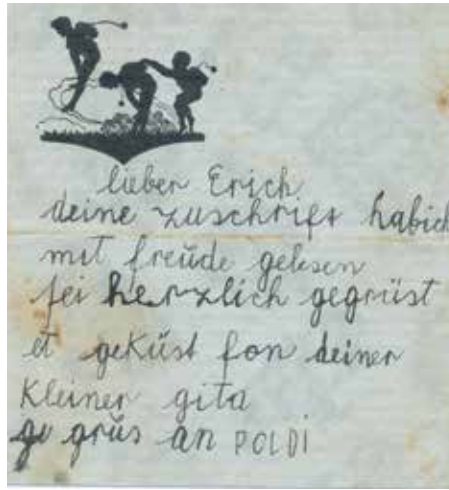
geschieht, wenn ihr euch nicht anpasst. Wer sich vor 1938 gegen die NSDAP engagiert hatte, bekam nun ihre Rachsucht zu spüren. Auch persönliche Motive waren ausschlaggebend. Der Direktor des Akademischen Gymnasiums hatte den Sohn des Leiters des Sicherheitsdienstes der SS der Schule verwiesen und Gauleiter Franz Hofer als Schüler durchfallen lassen. Die Nationalsozialisten steckten ihn ins Landesgerichtliche Gefängnis, dann ins KZ Dachau. Einen Lehrer aus Zirl verhafteten die Dorf Nazis, weil er einst verkündet hatte, sich zu schämen, in dieselbe Schule wie Hitler gegangen zu sein.

Die Massenverhaftungen der ersten Stunden, Tage und Wochen hatten anarchische Züge. Einfache Volksgenossen streiften sich eine Armbinde über und nahmen Menschen auf eigene Faust fest, die Gründe waren nicht immer politischer Natur. Die Phase der wilden Verhaftungen wich rasch einem systematischen Terror. Bereits in der Nacht des Anschlusses waren mancherorts schwarze Listen im Umlauf, so auch in Landeck. Der Gendarmerieposten betonte, der Regimewechsel sei „wohl ohne Blutvergießen“ verlaufen, „nicht aber ohne seelische Leiden“.

2021. WISO # III
TIROL 1930 | DER ANSCHLUSS



Adolf Hitlers, Innsbruck 5./6. April 1938.



Letzte Nachricht von Gitta Turteltaub (s. S. 65).

**WER WAREN
DIE NAZIS?**

Bis 1931 war die NSDAP in Tirol eine radikale, aber unbedeutende Partei, die heillos zerstritten und nur in Innsbruck und Kufstein verankert war. Die Weltwirtschaftskrise und die Machtergreifung Hitlers in Deutschland 1933 befeuerten den Aufstieg der Partei. Viele ihrer Ortsgruppenleiter waren öffentlich Bedienstete und Privatangestellte, Kaufleute, Händler und Handwerker, Ärzte, Rechtsanwälte, Angehörige der Universität und der völkischen Studentenverbindungen. Das deutschnationale Bürgertum und ihre Partei, die Großdeutschen, liefen fast geschlossen zur NSDAP über, besonders Gastwirte und Hoteliers wie Emanuel Turri und Ernst Reich. Die beiden waren Bürgermeister in Reutte und Kitzbühel, ihr Wechsel 1933 zu den Nazis erregte großes Aufsehen. Im industriell unterentwickelten Tirol stärkten nach dem Verbot der Sozialdemokratie 1934 viele junge Arbeiter die Reihen der Nationalsozialisten, einer Partei der Männer und der Jugend. 1932/33 waren mehr als die Hälfte der Mitglieder der Tiroler NSDAP und knapp drei Viertel der Innsbrucker SA höchstens 30 Jahre alt. Nach dem Anschluss 1938 waren die führenden Persönlichkeiten der Gauleitung und die Kreisleiter durchwegs 30-Jährige.

Ein Gendarm aus Volders hielt den Schlägen und Demütigungen nicht stand. Monate nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus und der anschließenden Entlassung aus dem Dienst setzte er seinem Leben ein Ende.

Die Linke stand zunächst nicht im Mittelpunkt der Verhaftungswelle, sie war schon arg geschwächt, wurde sie doch seit 1934 verfolgt. Auch die jüdische Bevölkerung war noch nicht im Zentrum der Massenfestnahmen. Allerdings: Bereits unmittelbar nach dem Anschluss setzten antijüdische Maßnahmen ein, um Jüdinnen und Juden aus dem öffentlichen Leben auszuschließen, ihnen die Existenzgrundlage zu entziehen und sie zur Auswanderung zu zwingen. Innerhalb weniger Tage waren unter diesen Umständen rund ein Dutzend Selbstmorde zu beklagen.

In einigen Orten flammte die öffentliche Gewaltbereitschaft noch Wochen nach der NS-Machtübernahme auf. In Imst trieben Nationalsozialisten einige Exekutivbeamte durch die Stadt. Die Menge und ihre Anführer schmähten und schlugen die Opfer, schließlich führten sie sogar Scheinerschießungen durch. Höhnisches Gelächter war die Antwort auf die Todesangst der Eingeschücherteten.

Der staatlich gelenkte Terror setzte schon in den frühen Morgenstunden des 12. März 1938 ein, als Reichsführer-SS Heinrich Himmler und der Chef der Sicherheitspolizei Reinhard Heydrich in Wien eintrafen, um österreichweit die Festnahmen zu koordinieren. Gestapo, SS und Polizei erhielten die Genehmigung, „zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung“ auch außerhalb gesetzlicher Bestimmungen und ohne richterliche Verfügung vorzugehen. Die überwiegende Mehrheit der Verhafteten kam nach kurzer Zeit wieder frei, die meisten hatten ihre Lektion gelernt. Doch 63 Menschen deportierten die Tiroler Nationalsozialisten Ende Mai und Juni 1938 ins KZ Dachau, mehr als ein Drittel waren Polizei- und Gendarmenbeamte, unter ihnen der Sicherheits- und auch der Gefängnisdirektor von Innsbruck. Der Kommandant der Städtischen Polizei Gustav Walter beschimpfte die Häftlinge zum Abschied am Bahnhof als „schwarze Schweine“. Von Frauen bespuckt und von SS-Posten mit Gewehrkolben in die Waggons gestoßen, setzte sich der Zug Richtung Konzentrationslager in Bewegung. Für viele wurde es eine Fahrt ohne Wiederkehr. *Horst Schreiber*

„KOMM HER DU SAUJUD!“

Antisemitismus festigte die NS-Volksgemeinschaft, die Judenverfolgung förderte die Zustimmung zur Diktatur. Der Judenhass beherrschte das Stadtbild, die Beraubung der Juden fand öffentlich statt. Die Überfälle und Tötungen in der Pogromnacht 1938 waren das Signal zu ihrer Vertreibung und Vorbote des Völkermordes.

HORST SCHREIBER 



Die NS-Behörden forderten Richard Quandest auf, sich von seiner Ehefrau scheiden zu lassen, sie war Jüdin. „*Meine Frau hatte Ausgehverbot nach 8 Uhr abends. Verbot des Besuches von Kino, Theater, Konzerte sowie von Bädern und Parkanlagen. Wir litten schwer unter diesen ständigen Verfolgungen,*“ erzählte Quandest. Seine Frau Olga kam schließlich im Lager Auschwitz zu Tode.

BILD OBEN: BESCHMIERTE AUSLAGE DES SCHMUCKGESCHÄFTES JOSEF FUCHS, INNSBRUCK.

Ab dem ersten Tag ihrer Machtübernahme setzten die Nationalsozialisten Maßnahmen, um die jüdische Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben zu bannen, ihnen die Existenzgrundlage zu entziehen und sie zur Auswanderung zu zwingen. In atemberaubendem Tempo folgte eine jüdenfeindliche Verordnung der anderen. Binnen Tagen, Wochen und Monaten trat in Österreich in Kraft, wofür Deutschland Jahre benötigt hatte: „Entfernung“ der Jüdinnen und Juden aus Sportvereinen, Schulen, Bibliotheken, aus dem öffentlichen Dienst und den freien Berufen, Entzug der Bürgerrechte, Verbot zu bestimmten Zeiten die Wohnung zu verlassen und jemanden zu heiraten, der nicht jüdisch war; Gebot, die Reisepässe abzugeben, eine „Judenkennkarte“ bei sich zu führen und den Zusatz-Vornamen „Israel“ oder „Sara“ in den Identitätsausweis einzutragen.

„*Komm her du Saujud*“, rief der neue Lehrer den neunjährigen Erich Weinreb (Foto S. 63) in der Volksschule Pradl auf und ohrfeigte ihn derart heftig, dass er umfiel. Er musste von der Schule abgehen. „*Endlich beginnt sich das Judenpack zu verziehen*“, notierte ein Sachbearbeiter des Innsbrucker Stadtmagistrats in einen Akt. Deprimiert hielt Ernst Schwarz im März 1938 in seinem

”

Die Hunde schauen mich auf der Straße genau so an wie früher. Nur den Menschen blieb es vorbehalten, sich darin zu ändern. Gestern, da grüßten sie mich, heute schauen sie weg oder tun, als würde man sie nie gekannt haben, heute bin ich der Jude.“

ERNST SCHWARZ IN SEINEM TAGEBUCH, 1938



SA-MÄNNER BEIM BESCHMIEREN JÜDISCHER GESCHÄFTE, INNSBRUCK 1938.

© Stadtarchiv Innsbruck

Tagebuch fest: „Die Hunde schauen mich auf der Straße genau so an wie früher. Nur den Menschen blieb es vorbehalten, sich darin zu ändern.“ Nie in seinem Leben habe er so viele elende Charaktere erlebt: „Gestern, da grüßten sie mich, heute schauen sie weg oder tun, als würde man sie nie gekannt haben, heute bin ich der Jude“.

GEÄCHTET UND ISOLIERT

Von einem Tag auf den anderen war die jüdische Bevölkerung geächtet und sozial isoliert. Wer den gesellschaftlichen Ausschluss und die Auslöschung der beruflichen Existenz nicht aushielt, trug sich mit dem Gedanken, seinem Leben ein Ende zu setzen. Nicht immer gelang es dem Rabbiner, Hoffnung auf ein neues Leben in Palästina zu geben. Die Zahl der Selbstmorde schoss in die Höhe. Rosa Goldenberg verabschiedete sich beim Frühstück von Mann und Kind mit den Worten, noch schnell Brot holen zu gehen, dann sprang sie in der Innsbrucker Andreas-Hofer-Straße aus dem Fenster ihrer Wohnung. Rudolf Sinninger und seine Cousine Mathilde Mondl lebten in Telfs, beide waren katholisch, doch ihnen erging es wie vielen anderen Tirolerinnen und Tirolern: Das NS-Regime machte sie zu Juden. 1934 hatten sich im Land 365 Menschen zur jüdischen Religion bekannt. Vier



© Abraham Gafni

„SAUJUD“: ERICH WEINREB VOR SEINER FLUCHT, 1938.



© Abraham Gafni

HANS U. WALTER TURTELTAUB, ERMORDET IN AUSCHWITZ.

Jahre später waren es, unfreiwillig, mehr als doppelt so viele, insgesamt 761 Personen. Die Nürnberger Rassengesetze definierten sie als „Voll- oder Halbjuden“. Da half es nichts, wenn sie schon längst ein anderes Religionsbekenntnis hatten oder konfessionslos waren. Als Sinninger in der Nacht des Anschlusses verhaftet werden sollte, fielen in seinem Haus Schüsse. Im Totenschaubefund für Mondl und ihren Cousin stellte der Gemeindearzt fest: „Selbstmord durch Kopfschuß im Zustande hochgradiger nervöser Erregung.“

Das zentrale politische Instrument zur Herstellung der NS-Volksgemeinschaft war die Judenverfolgung: Die Umsetzung einer Ideologie, die behauptete, dass Menschen radikal ungleich waren. Nationalsozialistische Politik war von Anfang an ein Antisemitismus der Tat, der die Zustimmung zur NS-Herrschaft förderte. Der rassistische Kurs der Nazis war mehrheitsfähig: Gewalt stiftete Gemeinschaft.

Am Karfreitag 1938 marschierten in Innsbruck SA-Männer auf und postierten sich vor Geschäften. „Wer beim Juden kauft, ist ein Volksverräter!“ und „Nur ein Arierschwein kauft beim Juden ein!“, schrien sie im Chor. Dann schmierten sie die Inschrift „Jude“ mit einem nicht abwaschbaren Ätzkalk auf die Schaufenster. Sie wollten die jüdischen Besitzer demütigen und in den Konkurs treiben. Vor allem aber wollten sie,



© Stadtarchiv Innsbruck



BESCHMIERTE GESCHÄFTE: SCHUHAUS HACKER, KLEIDERHAUS „ZUM MATROSEN“, STIASSNY & SCHLESINGER, INNSBRUCK, 1938.

AUSLÖSCHUNG: EDMUND, WALTER UND GERTRAUD TURELTAUB, ERMORDET IN AUSCHWITZ.

dass alle dies sahen. Wer durch Innsbruck schlenderte, seine Besorgungen machte, seinem Beruf nachging oder sich auf der Straße unterhielt, stieß ständig auf Aufforderungen zum Judenhass. Es gab die aktiven Täter und den Vollzugsbeamten am Schreibtisch. Es gab die Beteiligten, die sich am Leid der anderen erfreuten, und die Neugierigen, die bloß zuschauten. Mit ihrem passiven Verhalten willigten sie in die Gewalt ein und machten dadurch nationalsozialistische Macht ausübung erst möglich.

Die Enteignung jüdischen Besitzes ging öffentlich und dennoch völlig reibungslos vor sich, ohne Unmutsäußerungen aus der Bevölkerung. Dies bestärkte die Nationalsozialisten in ihrem Tun. SA, SS, Gestapo und Hitlerjugend beschlagnahmten auf eigene Faust Autos, Schmuck, Bargeld, Radios, Wohnungs- und Geschäftseinrichtungen. Sie gierten nach Grundstücken und Häusern. Verhaftungen, Schläge und Drohungen machten die jüdischen Eigentümer gefügig, ihren Besitz zu vorgegebenen Bedingungen billig zu verkaufen. Kleine und hohe Parteifunktionäre bis zum Gauleiter, Industrielle, Gewerbetreibende, Händler, Kaufleute, Universitätsangehörige, Rechtsanwälte, Notare, das Landesmuseum, einfache „Volksgenossen“ und nicht zuletzt der NS-Staat selbst, lieferten sich einen Bereicherungs-Wettlauf. Die „Entjudung“ der Wirtschaft offenbart das Tiroler NS-Regime nicht nur als barbarisches, sondern auch als durch und durch

korruptes politisches System.

Gauleiter Franz Hofer schnappte sich die Villa von Hugo Schindler am Rennweg 10, die SS jene von Karl Bauer in der Gänsbacherstraße 4. Nur wer Seilschaften und Verbindungen hatte, gelangte an die Futtertröge. Die an einer Hand abzählbaren jüdischen Großunternehmen gingen in deutschen Besitz über, privat und staatlich: das Kaufhaus Bauer & Schwarz in Innsbruck, die Jenbacher Werke, das Metallwerk Plansee in Reutte, die Zellulosefabrik in Wörgl und die teils in jüdischem Besitz stehende Continentale mit Karbidwerken in Landeck und Matrei am Brenner.

DER POGROM IM JAHR 1938

„Auch wir in Tirol haben noch allerhand Juden, und wir Tiroler lassen uns bekanntlich allerhand gefallen, ehe wir richtig zuschlagen,“ prophezeite der Journalist Ernst Kainrath in der Neuesten Zeitung. Um ein Uhr in der Früh des 10. November 1938 erteilte Gauleiter Franz Hofer den Befehl, die gesamte jüdische Bevölkerung von Innsbruck zu überfallen. Er bestimmte auch, wer zu töten war. Gruppen von Männern der SS und SA brachen in 36 Wohnungen und zwei Geschäften ein, verwüsteten sie und verprügelten die Menschen. Sie ermordeten Richard Berger, Richard



ARISIERUNG: IN ZEITUNGEN ÖFFENTLICH KUNDGEMACHT.



© Archiv Matthias Breit, Absam

© Vera Graubart

ERMORDET: POGROMOPFER
RICHARD GRAUBART MIT TOCHTER VERA.

Name, Vorname	Art	Geb.-Z.	Geb.-Ort
Weizler Alois	3y	23.12.22	Karburg a. Traun
Pichler Gabriel		17.5.00	Kraain
Kummler Hansfried		25.12.15	Bogen
Gstner-Bradovatsch		19.11.10	Innsbruck
Lechner Alois		2.1.93	Innsbruck
Korazza Ferde		7.12.97	Reinhausen/Inn
Verdross Josef		3.2.23	Innsbruck
Exenberger Eberhard		17.7.14	Sturach
Burtnor Josef		15.9.94	Bircha
Tovak Guido		6.5.17	Wien
Reithl Georg		13.3.95	Innsbruck
Schelling Georg		26.9.01	Buch b. Bogen
Lappi Bruno		12.12.94	Kufstein
Kothbauer Alfons		31.10.14	Kohlmünz/Inn
Legler Josef		18.3.24	Landeck/Inn

VERWALTUNG DES TODES:
ZUGANGSBUCH DES KZ DACHAU.

Graubart und Wilhelm Bauer. Josef Adler blieb gelähmt zurück, er starb zwei Monate später. Der Sicherheitsdienst der SS stellte fest: „Falls Juden bei dieser Aktion keinen Schaden erlitten haben, dürfte dies darauf zurückzuführen sein, daß sie übersehen wurden.“

Dieser November-Pogrom fand an vielen Orten des Deutschen Reiches statt. Nach der Mordnacht kamen die Nazis ihrem Ziel näher, alle Jüdinnen und Juden Tirols zu vertreiben und deren Besitz zu stehlen: zum Vorteil ihrer Günstlinge und des Staates. Fanny Krieser wusste, nun hieß es nichts wie weg, so schmerzvoll dies auch war. Doch wie und wohin? Sie schrieb ihrer Tochter Erna nach Italien: „Du wirst daher ‚liebster Ernerl‘ gut verstehen können, wo einem alles untersagt ist, daß jeder trachtet, wenn irgendwie möglich, das Weite zu suchen. Leider ist jedoch die Einreise, sei es nach England, nach Frankreich oder nach Amerika, nur sehr schwer zu erlangen, außer es hat jemand gute Verbindungen.“ Wer das Glück hatte, ein Aufnahmeland zu finden, harrte einer unbestimmten Zukunft, vielen war der soziale Abstieg gewiss. Ernst Schwarz wusste, wie er empfangen werden würde, als Flüchtling in einem fremden Land, wie tausende und abertausende auch: „Mißtrauisch und abgeneigt gegen Einwanderer, in denen man nur Schmarotzer sieht“. Sein Bruder Richard war froh, die Flucht geschafft zu haben. Doch in England

© Stadtarhiv Innsbruck



JUDEN UNERWÜNSCHT:
DER WEG IN DEN GENOZID.

musste er bitter erfahren, was er alles verloren hatte. Er war mittellos, unfähig, seine Familie zu ernähren. „Wer noch nicht aus seiner Heimat als Bettler schuldlos verstossen wurde, kann das doch nie und nimmer erfassen, auf mich 52-jährigen Menschen und Kriegsinvaliden hat hier Niemand gewartet.“ Sein Empfinden zum Zeitpunkt der Flucht aus Tirol erinnerte Erwin Schnurmann so: „Ich habe mich gefühlt, wie bei der Vertreibung aus dem Paradies“. FIN

VERTREIBUNG

WOHIN MIT DENEN, DIE FLÜCHTEN?

Die Tiroler Bevölkerung erfuhr aus der Zeitung, dass das Deutsche Reich bis 1942 alle Jüdinnen und Juden vertreiben wollte. „Das Boot ist voll“, hieß es in der Schweiz, die viele jüdische Flüchtlinge an den Grenzen zurückwies. Um sie schneller erkennen zu können, stempelten die NS-Behörden auf Vorschlag der Schweizer Regierung das Wort „Jude“ in die Pässe. Die Aufnahmequoten zu erhöhen, war das Ziel der Flüchtlingskonferenz im französischen Évian im Juli 1938. Sie scheiterte an der Bereitschaft der 32 teilnehmenden Staaten, Mittellose, Alte und beruflich falsch Qualifizierte ins Land zu lassen. Großbritannien wehrte sich dagegen, Einwanderungsland zu sein. „Schon einer ist zuviel“, argumentierte Kanadas Ministerpräsident. Australien akzeptierte nur englische Immigranten und keine Juden: „Da wir keine Rassenprobleme haben, wollen wir diese nicht durch eine starke Einwanderung importieren.“ Niemand will sie, schrieb die Nazipresse höhnisch. Immerhin nahm England 10.000 jüdische Kinder auf, die USA erhöhten die Einwanderungsquoten leicht. „Gibt es gar keine Hilfe für uns?“, schrieb die von Innsbruck nach Wien vertriebene Amalie Turteltaub an ihren Enkel nach Palästina. 1942 wurde sie mit ihrem Mann und der kleinen Gitta in Riga ermordet.

TIROLS LITERARISCHER WIDERSTAND

Es ist einer der seltenen Widerstandsversuche, den die Zeitschrift „Der Sumpf“ 1932 wagte, bis sie bereits 1933 nicht mehr erscheinen durfte. Denn mit Klarheit, Ironie und erstaunlicher Weitsicht wurde hier Spott mit Adolf Hitler getrieben.

ANTON UNTERKIRCHNER 

*Fort die Freiheit, dieses Steckenpferdchen
für den knechtisch rassellosen Mann!
Deine Lippe ziert ein Bonapärtchen
Und du stierst uns à la Duce an – alala!*

*Auszug aus dem Gedicht „Hitler“
von Paul Pasquill, 1932*

Wer verbirgt sich hinter dem Pseudonym Paul Pasquill und was hat die Zeitschrift „Der Sumpf“, in der dieses Hitler-Gedicht erschienen ist, mit Tirol zu tun? Mit Klarheit, erstaunlicher Weitsicht und starker Ironie verspottet es Hitler, der tatsächlich ein gutes halbes Jahr später das „Dritte Reich“ begründen sollte. Das Gedicht, das im Volltext rechts zu finden ist, spricht im Grunde für sich, doch dürften einige Anspielungen heute nicht mehr ganz leicht zu entschlüsseln sein: etwa auf Napoleon Bonaparte („Bonapärtchen“) und an Benito Mussolini („Duce“).

Für die Literatur im Tirol der 1930er Jahre ist ein solches Gedicht kaum vorstellbar, war diese doch immer noch geprägt vom

Schulterschluss von liberalen und konservativen Schriftstellern angesichts des Verlustes von Südtirol: Elegien und Verklärung von Fronterlebnissen mit Rückgriffen auf Andreas Hofer prägten diese Literatur samt der Hoffnung auf eine Wiedervereinigung. Gerade die Literaten aus Südtirol blickten, auch bedingt durch die Repressalien der Faschisten, hoffnungsvoll auf die Entwicklung in Deutschland. Die öffentliche Zustimmung zum Nationalsozialismus oder zumindest ein Rückzug ins Unpolitische war in der Literatur in Tirol die Regel. Es ist daher umso erfreulicher, dass hier von einem der seltenen Widerstandsversuche berichtet werden darf.

Die Zeitschrift „Der Sumpf“ erschien in nur vier Nummern 1932 in Berlin, eine fünfte satzfertige Doppelnummer 5/6 konnte im März 1933 nach massiven Gewaltandrohungen durch die SA nicht mehr erscheinen. Herausgeber war der Philosophiestudent und Kierkegaard-Übersetzer Wilhelm Kütemeyer (1904–1972), der 1931 nach Berlin übersiedelt und dort der kommunistischen Partei beigetreten war. Ihm zur Seite stand der mit ihm befreundete Werner von Trott (1902–1965), der seit Ende 1931 ebenfalls in Berlin lebte und Mitglied der KPD geworden

PAUL PASQUILL:
Hitler

Heil dir, Wecker schlafender Germanen,
eines ganzen Volkes Backfischschwarm!
Wie die alten Römer, unsere Ahnen,
grüßen wir dich mit erhabenem Arm — Heil!

Endlich hast du uns die braunen Hemden,
die wir lang entbehrt, gebracht, hurra!
Und wir stehn vor allen rassefremden
Völkerschaften nun als Deutsche da — Heil!

Endlich wieder dürfen wir zu vieren
gleichen Trottes durch die Straßen gehn,
dürfen wieder brüllen und marschieren,
stillgestanden voreinander stehn — Heil!

Fort die Freiheit, dieses Steckenpferdchen
für den knechtisch rassellosen Mann!
Deine Lippe ziert ein Bonapärtchen
und du stierst uns à la Duce an — alala!

Deine Wirkung geht ins Wunderbare:
wo nur einer deinen Namen sprach,
wachsen jedem plötzlich blonde Haare,
manchem wächst sogar die Vorhaut nach — Heil!

Ja, dein Name macht die Männer brennen
und die Frauen macht er schauernd fromm.
Laßt uns unsre Jungens Adolf nennen,
denn die Willis liegen an der Somme — hurra!

(Außer jenem, dem sie es verdanken
und der sich auf holländisch empfahl,
als vor ihm die vielen Toten stanken —
und auch hinter ihm roch's nach Spital — pfui!)

Welches Deutschland sollte nun erwachen,
jenes, das in Flandern schlafend liegt,
oder jenes, das beim Beutemachen
und beim Phrasendreschen kämpft und siegt? — Na?

Welches Juda sollte nun verrecken,
jenes, das uns Jesum Christ geschenkt,
oder jenes, traun, an das mit Schrecken
Rosenberg in seinem Mythos denkt? — waih!

Sind wir Christen oder Urgermanen?
Gehts nach Walhall, gehts zur ewigen Stadt?
Beides, Kinder, denn auf unsern Fahnen
steht ein Kreuz, mit dem 's nen Haken hat. — Heil!

Doch du duldest keine solchen Fragen,
alles Fragen schwächt die Disziplin.
Und ein Gürtel läßt sich um den Magen,
wenn's ein leerer ist, am strammsten ziehn — Heil!

Später wird dann die Geschichte melden:
dieses war das dritte Reich,
lauter Adolfs, lauter Heiden,
doch das vierte folgte dann sogleich — Heil!

war. Doch ohne die in Innsbruck seit 1910 erscheinende Zeitschrift „Der Brenner“, die von Ludwig von Ficker (1880–1967) herausgegeben wurde – heute noch bekannt, weil darin vor dem Krieg die Gedichte des bekannten österreichischen Dichters Georg Trakls erschienen sind –, wäre es zu diesem Berliner Zeitschriftenunternehmen nie gekommen.

Kütemeyer war 1926 mit Ficker in brieflichen Kontakt getreten, weil er sich für die im „Brenner“ und im Brenner-Verlag publizierten Kierkegaard-Übersetzungen von Theodor Haecker interessierte und gerne Mitarbeiter der Zeitschrift geworden wäre. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte Ficker längst entschieden, seine Zeitschrift zu einem christlich-katholischen Diskussionsforum auszubauen. Wegen ihren liberaleren Ansichten waren zu diesem Zeitpunkt bereits Mitarbeiter aus dem „Brenner“ ausgeschieden: Der bisherige Hauptmitarbeiter Carl Dallago (1869–1949), gebürtig aus Bozen, der im Jahre 1900 aus seinem bürgerlichen Leben als Kaufmann ausgestiegen war und seither als freier Schriftsteller am Gardasee und im Fleimstal lebte. 1926 hatte er im „Brenner“ Mussolini scharf angegriffen und war aus Angst vor politischer Verfolgung nach Nordtirol übersiedelt. Der in Innsbruck lebende Autor Friedrich Punt (1898–1969), der ab 1932 als Rechtsanwalt in Innsbruck wirkte und der mit ihm eng befreundete Josef Leitgeb (1897–1952), der damals Lehrer und Schulleiter in Unterberg war und der nach dem Krieg zum Stadtschulinspektor von Innsbruck aufstieg. Es ist Josef Leitgeb, der sich hinter dem Pseudonym Paul Pasquill verbirgt. Es ist ein sprechendes Pseudonym, denn ein Pasquill ist ein Spottgedicht! Leitgeb hatte im „Brenner“ frühe Gedichte und 1922 im Brenner-Verlag seinen ersten Gedichtband veröffentlicht.

Der Philosophieprofessor und spätere Naziideologe Alfred Baeumler, der seit 1923 mit Ficker in Briefkontakt stand und von Dallagos umfangreichstem Werk „Der große Unwissende“ begeistert war, versuchte daher für Dallago eine neue Zeitschrift zu gründen, die Kütemeyer herausgeben sollte. Neben Kierkegaard sollte vor allem Nietzsche darin bestimmend sein. Die Wende Baeumlers zum Nationalsozialismus, die in seinem 1931 erschienenen Nietzsche-Buch deutlich

zum Ausdruck kam, führte im Frühjahr 1931 zum Bruch mit Kütemeyer, der nun die Zeitschrift allein weiterplante.

Als Titel für die Zeitschrift schlug Dallago, um ihr von Anfang an eine größere Wirksamkeit zu sichern, „Der neue Brenner“ vor, aber um nicht ganz mit Ficker auf Konfrontation zu gehen, entschied sich Kütemeyer für „Der Sumpf“. Das erste Heft des „Sumpf“ erschien im Jänner 1932 in Berlin, und auf dem Titelblatt stand – wie auch in allen folgenden Nummern – folgendes Kierkegaard-Motto: *„Die Schwierigkeit, mit der ich zu kämpfen habe, gleicht der Schwierigkeit, ein aufgefahrenes Schiff wieder loszubringen, wenn der Grund ringsum so lockerer Boden ist, daß jeder eingetriebene Pfahl haltlos nachgibt.“*

Das faschistische Italien vor Augen sahen die „Sumpf“-Mitarbeiter in Deutschland ein ähnliches Regime aufkommen und Österreich ebenfalls davon bedroht. Der Untergang des christlichen Abendlandes, der sich für sie in der Katastrophe des Ersten Weltkriegs und im Faschismus und im heraufkommenden Nationalsozialismus manifestierte, war nach ihrer Ansicht wesentlich von den christlichen Kirchen mitverschuldet. Rettung erhofften sie sich vom Kommunismus und setzten ihre Hoffnungen auf „Das Russische Beispiel“, so der Titel eines Aufsatzes von Friedrich Punt, ohne zu übersehen, dass Stalin nicht der geeignete Führer der Bewegung war und das russische Modell wäre. Vielmehr glaubten sie, den sie umgebenden „Sumpf“ durch die Verbindung der Gedanken von Marx und Kierkegaard trockenlegen zu können.

Ein Versuch, der zum Scheitern verurteilt war, zumal die Zeitschrift von Anfang an mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Zu klein war der Kreis jener, die daran mitarbeiteten, und viel zu klein war jene Gruppe von Persönlichkeiten, die den „Sumpf“ wohlwollend unterstützten. Kütemeyer gelang es in Berlin nicht, ein größeres Netzwerk aufzubauen, auch nicht mit Hilfe der KPD. In dem schwarz dominierten Tirol hatte die Zeitschrift von vornherein kaum Chancen auf Absatz. Die wenigen Tiroler Abonnenten hatten zudem große Probleme,



DER SUMPF:
UMSCHLAG HEFT 1,
JÄNNER 1932.



DER SUMPF:
TITELBLATT HEFT 1,
JÄNNER 1932.

die Hefte überhaupt zugesandt zu bekommen und Geld – infolge der Devisenordnung durfte keine Mark nach Deutschland gesandt werden – nach Berlin zu überweisen.

„Der Sumpf“ hat sein Programm, außer im Kierkegaard-Motto, nirgends formuliert. Wie also jene Verbindung von Marx und Kierkegaard zu verstehen wäre, fasste Punt treffend nach der Lektüre von Kütemeyers Aufsatz „Der Einzelne und die Kirche“ zusammen: *„Ihren Aufsatz habe ich wieder, flüchtig, gelesen, diesmal ist mir viel mehr zum Bewusstsein gekommen, wie glücklich hier ein Parallelismus zwischen Kierkegaard, so unglaublich die Möglichkeit erscheinen mag, herausgearbeitet wurde und gezeigt wird, wie der Geist K. gegen die Verökonomisierung der Christenheit, (europäische Gesellschaft!) und Marx mit Ökonomie gegen den ‚Geist‘ dieser Welt mörderisch vorgeht; beide um das Bekämpfte zu vernichten für ein neues Leben.“*

Die „Sumpf“-Mitarbeiter, allen voran Dallago, bekämpften in der Zeitschrift den Nationalsozialismus als Irrweg und Krankheit der Deutschen: *„Es wäre jammerschade, wenn ‚Der Sumpf‘ nicht weiter gedruckt werden könnte. [...] Und doch wär es so sehr notwendig: denn Deutschland ist der Masse nach von einer bösen Seuche befallen: der Hitler Seuche. Mir scheint geradezu alles Germanische, alles Tiefe u. Frische, alles Geistige tot zu sein bei diesen gewalttätigen Lümmeln, die jetzt so widrigen blasphemischen Köder herumwerfen, um immer mehr die jungen Leute zu fangen: so brüllen sie jetzt: ‚Ehre sei Gott in der Höhe‘, ‚Heil Hitler!‘ auch im geknechteten Südtirol u. beheilen das Mussolinibild, das in ihren Stuben mit Hitler zusammen hängt.“*

Leitgeb begann eine Serie von Spottgedichten über die damaligen politischen Größen zu verfassen und schickte Kütemeyer das Spottgedicht auf Hitler: *„Es freut mich, daß Sie die Hymne an Hitler brauchen können und Sie das Gedicht noch vor Torschluß, ich meine den Tag, an dem der letzte Rest geistiger Freiheit aus Deutschland hinausgesperrt sein wird, an den Mann bringen konnten.“*

Ein Gedicht über den damaligen Reichspräsidenten Hindenburg zog Leitgeb sofort

wieder zurück, als dieser Hitler die Kanzlerschaft verwehrte.

Anfang 1933 mussten die „Sumpf“-Leute zur Kenntnis nehmen, was sie schon lange befürchtet und bekämpft hatten: die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland. Die vollständig gesetzte Doppelnummer 5/6 des „Sumpf“ konnte nicht mehr erscheinen. Punt kommentierte dieses Geschehen so: *„Aber ebenso wahr ist, dass alle Diktatoren zuerst und am grimmigsten gegen das Geistige anrennen, weil sie wissen oder spüren, dass dort ihr wirklicher und, das glauben sie freilich nicht, unbesiegbarer Feind steckt.“*

Im Oktober 1932 erschien zugleich mit dem letzten Heft des „Sumpf“ die 13. Folge des „Brenner“. Der bedeutendste Aufsatz darin, Haeckers „Betrachtungen über Vergil Vater des Abendlands“, vertritt Positionen, die von denen des „Sumpf“ nicht weit entfernt sind. Haecker beschäftigt sich mit dem Wesen der Arbeit und ist darin den marxistischen Überlegungen von Kütemeyer und Trott sehr nahe. Den größten Zündstoff enthält allerdings das Kapitel über das „Reich“, das in der These gipfelt: Wenn Luther verbrannt worden wäre, wäre das Imperium Romanum nicht untergegangen und den Deutschen das Hakenkreuz erspart geblieben.

Was ist nun aus dem beachtlichen Widerstandspotential des „Sumpf“ geworden? Wilhelm Kütemeyer verdankte seine Freilassung nach vier Wochen Gefängnis dem Leiter der Geheimen Staatspolizei, Rudolf Diels, der Abonnent des „Sumpf“ gewesen war und ihm riet, sich zurückzuziehen. Er begann noch 1933 mit dem Studium der Medizin in Freiburg und wurde 1939 Assistent Viktor von Weizsäckers in Heidelberg. Weiterhin hielt er engen Kontakt zu den Widerstandskreisen um die Brüder Werner, Adam und Heinrich von Trott. Seit dem Wintersemester 1955/56 übernahm Kütemeyer in Vertretung des erkrankten und 1957 verstorbenen von Weizsäcker dessen Vorlesung. Er geriet, auch wegen Aufdeckung der Euthanasie-Vergangenheit führender Heidelberger Ordinarien, in schwere Konflikte mit der medizinischen Fakultät.

Gleich nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland erschien bei Friedrich Punt



”

Aber ebenso wahr ist, dass alle Diktatoren zuerst und am grimmigsten gegen das Geistige anrennen, weil sie wissen oder spüren, dass dort ihr wirklicher und, das glauben sie freilich nicht, unbesiegbarer Feind steckt.“

*Sumpf-Mitarbeiter
Friedrich Punt, 1933*



© Brenner Archiv

FRIEDRICH PUNT, 1939, JOSEF LEITGEB, CA. 1930, CARL DALLAGO, CA. 1930 (V. LI.)

ein Gestapo-Beamter und beschuldigte ihn – fälschlicherweise – unter dem Pseudonym Paul Pasquill die Gedichte „NSDAP“ und „Hitler“ im „Sumpf“ verfasst zu haben und kündigte eine Untersuchung an, die dann allerdings stecken blieb. Der „eigentliche“ Pasquill Leitgeb wurde nie verdächtigt. In den Kriegsjahren schrieb Punt ununterbrochen an seinen Lyriksammlungen, in denen er seine Abscheu vor dem nationalsozialistischen Regime unverhohlen zum Ausdruck brachte. Eine Sammlung davon konnte 2001 publiziert werden. Am 25. April 1945 wurde Punt wegen seiner Kontakte zum Widerstand verhaftet, gefoltert und in das Lager in der Innsbrucker Reichenau gebracht. Am 30. April wurde Punt von einem SS-Angehörigen, der inzwischen in den Widerstand gewechselt war, vom Lager abgeholt – angeblich zur bereits angeordneten Hinrichtung – in Wirklichkeit aber in ein Versteck gebracht, wo er das baldige Kriegsende abwartete.

Josef Leitgeb hatte in den 1930er-Jahren mehrere Bücher veröffentlicht und es war ihm offensichtlich von großer Wichtigkeit, auch nach dem Anschluss weiter publizieren zu können. Daher vermied er jede weitere

Konfrontation mit dem Regime. Widerständigkeit fehlt aber seinen Werken durchaus nicht. Schon seine Sonette im „Sumpf“ waren im Grunde weit stärker als seine Spottgedichte. In seinem 1936 erschienenen Roman „Christian und Brigitte“ ist Widerständigkeit omnipräsent, sowohl in der schonungslosen Darstellung der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg in einem Tiroler Bergdorf, als auch in der Erzählstrategie, die die gängigen Muster des damals florierenden historischen Romans und der Heimatkunst mehrfach unterläuft.

Da Carl Dallago aus seiner Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus nie einen Hehl machte, lebte die Familie in steter Angst vor einer Hausdurchsuchung, sodass er seine Manuskripte zeitweilig im Gemüsegarten vergrub. Zu einer tatsächlichen Verfolgung ist es nicht gekommen. Werner von Trott war, wie auch seine Brüder, weiterhin aktiv im Widerstand tätig. Adam von Trott wurde am 26.8.1944 wegen seiner Mitbeteiligung am Juli-Attentat gegen Hitler hingerichtet. „Der Brenner“ wurde 1940 von der Reichsschrifttumskammer als „schädliches und unerwünschtes Schrifttum“ verboten.

FIN

VERWEISE

¹ Vgl. Anton Unterkircher: Briefe um die Berliner Widerstandszeitschrift „Der Sumpf“ (1932). In: Briefe in politischer Kommunikation vom Alten Orient bis ins 20. Jahrhundert. Hg. Christina Antenhofer, Mario Müller: Göttingen 2008, 249–274; derselbe: Ich hab gar nichts erreicht. Carl Dallago 1869–1949. Innsbruck 2013, 282–298.

² Paul Pasquill: Hitler. In: Der Sumpf, H. 3, Juni 1932, 133; vgl. Paul Pasquill: NSDAP. In: Der Sumpf, H. 4, Oktober 1932, 201f.

³ Die Forschungsstelle „Österreichische Literatur im Nationalsozialismus“ an der Universität Graz bereitet einen Band „Tirol-Vorarlberg“ vor:

⁴ Josef Leitgeb: Gedichte. Innsbruck 1922.

⁵ Carl Dallago: Der große Unwissende. Innsbruck 1924.

⁶ Alfred Bäumler: Nietzsche der Philosoph und Politiker. Leipzig 1931.

⁷ Vgl. Dallago an Küttemeyer, 20.10.1932; dieser Brief und alle im Folgenden angeführten Briefe befinden sich im Nachlass von Wilhelm Küttemeyer im Brenner-Archiv. Dort liegen auch die Nachlässe von Carl Dallago, Ludwig von Ficker, Josef Leitgeb, Friedrich Punt und Heinrich von Trott).

⁸ Friedrich Punt: Das russische Beispiel. In: der Sumpf, H. 2, April 1932, 109–125

⁹ Wilhelm Küttemeyer: Der Einzelne und die Kirche. In: Der Sumpf, H. 1, Jänner 1932, 3–20.

¹⁰ Punt an Küttemeyer, 28.1.1932.

¹¹ Dallago an Küttemeyer, 16.2.1932.

¹² Leitgeb an Küttemeyer, 29.6.1932.

¹³ Leitgeb an Küttemeyer, 30.8.1932.

¹⁴ Punt an Küttemeyer, 17.3.1933.

¹⁵ Theodor Haecker: Betrachtungen über Vergil Vater des Abendlands. In: Der Brenner, 13. Folge, 1932, 3–3,1 hier bes. 28–30.

¹⁶ Friedrich Punt: Zuflucht im Wortgehäuse. Innsbruck 2001.

¹⁷ Josef Leitgeb: Aus einem Tagebuch. In: Der Sumpf, H. 2, April 1932, 77–84.

¹⁸ Josef Leitgeb: Christian und Brigitte. Roman. Berlin 1936 Neuauf. 2005).



TIROL UND DER WEG IN DIE DIKTATUR

Tirol war zwischen 1918 und 1933 ein demokratisches Land, Teil einer demokratischen Republik – bis 1933 die Demokratie in Tirol der Diktatur Platz machen musste. In dieser Entwicklung folgten Tirol und Österreich insgesamt einem generellen Trend.

ANTON PELINKA 



© Deutsches Bundesarchiv 146-1969-065-24

DIKATOREN UNTER SICH

Benito Mussolini bei seiner Ankunft in München am 29.9.1938 gemeinsam mit dem Führer des NS-Staates Adolf Hitler.

D

as Land Tirol war zwischen 1918 und 1933 weder das Tirol davor noch das danach. Das Land hatte 1918 alle Gebiete südlich des Brenners verloren. Das dreisprachige Tirol war zu einem einsprachigen geworden. Aber dieses Tirol war zwischen 1918 und 1933 ein demokratisches Land, Teil einer demokratischen Republik – bis 1933 die Demokratie in Tirol der Diktatur Platz machen musste.

In dieser Entwicklung folgten Tirol und Österreich insgesamt einem generellen Trend. 1939, unmittelbar vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, war nur noch ein einziges der Nachbarländer Österreichs eine Demokratie – die Schweiz. Diese Entwicklung schien einem „Zeitgeist“ zu entsprechen. Die nach dem Ersten Weltkrieg vereinbarte politische Ordnung Europas – Freiheit und Grundrechte, Selbstbestimmung und Schutz der Minderheiten – schien gescheitert. Die Demokratie hatten in weiten Teilen Europas Diktaturen Platz gemacht.

DIKTATUR

Vor allem in Mitteleuropa begleitete der Ruf nach einem „starken Mann“ und einfachen Lösungen den Aufstieg antidemokratischer Kräfte. Das Vorbild für Ungarn und Österreich, Rumänien und Jugoslawien war – zunächst – das faschistische Italien. Die Abkehr von der Demokratie wurde oft mit dem Hinweis gerechtfertigt, dies diene der Vermeidung des großen Übels – des Nationalsozialismus. Doch das Ende der Demokratie in ganz Mitteleuropa arbeitete letztlich nur diesem Übel in die Hände: 1939, am Vorabend des Überfalls auf Polen, beherrschte das nationalsozialistische Deutschland direkt (Österreich, Böhmen, Mähren) oder indirekt (Ungarn, die Slowakei, Jugoslawien, Rumänien) die gesamte Mitte Europas.

Dass Ende der 1930er Jahre der Nationalsozialismus der Nutznießer der Entwicklung sein sollte, war in Tirol schon bald erkennbar. Am 23. April 1933 erreichte die NSDAP 41,2 Prozent aller Stimmen bei der Wahl des Innsbrucker Gemeinderates. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Tiroler Volkspartei hatten gegenüber 1931 etwa ein Drittel ihrer Stimmen eingebüßt, und die Großdeutsche Volkspartei – die demokratische Repräsentantin des „deutschnationalen Lagers“ – war überhaupt in die Bedeutungslosigkeit versunken.

Innsbruck: Ergebnisse der letzten Gemeinderatswahlen

17. Mai 1931

SDAP 41,1%
Tiroler Volkspartei 33,7 %
Großdeutsche Volkspartei 17,3 %
NSDAP 4,1 %
Frauenpartei 2,5 %
KPÖ 1,3 %

23. April 1933

NSDAP 41,2 %
SDAP 27,3 %
Tiroler Volkspartei 25,8%,
Großdeutsche Volkspartei 2,3 %
Bürgerlicher Städtebund 2,1 %
KPÖ 1,3 %

Die Wahlen in Innsbruck lieferten den Kräften Argumente, die in der demokratischen Republik keine Zukunft mehr sahen. Die Regierung in Wien und die in Innsbruck setzten auf einen „autoritären“, auf einen dezidiert antidemokratischen Weg. Dem Wahlergebnis in Innsbruck vom April 1933 folgten Parteienverbote – zunächst wurden KPÖ und NSDAP verboten, im Februar 1934 auch die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften. Um Österreich, um Tirol vor der Diktatur des Nationalsozialismus zu retten, setzten die Regierenden in Wien und in Innsbruck auf die Diktatur.

Der Abstieg der Demokratie war nicht zwingend – nicht in Italien und nicht in Deutschland, nicht in Un-

garn und nicht in Österreich. Das Weiterbestehen der Demokratie in West- und Nordeuropa und in Nordamerika zeigte, dass der antidemokratische Trend vor allem ein mittel-, ost- und südeuropäisches Phänomen war. Auch in Tirol war die demokratische Ordnung, auf der Grundlage der republikanischen Bundesverfassung errichtet, mehr als ein Jahrzehnt stabil gewesen.

Ein Merkmal der Parteienlandschaft Tirols in den Jahren zwischen 1918 und 1933 war die Dominanz der Christlich-Sozialen. Dennoch war die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) zunächst, dank der geltenden Proporzverfassung, in der Landesregierung vertreten – durch den 2. Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Gruener. Und die Sozialdemokratie konnte bei den Wahlen in die Tiroler Arbeiterkammer 1921 und 1926 die absolute Stimmen- und Mandatsmehrheit erzielen.

Das Ende der Demokratie entsprach keiner Gesetzmäßigkeit, sondern bestimmten Weichenstellungen. Der Abstieg der Demokratie in Ungarn war die Folge eines Bürgerkrieges, der schon bald nach dem Ende des Weltkrieges ein autoritäres Regime an die Macht brachte. Die „Königsdiktatur“ in Jugoslawien war Ausdruck der mangelnden Fähigkeit der südslawischen Nationalitäten, gemeinsam die Demokratie zu stabilisieren. Das Ende der

Demokratie in der Tschechoslowakei war die Konsequenz der Bereitschaft der westlichen Demokratien, 1938 ein demokratisches Land zu opfern, um den Expansionsdrang des nationalsozialistischen Deutschlands zu bremsen – das war eine Illusion, wie sich 1939 herausstellen sollte. Die Demokratie starb nicht, weil sie lebensunfähig gewesen wäre. Sie wurde von ihren Befürwortern nicht energisch genug verteidigt, und dann von ihren Gegnern zerstört.

EINSCHNITT 1934 | 1938

Das Ende der Demokratie in Tirol folgte dem Zusammenbruch des demokratischen Konsenses und des Bürgerkrieges vom Februar 1934. Die Regierung Dollfuß hatte schon im März 1933 mit Polizeigewalt den Nationalrat am Zusammentreten gehindert und danach, unter Verletzung der Verfassung, ohne Parlament regiert. Im Februar 1934 war es auch in Tirol, im Raum Wörgl, zu Kämpfen zwischen dem (sozialdemokratischen) republikanischen Schutzbund und Kräften der Regierung gekommen. Der Tiroler Landtag trat am 15. Februar ohne die sozialdemokratischen Abgeordneten zusammen und beschloss am 27. Februar seine Selbstauflösung. Da war die SDAP bereits von der Regierung Dollfuß verboten. Die Ar-



© Stadearchiv Innsbruck Ph-6-18175

HÖHEPUNKT DER MACHT:
ADOLF HITLER BEI EINEM
ZWISCHENSTOPP IN
INNSBRUCK, 18. MÄRZ 1940.

”

Die Arbeiterkammer Tirol, die – wie die Arbeiterkammern in allen Bundesländern – eine wesentliche Errungenschaft der Republik war, wurde 1934 ihres demokratischen Charakters beraubt.“

beiterkammer Tirol, die – wie die Arbeiterkammern in allen Bundesländern – eine wesentliche Errungenschaft der Republik war, wurde ihres demokratischen Charakters beraubt. In ganz Österreich war an die Stelle demokratischer Parteien die Einheitspartei „Vaterländische Front“ getreten, getragen von den Vertretern der Christlich-Sozialen und der Heimwehren. Damit endete auch in Tirol die Demokratie, wie sie auf breiter Basis 1918, 1919 und 1920 aufgebaut worden war.

Die Okkupation und Annexion Österreichs im März 1938 – der „Anschluss“ – war der zweite tiefe Einschnitt in den 1930er Jahren. Ein autoritäres System wurde durch ein totalitäres ersetzt. Opfer dieser Entwicklung waren vor allem diejenigen, die nach den obs-



KRIEGSENDE:
AMERIKANISCHE
SOLDATEN IN SCHARNITZ
ANFANG MAI 1945.



**ÜBERLEBT: BEFREIUNG
VON KZ-HÄFTLINGEN IM
LAGER BUCHENWALD
DURCH US-TRUPPEN, 1945.**

kuren Kriterien des NS-Staates „Juden“ oder „Zigeuner“ waren. Opfer der NS-Herrschaft waren aber auch diejenigen, die der NS-Staat als politische Gegner einstufte. Die Rolle politisch Verfolgter teilten sich die schon ab 1934 unterdrückte „Linke“ mit Vertretern des „Ständestaates“.

Der Griff des nationalsozialistischen Deutschlands nach Österreich entsprach einem europäischen Muster, das mit innerer Logik zum Zweiten Weltkrieg führte. Dass das NS-Regime beim „Anschluss“ Österreichs im März 1938 und der Besetzung wesentlicher Teile der Tschechoslowakei im Oktober desselben Jahres mit der indirekten oder auch direkten Zustimmung der (anderen) europäischen Mächte rechnen konnte, bestärkte den Fehlglauben, dass die demokrati-

schen Regierungen in London und Paris sich weiterhin den Erpressungen aus Berlin beugen würden.

MAI 1945: DAS ENDE

Nach 1938 gab es nicht nur Verfolgung durch den NS-Staat, es gab auch Widerstand – in ganz Europa und auch in Tirol. Die Befreiung Österreichs und damit Tirols war allerdings nicht das Ergebnis dieses Widerstandes, sondern des militärischen Sieges der Alliierten. Es waren US-Truppen, die im Mai 1945 in Tirol politischen Häftlingen die Freiheit brachten; es war die französische (in Osttirol die britische) Besatzungsmacht, die das Wiedererstehen eines demokratischen Tirols ermöglichte. Es waren sowjetische Truppen, die Ver-

richtungslager wie Auschwitz und Majdanek – und US-amerikanische und britische Soldaten, die Überlebende der KZ in Buchenwald, Dachau, Bergen-Belsen und Mauthausen befreit hatten. Das Ende des NS-Terrors war in ganz Europa die Folge der militärisch erzwungenen bedingungslosen Kapitulation des NS-Staates.

Der Abstieg der Demokratie in den 1930er Jahren ist im Zusammenhang mit dem Aufstieg der Demokratie nach 1945 zu sehen. Die Demokratie hat sich letztendlich als viel widerstandsfähiger gezeigt, als die Propheten ihres Unterganges ihr zugestehen wollten. Die Lehre aus den 1930er Jahren? Die Demokratie ist nie vollständig gesichert. Aber es gibt jeden Grund, von ihrer Überlebenskraft überzeugt zu sein.

FIN

DIKTATUR: LITERATUR QUELLEN

*Handbuch zur
Neueren Geschichte
Tirols. Band 2,
Zeitgeschichte.*
Herausgegeben von
Anton Pelinka und
Andreas Maislinger,
Innsbruck 1993
(Universitätsverlag
Wagner)

*Widerstand und
Verfolgung in Tirol,
1934 – 1945. He-
rausgegeben vom
Dokumentations-
archiv des Österrei-
chischen Wider-
standes. Wien
1984 (Österreichi-
sches Bundesverlag,
Jugend und Volk)*

TIROL UND DER „EWIGE JUDE“

ARMIN MUIGG 

Die 1930er Jahre in Tirol gelten vielen als die Jahre, in denen ein scheinbar über Nacht entstandener Antisemitismus offen ausgelebt werden konnte. Beschmierte und arisierte Geschäfte, die anschließend in Tiroler Zeitungen als „judenfrei“ angepriesen wurden, oder die Toten der Reichskristallnacht im November 1938 sind aber nur ein Teil einer Entwicklung, die in Tirol bereits um 1900 begonnen hatte. Schon damals wurden die ersten jüdischen Familien, die sich in Innsbruck angesiedelt hatten, von der Bevölkerung ausgegrenzt. Eine extrem gefährliche Mischung aus traditionellem katholischem Antisemitismus – man denke nur an den „Wallfahrtsort“ Judenstein mit dem Anderl von Rinn – und modernem Antisemitismus begann sich zu etablieren. So wurden bereits im Jahr 1905 Flugblätter in großer Stückzahl verbreitet, in denen jedes jüdische Geschäft aufgelistet war. Zudem wurde die Bevölkerung davor gewarnt, bei Juden einzukaufen. Bekannte jüdische Geschäfte wie das Kaufhaus Bauer & Schwarz waren ebenso darunter wie das bekannte Schuhgeschäft Graubart, Unternehmen, die schließlich im Jahr 1938 mit judenfeindlichen Parolen und Warnungen beschmiert wurden (siehe Seite 62).

Mit dem ersten Weltkrieg veränderte sich auch die Situation der jüdischen Bevölkerung, auch hier kehrten viele Männer und Söhne aus dem Krieg nicht mehr zurück. Zudem wurde das politische Klima immer radikaler, was sich 1919 auch in der Gründung des Tiroler Antisemitenbundes ausdrückte. Die rassistischen Hetzparolen nahmen zu und – entgegen der Ansicht, der Arier-Paragraph wäre eine Erfindung der Nationalso-

”

Schon um 1900 begann sich eine extrem gefährliche Mischung aus traditionellem katholischem Antisemitismus – man denke nur an den „Wallfahrtsort“ Judenstein mit dem Anderl von Rinn – und modernem Antisemitismus zu etablieren. “

Armin Muigg. Langjähriger Chefredakteur des Nachrichtenmagazins ECHO. Seit Oktober 2020 Leiter des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit der AK Tirol.

zialisten – wurde dieser Paragraph bei Alpenverein oder diversen Turnvereinen bereits in den 1920er Jahren angewendet, auch in Tirol. Als die politische Entwicklung Anfang der 1930er Jahre erkennen ließ, dass der Nationalsozialismus die neue bestimmende Kraft in Deutschland und Österreich werden würde, wanderten viele junge Zionisten bereits nach Palästina aus, die jüdische Gemeinde schrumpfte. Die Befürchtungen der Auswanderer bestätigten sich schließlich spätestens im März 1938, als Beamte entlassen, Gewerbescheine eingezogen und den jüdischen Schülerinnen und Schüler ein Schulverbot auferlegt wurde, bis es letztlich zum Aufenthaltsverbot für Juden in Tirol kam. In der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November gab es auch in Innsbruck Tote, die jüdische Synagoge wurde geplündert. Die Juden wurden ultimativ zum Verlassen Tirols aufgefordert, sodass sich die Spuren vieler Familien verlieren. Einige Spuren führen nach Palästina, Großbritannien oder in die USA, viele jedoch in die Konzentrationslager der Nazis, die ab 1942 begannen, alle österreichischen Juden in Konzentrationslager zu deportieren. An die 70.000 starben, darunter etwa 150 Tirolerinnen bzw. Tiroler. Die Wenigen, die nach dem Krieg nach Tirol zurückkehrten, standen vor dem Nichts. Die Synagoge war zerstört, der einstige Besitz an Profiteure der Nazi-Herrschaft verloren und die Aussichten auf Rückstellung schlecht. Der Antisemitismus wirkte lange nach – erst 1993 wurde in Innsbruck in der Sillgasse eine neue Synagoge errichtet – und er ist auch heute nicht verschwunden. Ein Grund mehr, um die Geschichte nicht als vergangen abzutun, sondern sie als jederzeit aktuell zu betrachten in der Hoffnung, man möge aus ihr lernen.

Horst Schreiber

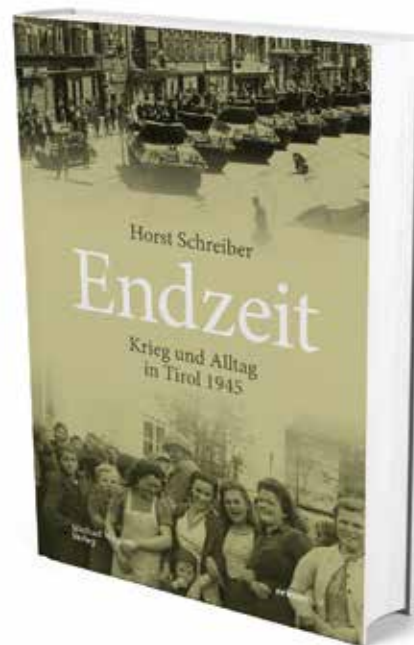
Endzeit.

Krieg und Alltag in Tirol 1945
Neuerscheinung zum Gedenken
75 Jahre Kriegsende

Horst Schreiber entwirft ein neues, facettenreiches Bild der Endzeit nationalsozialistischer Herrschaft in Tirol. Der Autor beschreibt die Attraktivität und das Grauen des Krieges, Leid und Trauer an der „Heimatfront“ sowie das Kriegsende in den Bezirken und die Befreiung Innsbrucks. Als der Mythos von Hitler verblasst war, regierte das Regime nur noch mit Terror gegen die eigene Bevölkerung.

Das Buch untersucht den Blick der Einheimischen auf die US-amerikanischen und französischen Besatzer, auf Tirolerinnen mit intimen Beziehungen zu den ausländischen Befreierern, auf Flüchtlinge und Vertriebene, denen man vorwarf, was man selbst tat: Plündern.

Horst Schreiber ist Historiker und Lehrer in Innsbruck und leitet _erinnern.at -Tirol.



Michael Wagner Verlag

100
JAHRE
GERECHTIGKEIT



Gerechtigkeit lässt nicht nach.

Besonders in Krisenzeiten braucht es jemanden, der darauf schaut, dass es gerecht zugeht. Jetzt geht es darum, Österreich neu zu starten und die Menschen, die täglich daran mitarbeiten, zu stärken. Für sie setzt sich die Arbeiterkammer mit aller Kraft ein.

Vor der Krise, während der Krise und auch nach der Krise.